

Preußische Allgemeine

Nr. 30 · 26. Juli 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



MEINUNGSFREIHEIT

In der Not der Ampelregierung schlägt die Innenministerin um sich

Das Verbot einer Zeitschrift, das in Wahrheit auf die Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung zielt. Und das die tiefe Verunsicherung offenlegt, welche die Regierenden erfasst hat

VON HANS HECKEL

Die Ampelregierung dümpelt in den Umfragen bei beklagenswerten Zahlen, nicht einmal jeder dritte Deutsche will Rot-Grün-Gelb noch seine Stimme geben. Die Bewertung ihrer Politik fällt auch bei Experten deprimierend aus. Statt aber diesem verheerenden Befund mit Einsicht, Dialog und Korrektur der politischen Linie zu begegnen, scheint sich diese Regierung darauf zu verlegen, immer drastischer um sich zu schlagen.

Das Verbot der rechten Zeitschrift „Compact“ hat lagerübergreifend ablehnende bis empörte Reaktionen in der deutschen Medienwelt ausgelöst. Selbst die linke „taz“, die sich sonst ebenfalls dem „Kampf gegen Rechts“ verschrieben hat, äußerte schwere Bedenken gegen den Schritt von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).

Da ist zunächst die schwache juristische Begründung. Faeser bediente sich eines Tricks, indem sie das Verbot mit dem Vehikel des Vereinsrechts durchzog. Gleichzeitig aber scheute sich die Ministerin nicht, in einer Presseerklärung offen einzuräumen, dass es ihr in Wahrheit um das Verbot einer Zeitschrift ging. Angesichts des Stellenwertes, den die Presse- und Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland genießt, heulten ob die-

ses dreisten Schrittes überall im Land zu Recht die Alarmsirenen auf.

Erst recht aufhorchen lassen die konkreten Gründe, welche das Faeser-Ministerium für das mit martialischen Polizeieinsätzen exekutierte Verbot nennt. So wird beispielsweise angebracht, dass „Compact“ zwischen „Passdeutschen“ und „Biodeutschen“ unterscheide, was Staatsbürger mit Einwanderungshintergrund stigmatisiere und ausgrenze.

Nicht nur der Verfasser dieser Zeilen hat mehr als einmal den Satz gehört: „Ich habe zwar den deutschen Pass, bin aber Türke.“ Solche Fälle sind es, die gemeinhin mit der Vokabel „Passdeutscher“ etikettiert werden, womit sichtbar gemacht wird, dass die deutsche Staatsbürgerschaft aus rein pragmatisch-bürokratischen Erwägungen angenommen wurde – ohne irgendein Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volk.

Im Zuge wiederkehrender Debatten um das Einbürgerungsrecht nehmen Kritiker solche Fälle als Beleg für eine zu freigiebige Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft. Indem Faeser die Benutzung des Wortes „Passdeutscher“ zum Beweis für verfassungsfeindliche Bestrebungen stilisiert, verfolgt sie allem Anschein nach das Ziel, Kritik an der Erleichterung der Einbürgerung zu stigmatisieren. Wo ein Phänomen keinen griffigen Namen mehr hat, da kann es in der Debatte auch kaum mehr benannt werden.

Ebenso führt die Innenministerin in der Verbotsbegründung an, dass „Compact“ Begriffe wie „Asyl-Tsunami“ oder „Asyl-Bombe“ verwendet habe. Auch dies sind in Wahrheit durchaus legitime Beschreibungen für eine Asyl-Einwanderung, die nach Auskunft zahlloser Kommunal- und Landespolitiker quer durch die Parteien längst jede tragbare Dimension sprengt.

Eines freien Landes unwürdig

Angesichts von Faesers drakonischer Aktion keimt der Verdacht auf, dass die Sozialdemokratin den Rahmen für die Debatte heikler Themen so eng ziehen will, dass nur noch die links-grüne Sicht der Dinge als erlaubt gilt. Somit soll jeder, der substantielle Kritik übt, wissen, dass er fortan mit harten staatlichen Maßnahmen rechnen muss. Kritik wäre nur noch hinter vorgehaltener Hand möglich oder müsste derart verklausuliert werden, dass sie in der (dann streng überwachten) öffentlichen Debatte verhallen würde.

Ein auf diese Weise deformiertes Land hätte mit der freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik nicht mehr viel gemein. Diese Republik wurde geformt aus den bitteren Erfahrungen der NS-Herrschaft und bildete ihre Identität nicht zuletzt im Kontrast zur SED-Diktatur.

Mittlerweile sagen zwei Drittel der Teilnehmer von repräsentativen Umfragen, dass sie das Gefühl hätten, zu brisan-

ten Themen ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Diese Zahl ist eines freien Landes unwürdig, doch Faeser scheint eher daran zu arbeiten, das Schweigen noch zu verstärken, als sich für die Freiheit der Bürger einzusetzen. Bemerkenswert bei einer Ministerin, deren Amt auch der umgangssprachliche Titel „Verfassungsministerin“ zielt.

Die breite, lagerübergreifende Kritik an Faesers Übergriff gegen die Presse- und Meinungsfreiheit mischt ein wenig Zuversicht in die trüben Vorgänge. Offenbar ist das Sensorium für die Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung noch nicht verloren gegangen.

Nun allerdings darf es nicht bei bloßen Unmutsäußerungen bleiben. Sicher kommt das Verbot von „Compact“ vor Gericht, wo Faeser scheitern dürfte. Dann aber muss es auch um die Bewertung einer Ministerin gehen, die einen solchen Anschlag auf die Freiheitsrechte aller Deutschen ins Werk gesetzt hat. Kanzler Scholz muss sich fragen lassen, ob am Kabinettschiff der Bundesregierung eine Frau mit derart freiheitsfeindlichen Grundüberzeugungen, wie sie aus der „Compact“-Aktion hervorspringen, sitzen bleiben sollte.

Nicht zuletzt leiten solche illegitimen staatlichen Übergriffe nur Wasser auf die Mühlen jener, die diesen Staat ohnehin nur als getarnte Diktatur sehen. Ihnen spielt Faeser in die Hände.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Gefahr für Italiens Rechte durch ein neues Linksbündnis Seite 6

Kultur

Vor 50 Jahren starb mit Erich Kästner ein „innerer Emigrant“ Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Die Albertus-Universität als Leuchtturm für Mathematik-Genies Seite 18

Pommersche Zeitung

Architektonische Moderne aus dem Osten mit spektakulären Bauformen Seite 19



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Woke Personalpolitik von USSS-Chefin Kimberly Cheatle gilt als Ursache für das Komplettversagen der Personenschützer beim Attentat auf Donald Trump im Visier. Zählen Qualität und Kompetenz nichts mehr?

Secret Service im scharfen Kritik-Kreuzfeuer

Trump-Attentat: Panik, Verwirrung und totale Unbeholfenheit – Vor allem die weiblichen Agenten fielen durch fatale Inkompetenz auf

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 13. Juli gab der 20-jährige Thomas Matthew Crooks während einer Wahlkampfveranstaltung auf dem Gelände der Farm Show Inc. in Butler (Pennsylvania) acht Schüsse aus einem halbautomatischen Gewehr vom Typ AR-15 auf den US-Präsidentenskandidaten Donald Trump und danebenstehende unbeteiligte Zuschauer ab. Hierdurch starb der pensionierte Feuerwehrmann Corey Comperatore, der sich schützend vor seine Familie warf, während Trump lediglich am Ohr verletzt wurde.

Das Verhalten der Personenschützer vom United States Secret Service (USSS) stieß unmittelbar nach dem Vorfall auf heftige Kritik. Denn offensichtlich hatten die Beamten das Attentat durch eine ganze Kette gravierender Fehler ermöglicht, wobei diese umso schwerer wiegen, als es bereits schon früher Versuche gegeben hatte, Trump zu ermorden.

So versäumte es der Secret Service, den Zugang zu dem Veranstaltungsgelände ausreichend streng zu kontrollieren, sodass Crooks eine Waffe samt Entfernungsmesser sowie eine 1,50 Meter lange Leiter einschmuggeln konnte. Des Weiteren kamen keine Drohnen zum Einsatz, um das Areal aus der Luft zu überwachen. Schließlich unterblieb eine Kontrolle des Fabrikdaches der AGR International Inc., von dem aus Crooks die Schüsse abgab. Dabei galt das Dach als „bekannte Schwachstelle mit hoher Priorität“.

Außerdem reagierten weder der Secret Service noch die Vertreter der Polizei von Butler County, welche für die äußere Sicherheitszone um den Veranstaltungsort verantwortlich waren, angemessen auf die wiederholten Hinweise von Besuchern wie Greg Smith, dass sich eine Person mit Gewehr auf dem Hallendach befinde – hier wurde sage und schreibe

26 Minuten abgewartet. Und dann stieg nicht etwa ein ausgebildeter USSS-Agent auf das Dach, sondern ein County-Polizist, den Crooks mit der Waffe bedrohte, woraufhin der Beamte sofort eingeschüchtert den Rückzug antrat.

Auch griffen die Scharfschützenteams des USSS und der Beaver County Services Emergency Unit viel zu spät ein, weil sie angeblich keine Freigabe hierfür erhielten. Allerdings hätte es zumindest im Falle der Secret-Service-Agenten keines speziellen Befehls bedurft, um den ganz offensichtlich bewaffneten Crooks bereits vor seinem ersten Schuss auf Trump auszuschalten. Insofern ist un-

verständlich, wieso der USSS-Scharfschütze Jonathan Willis den Attentäter drei Minuten lang durch sein Zielfernrohr beobachtete, bis er schließlich das Feuer eröffnete.

Geschlechtergerechtigkeit statt Qualifikation und Kompetenz

Ansonsten reagierten auch die Agenten, die Trump auf der Rednerbühne abschirmen sollten, grundfalsch. Anstatt ihn nach den Schüssen sofort von der Rednerbühne zu drängen, ließen sie sich mehr als zwei Minuten Zeit dafür. Dabei fielen insbesondere die weiblichen Agenten des USSS durch ihr unprofessionelles Verhal-

ten auf. Eine Personenschützerin rief nach den Schüssen voller Panik: „Was machen wir, wohin gehen wir ...?“, und ihre Kollegin duckte sich gar hinter Trump, anstatt sich vor ihn zu stellen, wie es die Vorschrift verlangt. Die dritte Agentin nestelte unbeholfen an ihrem Pistolenholster und die vierte kämpfte mit ihrer widerspenstigen Sonnenbrille. Dazu kam der völlig unentschuldbare Fehler der fünften USSS-Beamtin, welche Trumps MAGA-Mütze vom Boden aufhob und so erneut für ein völlig freies Schussfeld sorgte. Wenn es weitere Schützen gegeben hätte, wäre Trump in diesem Moment definitiv tot gewesen.

Der Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas sprach angesichts all dessen von einem „Sicherheitsversagen“, während andere Bewertungen noch vernichtender ausfielen. Stellvertretend hierfür stehen die Worte des ehemaligen Vize-Direktors der Criminal Investigative Division der US-Bundespolizei FBI, Chris Swecker, im Interview mit der „New York Post“ über den Ablauf der Ereignisse in Butler: Das gesamte Sicherheitskonzept sei von Anfang bis Ende ein Totalausfall gewesen und statt „Kompetenz und Effektivität“ habe man „dort nur ‚Diversität‘, ‚Geschlechtergerechtigkeit‘ und ‚Inklusion‘“ gesehen. Damit spielte Swecker auf die umstrittene Personalpolitik der amtierenden USSS-Direktorin Kimberly Cheatle an.

USSS-Chefin von Woke-Ideologie fehlgeleitet

Die frühere Agentin des Secret Service, die von 2019 bis 2022 als Senior Director of Global Security des Lebensmittel- und Getränkekonzerms PepsiCo fungierte, war am 17. September 2022 von Präsident Joe Biden zur zweiten weiblichen Chefin des USSS ernannt worden. Wenige Monate später sagte sie gegenüber dem Fernsehsender CBS News, sie wolle künftig ganz unterschiedlichen Bewerbern eine Chance im Secret Service geben und den Frauenanteil in der Behörde bis 2030 auf 30 Prozent steigern. Tatsächlich werden weibliche Bewerber für den Dienst seither bevorzugt eingestellt. Zudem dominieren ideologische Aspekte die neue Personalpolitik des USSS, wie die ständigen Verweise auf „Vielfalt“, „Gleichberechtigung“ und „Teilhabe“ in den Verlautbarungen des Dienstes zeigen. Dadurch liegt der Secret Service auf einer Linie mit zahlreichen anderen staatlichen Institutionen der Vereinigten Staaten, was ihn zum Spiegelbild der „woken“ US-Gesellschaft von heute macht.



Wie soll eine körperlich kleinere Frau einen erheblich größeren Mann schützen? Trump ist mit seinen 1,90 erheblich größer als die Damen vom USSS, die dazu auch noch panisch, eitel und chaotisch reagierten

Foto: dpa/Gene J. Puskar

USSS IM NIEDERGANG

Kaputtgespart: Früher legendär – heute ein Trauerspiel

Seit rund zwei Jahrzehnten fehlt es an Geld, Waffen, Ausrüstung, Training, Personal und vor allem an kompetenter Führung

Der 1865 gegründete United States Secret Service (USSS), der seit 2003 dem Heimatschutzministerium der Vereinigten Staaten untersteht, und etwa 8300 Mitarbeiter haben soll, ist für den Personenschutz des Präsidenten sowie weiterer hochrangiger US-Politiker und auch der Präsidentschaftskandidaten zuständig. Darüber hinaus obliegt dem USSS die Bekämpfung der Finanzkriminalität und die Absicherung von Großveranstaltungen aller Art. Im laufenden Haushaltsjahr liegt sein Budget bei 3,2 Milliarden Dollar. Allerdings scheinen diese Mittel nicht auszureichen, wobei das Problem schon seit Längerem besteht. Denn faktisch befindet sich der USSS inzwischen seit fast zwei Jahrzehnten im Niedergang.

So herrschte spätestens ab 2006 eine permanente Personalknappheit, welche zu extrem vielen Überstunden führte. Dazu kamen der Einsatz von ungeeigneten Personen auf sensiblen Posten, Vetternwirtschaft, Wegfall von Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen sowie eine mangelhafte Feuerkraft beziehungsweise

technische Ausstattung. Das alles führte nachfolgend zu massiver Fluktuation: Hundert Kündigungen von Personenschützern pro Jahr waren keine Seltenheit mehr. Gleichzeitig blieben über achzig Leitungsposten unbesetzt, was Geld sparen sollte. USSS-Agenten, welche diese Zustände anprangerten, wurden kaltgestellt, während die Führung des Dienstes die Misere zu verbergen suchte. Doch es ging noch schlimmer.

Versagen von Bush bis Biden

Mark Sullivan, der im Mai 2006 während der Präsidentschaft von George W. Bush zum neuen USSS-Direktor avancierte, setzte zunehmend auf eine Politisierung des Dienstes und die verstärkte Rekrutierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten, was permanent zur Aushöhlung des Leistungsprinzips führte. In Sullivans Amtszeit, die bis Februar 2013 dauerte, fielen schwerwiegende Vorfälle wie die Schüsse auf das Weiße Haus von Seiten des arbeitslosen Oscar Ramiro Ortega-Hernandez am 11. November 2011,

welche der USSS zunächst nicht einmal bemerkte. Präsident Barack Obamas Reaktion auf diese und weitere Skandale bestand in der Ernennung von Julia Pierson zum ersten weiblichen Direktor des

„Wie will sie schnell rennen, wenn sie solche Absätze an den Schuhen hat?“, fragte Trump, als die Personenschützerin seiner Frau Melania Schuhe mit extra hohen Absätzen trug, um größer zu wirken

USSS. Denn er hegte die Überzeugung, dass der Dienst nicht länger von Männern dominiert werden dürfe. Doch Pierson scheiterte binnen kürzester Zeit auf ganzer Linie und musste schließlich ihren Stuhl räumen, nachdem es dem Irak-Kriegsveteranen Omar Gonzalez am 19. September 2014 gelungen war, mit einem Messer in der Hand ins Weiße Haus einzudringen.

Der nächste dramatische Vorfall ereignete sich am 20. Mai 2016 unter Piersons Nachfolger Joseph Clancy. Diesmal fand eine Schießerei zwischen dem psychisch gestörten Jesse Olivieri und USSS-Beamten im Zugangsbereich zum Weißen Haus statt. Auf Clancy folgten während der Präsidentschaft von Donald Trump Randolph Alles und James Murray als weitere Direktoren des Secret Service. Und wieder gab es spürbar gravierende Sicherheitspannen. Beispielsweise überwand der ebenfalls unter Wahnvorstellungen leidende Jonathan Tuan Tran am 10. März 2017 den Zaun des Weißen Hauses. Ermöglicht wurde dies durch die rundum marode Si-

cherheitstechnik: Beim Eindringen von Tran versagten nacheinander ein Bewegungsmelder, ein bewegungsaktivierter Scheinwerfer, eine Überwachungskamera sowie das Funkgerät des Agenten, der Tran schließlich nach 17 langen Minuten auf dem Gelände erspähte.

Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass die weiblichen Personenschützer von First Lady Melania Trump ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. So trug die Leiterin des Teams, Mindy O'Donnel, Schuhe mit extrem hohen Absätzen, um ihre geringe Körpergröße auszugleichen. Trump kommentierte dies damals mit den Worten: „Wie will sie schnell rennen, wenn sie solche Absätze an den Schuhen hat?“

Ansonsten blieb es auch unter Trump und dessen Nachfolger Joe Biden beim prekären Zustand des USSS infolge der anhaltenden Unterfinanzierung und personellen Unterbesetzung in Kombination mit technischer Rückständigkeit, welcher alle Legenden über die einzigartige Professionalität und Schlagkraft des Secret Service Lügen straft. W.K.

Das Ausblenden der Wirklichkeit

Wirtschaft, Migration oder Außen- und Sicherheitspolitik – auf diesen und anderen Politikfeldern gibt es beinahe täglich neue Schreckensmeldungen. Doch anstatt sich den Problemen zu stellen, verschließt die Ampel die Augen vor den Realitäten

VON WERNER J. PATZELT

Politik beginnt, so sagt man, mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Doch das ist nur ein Viertel dessen, worauf es ankommt. Erstens muss man seinen Verstand so schärfen oder sein Vorwissen so ausbauen, dass man auch begreift, was einem unter die Augen kommt. Wer etwa vom Christentum kaum etwas weiß, kann wochenlang das Museumsbild eines halbnackten jungen Mannes betrachten, dem Pfeile im Körper stecken – und wird doch nicht begreifen, was er da sieht. Was also nützt die bloße Betrachtung der Wirklichkeit ungebildeten Politikern, die Stromleitungen für Energiespeicher halten?

Zweitens muss es man schon auch akzeptieren wollen, wenn die Wirklichkeit sich als anders beschaffen zeigt, als man sie sich vorgestellt hat. Etwa hat die Vergesellschaftung der Produktionsmittel samt Staatsleitung durch kommunistische Parteien jahrzehntelang nicht jenen Wohlstand für alle geschaffen, der von ideologiegetriebenen Politikern in Aussicht gestellt wurde. Zwar scheiterten Europas realsozialistische Regierungen dann doch an der Wirklichkeit. Aber heute noch leben gar nicht wenige in dem Glauben, der Sozialismus sei zweifellos eine gute Idee, die nur leider falsch ausgeführt worden wäre. Also auf ein Neues, und warum nicht mit der Partei von Sahra Wagenknecht?

Drittens kommt man nicht übers Treibenlassen schlechter Politik hinaus, wenn man es bei deren Betrachtung mit dem Begreifen auch schon bewenden lässt. Vielmehr muss man korrigierende Politikansätze erarbeiten, hat problemlösende Politikprojekte zu planen. Das aber tun weiterhin viele nicht, obwohl sie erkannt haben, dass selbstermächtigte Einwanderung in Deutschlands Sozialstaat jährlich Dutzende von Milliarden verschlingt, die für andere Politikvorhaben dann eben fehlen.

Viertens praktiziert sich auch wirklichkeitsangemessene Politik nicht von selbst. Man braucht schon auch politische Mehrheiten in den Parlamenten, die solche Politik gesetzgeberisch und haushälterisch möglich machen. Mehrheiten aber entstehen nicht ohne ernsthafte Debatten über Werte, Interessen und Ziele. Doch solche vermeidet gern, wer von einer gemeinsamen Betrachtung der Wirklichkeit zu befürchten hat, sie mache eigene Wissensmängel und Denkfehler offenkundig. Lieber heuchelt man jene Lage schön, die einen dann doch mit zerstörerischer Wucht einholt.

Wenn die etablierten Parteien zum Einheitsblock werden

Die Wirklichkeit und ihr Funktionieren ändern sich nämlich nicht deshalb, weil Politiker und Journalisten die Augen davor verschließen. Auch zeitigt falsch angelegte Politik nicht bessere Ergebnisse bloß deshalb, weil man sie unbeirrt fortsetzt. Vielmehr führt wirklichkeitsblinde Politik zu nichts anderem als einer Entfremdung zwischen jenen, die deren beschwiegene Folgen eben doch ertragen müssen, und solchen Politikern, die durch Tun oder Lassen an derlei schuld sind.

Ändert die Politikerschaft dann nicht ihren Kurs, wie es den Leitgedanken repräsentativer Demokratie entspräche, dann kommt es zur politischen Polarisierung, die man bald beiderseits mit immer heftigeren Hass- und Verachtungsreden ausstaffiert. Am Ende meinen die einen, durch Internetzensur, Zeitungskillen und Parteienverbote ihre Praxen des Cancellings, Verleumdens und Denunziens dahingehend abrunden zu müssen, dass sich allmählich niemand mehr traut, in den Verdacht von Quer- oder Falschdenkertum zu geraten. Führt die neuzeitliche Inquisition



Von der Politik ignoriert: Protestierende Handwerker in Dresden

Foto: imago/xsitepress

aber erst einmal zu solchen Vorauswirkungen, dann empfindet ein Teil der Bevölkerung eben, in einer Diktatur wie der des beserwisserischen SED-Staates zu leben. Und Oppositionelle meinen dann, sie müssten nun Widerständler werden.

Das galt auch als schick, solange der Staat in der Hand von „Rechten“ war. „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“ war damals ein beliebter Aufkleber. Auch erscholl der Schlachtruf: „Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Für viele rechtfertigte das damals auch kriminelle Attacken aufs Establishment. Anders ist es, seit unser Staatswesen und Mediensystem sich weitgehend in den Händen von woken Linksgrünen befinden.

Umso größer wurde deren Einfluss, seit die Union vergrünte und die jetzige Machtelite sich als „neue Mitte“ inszenierte. Linke und Mitte haben jetzt einen gemeinsamen Feind: die Rechte. Die nämlich scheint aus der Betrachtung der Wirklichkeit nicht nur falsche Schlüsse zu ziehen, sondern sich auch moralisch zu disqualifizieren. Denn wogegen soll sich wohl jemand wehren müssen, wenn eine selbsternannt fortschrittliche, ethisch höherwertige Politik betrieben wird? Und welches Recht sollte unter solchen Umständen zum Unrecht geworden sein, das Widerständigkeit rechtfertigte?

Diskreditierung des Protests

Natürlich ist es schlecht, dass allein schon die Beschreibung deutscher Zustände kaum mehr ohne Sarkasmus auskommen kann. Noch schlimmer ist allerdings, dass immer mehr Leuten unsere Lage so übel zu sein scheint, dass sie selbst dasein erleichternde Ironie nicht mehr ertragen wollen, sondern Groll in Wut umschlagen lassen. In einem Land mit verlässlich funktionierenden pluralistischen Rückkoppelungssystemen würde sich das so auswirken: „Wutbürger“ machen sich ans Wählen von „Protestparteien“; die bekommen die Pflicht auferlegt, sich durchs Mitregieren ans Mitlösen von Problemen zu

machen, die sie doch besser als ihre Konkurrenz begriffen zu haben behaupten. Stimmt das auch, so wäre dem ganzen Land gedient.

Versagen aber Protestparteien beim Umgang mit ihnen übertragener politischer Verantwortung, dann entsteht immerhin eine Chance dafür, nun endlich zur gemeinsamen Betrachtung der Wirklichkeit zu gelangen. Nämlich entlang der Frage, worin sich denn bislang wohl alle getäuscht haben, also die Rechtfertiger eingerissener Zustände ebenso wie die gescheiterten Vielversprecher. Gerade so entfaltete pluralistische Demokratie ihren erzieherischen Druck auf kollektives Lernen, dem dann Politikkorrekturen mittels vorsichtiger Versuche und rasch abgestellter Irrtümer folgen könnten.

Doch leider sind unsere Verhältnisse nicht so. Öffentlich bekundete Unzufriedenheit mit woke-linksgrüner Politik gilt häufig als Hassrede, schlimmstenfalls sogar als „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Konsens der „Anständigen“ im Lande ist es außerdem, dass nur solchen Protestparteien politische Verantwortung übertragen werden darf, welche – wie Sahra Wagenknechts Bündnis – auch viele linke Positionen im Gepäck haben. Das nämlich beglaubigt politisches Gutsein – zumal unter Weitergeltung des Denkgebots, dass aus richtig angelegter linker Politik niemals etwas Übles entstehen kann.

Wer das bezweifeln mag, verfällt jenem Zorn, der auf „Demonstrationen gegen rechts“ seine Bühne findet. Die inszeniert man gern in Reaktion auch auf rein medial verfertigte Schreckensbilder, etwa dem einer „Wannsee-Konferenz 2.0“. Theatralisch tief beeindruckt sichert man sodann die kollektive Lernverweigerung dadurch ab, dass man allenthalben „Brandmauern“ vorschreibt, die auch nicht der kleinste Funke von Wirklichkeitserkenntnis überspringen darf.

Einbruch der Wirklichkeit

Wie wird es aber weitergehen, wenn sich – wie in den neuen Bundesländern – ein Groß-

—
So wurden aus gutwillig-hinnahmehereiten Bürgern zunächst besorgte Bürger und inzwischen empörte Bürger. Vor deren „Rache mit dem Stimmzettel“ fürchten sich nun genau jene Parteien, die dieses Schlammassel wider alle Warnungen selbstgerecht herbeigeführt haben

teil der Bürgerschaft durch derlei Maßnahmen von der Mitausübung jener Staatsmacht ausgeschlossen empfindet, die in einer Demokratie doch allein vom Volk auszugehen hat? Und was, wenn die Brandmauern sich mehr und mehr als Festungsmauern auswirken, von denen umgeben man zum gemeinsamen Leben in jener Wirklichkeit unfähig wird, die nun einmal auch außerhalb der festen Burgen von Elitenhochmut besteht?

In Italien führte vor rund dreißig Jahren das Nichtverhältnis zwischen einer selbstbezogenen politischen Klasse und einer empörten Wählerschaft zum Ruin des bis dahin bestehenden Parteiensystems. In Frankreich provozierte solche Beziehungspathologie erst den Aufstand der Gelbwesten und dann die Erosion der politischen Mitte. Und in Deutschland stehen weitere Wahlerfolge der AfD ins Haus. Ihnen werden Anti-AfD-Koalitionen folgen, die deren Partner – Union, Grüne, Sozialdemokraten ... – bei den anstehenden Bundestagswahlen um so sicherer nach unten ziehen werden, je glaubwürdiger sich die AfD von jenem demagogischen Radikalismus befreit, der zu einem Teil ihres Geschäftsmodells geworden ist.

Schafft es die AfD in dieser Lage aber nicht, zu einem normalen nichtlinken Mitspieler in unserem Parteiensystem zu werden, dann wird der grün-woke Kurs von Merkel und Scholz, von Wüst und Günther wie eine alternativlose Selbstverständlichkeit fortgeführt. Der freilich hat immer mehr Leute zu „Rechten an und für sich“ gemacht, die früher ihre politische Heimat in der SPD Helmut Schmidts oder der Union Helmut Kohls gefunden hätten. Aus ihren alten politischen Heimaten hat sie zunächst Deutschlands wenig einleuchtende Euro-, Energie- und Migrationspolitik vertrieben, und dann das Erlebnis, dass man ihre Sorgen nicht ernstnehmen wollte, sondern sie selbst als dumm, rassistisch und „gesichert rechtsextrem“ ausgrenzte. So wurden aus gutwillig-hinnahmehereiten Bürgern zunächst besorgte Bürger und inzwischen empörte Bürger. Vor deren „Rache mit dem Stimmzettel“ fürchten sich nun genau jene Parteien, die dieses Schlammassel wider alle Warnungen selbstgerecht herbeigeführt haben.

Ignoranz auch auf europäischer Ebene

Immerhin ist nun weithin sichtbar, dass hier viel Übles angerichtet wurde. Doch so weit ist die kundige „Betrachtung der Wirklichkeit“ noch nicht gediehen, dass die etablierten Parteien die zu erkennenden Ursachenketten bis zur eigenen Politik und zu vielen arroganten Fehlreaktion auf Bürgerprotest zurückführen wollten.

Leider setzt sich solche Ignoranz in der EU fort. Etwa bekräftigten die jüngsten Wahlen zum EU-Parlament den langjährigen Trend von der Linken zur Rechten. Doch die Reaktion? Erneut hilft eine linksmittige Mehrheit einer Kommissionspräsidentin ins Amt, deren „Green Deal“ viele Bauern empört sowie die Rechte gemästet hat. Und statt daraus politisch zu lernen, werden „Brandmauern gegen rechts“ nun auch im EU-Parlament hochgezogen, obwohl sie nirgendwo genützt haben. Politische Lernunlust und Wirklichkeitsverweigerung gehen also weiter. Schade – denn wir alle werden dafür bezahlen.

● **Prof. Dr. Werner J. Patzelt** war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehören „CDU, AfD und noch mehr politische Torheiten. Neue Analysen, Interviews und Kommentare 2019–2024“ (Weltbuch 2024) sowie „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023). **wjpatzelt.de**

● MELDUNGEN

Mehr Geld für Sprachkurse

Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion nach der außersprachlichen Sprachförderung für die Deutsche Minderheit in Polen im aktuellen Jahr hat die Bundesregierung angegeben, 1,1 Millionen Euro für diesen Zweck im laufenden Jahr zur Verfügung zu stellen, die der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) abrufen könne. Von den durch den VdG beantragten Projekten in Höhe von rund 915.000 Euro wurde bisher lediglich das Projekt „Lernraum.pl“ in Höhe von zirka 188.000 Euro bewilligt. Die abschließende Bewilligung für die übrigen beantragten Projekte stehe bislang noch aus. **MRK**

Linke tricksen bei Bezahlkarte

München – Kurz nach der Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber versuchen linke Aktivisten im Freistaat Bayern das Bezahlssystem auszuhebeln. Ziel des Kartensystems ist es dabei, die Verfügbarkeit von Bargeld einzuschränken, damit Asylbewerber in Deutschland erhaltene staatliche Leistungen nicht mehr ins Ausland überweisen können. So wie es zuletzt immer häufiger bei vielen Asylanten Praxis war. Die Politik will mit der Bezahlkarte wirksam gegen diesen Trend ansteuern. Ein Zusammenschluss linker Gruppen namens „Offen bleiben München“ bietet den Besitzern von Bezahlkarten nun an, Gutscheine in Bargeld umzutauschen. Dazu sollen die Ausländer in Geschäften und Supermärkten mit den Bezahlkarten 50-Euro-Gutscheine erwerben, die dann von dem linken Bündnis in drei sogenannten „Wechselstuben“ gegen Bargeld eingetauscht werden. Unterstützer des Projekts verwenden die Gutscheine dann bei ihren Einkäufen im Alltag. Bayerns Innenministerium sieht laut einem Bericht der „Bild“-Zeitung keine wirksame Handhabe, um gegen diesen Bezahlkarten-Trick vorzugehen. **H.M.**

Bahn-Ausfälle an der Oder

Potsdam – Der Verband „Pro Bahn“ hat massive Kritik an den Bahnverbindungen zwischen Deutschland und Polen vorgebracht. Der Verband wies darauf hin, dass die Strecke Angermünde-Stettin bis 2026 komplett gesperrt ist. Auf einem Teil der Strecke Berlin-Küstrin sind bereits seit Ende 2021 nur Ersatzbusse im Einsatz. Auf den Strecken von Frankfurt/Oder nach Grünberg (Schlesien) und Guben-Grünberg gehören nach Angaben von „Pro Bahn“ Zugausfälle zum Alltag. Zudem kritisierte der Verband auch fehlende Information bei Störungen und Bauarbeiten. „Die Fahrgäste aus Polen werden in Frankfurt/Oder einfach aus dem Zug gekippt“, so Ingo Koschenz, der Referent für Osteuropaverkehr bei Pro-Bahn. Sahra Damus, Landtagsabgeordnete aus Frankfurt/Oder, forderte unterdessen eindringlich einen jährlichen deutsch-polnischen Bahngipfel. Laut der Grünen-Politikerin sind bei den Bahnstrecken und Taktfahrplänen unbedingt schnelle Verbesserungen überaus notwendig. **H.M.**



Das BSW mit Thüringens Landesvorsitzenden Katja Wolf bringt sich in Stellung für eine Koalition mit der CDU

LANDTAGSWAHLEN IM SEPTEMBER

Wagenknecht auf Kuschelkurs

Das BSW könnte für die CDU das süße Zünglein an der Waage werden

VON PETER ENTINGER

Die thüringische Landespolitik war in den vergangenen Jahren bereits außergewöhnlich. Mit Bodo Ramelow gab es den einzigen Ministerpräsidenten der Linkspartei, später stürzte er für ein paar Tage über den FDP-Mann Thomas Kemmerich. Seitdem regiert wieder Ramelow – allerdings ohne Mehrheit. Zudem wird ebenso seit Jahren darüber diskutiert, wie man einen befürchteten Durchmarsch der AfD mit ihrem umstrittenen Spitzenkandidaten Björn Höcke verhindern könnte. Nun, wenige Wochen vor der Landtagswahl am 1. September, könnte der Freistaat für ein weiteres Novum sorgen. Es scheint nicht ausgeschlossen, dass das erst vor wenigen Monaten gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) Ramelow beerben könnte. Als Nachfolgerin hat sich die Spitzenkandidatin und bisherige Oberbürgermeisterin von Eisenach, Katja Wolf, längst in Stellung gebracht. Die Linke, die vor

vier Jahren noch mehr als 30 Prozent erreichte, ist abgestürzt. Ihre Abspaltung, das BSW, ist dabei, sogar schon die CDU einzuholen. Auf 42 Prozent kämen Union und die Neugründung gemeinsam. Zwar liegt Höckes AfD mit 29 Prozent weit vorne, doch mit der Rechtspartei wird auch nach dieser Wahl niemand koalieren. Zwar würde es nach dem derzeitigen Stand der Dinge nicht für eine Koalition aus BSW und CDU reichen, aber zur Not stünde die SPD als Königsmacher wohl in den Startlöchern.

Kröte für die Thüringer CDU

Unregierbar, so wie vor Monaten noch befürchtet, dürfte Thüringen daher nicht werden. Als Wagenknecht vor Wochen öffentlich darüber nachdachte, dass ihre Partei in Sachsen dem CDU-Ministerpräsidenten Michael Kretschmer zur Mehrheit verhelfen könnte, wenn die Union ihre Partei dafür im Gegenzug in Thüringen unterstützen würde, rümpften die Christdemokraten zunächst noch die Nase. Doch nun könnten diese Planspiele

schneller als erwartet Realität werden. In Sachsen ist das BSW zwar nicht so stark wie in Thüringen, dort würde es aber

42,0

Prozent – gemeinsam mit den Christdemokraten würde das neugegründete BSW in Thüringen eine stattliche Wählerzustimmung erreichen. Die SPD stünde dabei sogar wohlwollend als Königsmacherin bereit

Stand jetzt für ein Zweierbündnis mit der CDU reichen. „Wenn es notwendig ist, werden wir uns zur Verfügung stellen“, sagte die Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Sabine Zimmermann. Sie wolle sich aber nur auf eine Regierungsbeteiligung einlassen, wenn sie eigene Themen

umsetzen könne. „Wir sind keine Mehrheitsbeschaffer für die CDU“, sagte Zimmermann.

Inhaltlich gibt es viele Unterschiede. Wagenknecht hat ihre Partei auf einen strammen Friedenskurs getrimmt, Waffenlieferungen an die Ukraine lehnt sie ab. Doch über derlei große Politik wird nun mal nicht in Erfurt oder Dresden entschieden. Und die regionalen Spitzenkandidaten erscheinen durchaus verlässlich. Katja Wolf hat in Eisenach eine Direktwahl gewonnen und ziemlich hohe Beliebtheitswerte. Fast schon weinerlich mahnte AfD-Mann Höcke unlängst, man dürfe der „Antifa-Frau“ nicht auf den Leim gehen. Die Wahlen im Osten werden auf jeden Fall spannender als gedacht. Zwar könnte die AfD sowohl in Sachsen als auch in Thüringen und Brandenburg stärkste Partei werden, doch eine realistische Machtoption hat sie nicht. Sachsens AfD-Chef Jörg Urban gab kürzlich als Ziel aus, dass seine Partei über die Direktmandate zu einer absoluten Mehrheit kommen wolle. Doch das ist selbst in der Hochburg Sachsen unwahrscheinlich, in Thüringen und Brandenburg ist es nahezu ausgeschlossen.

Linkspartei flüchtet in den Personenkult

Die Linkspartei, vor wenigen Jahren noch stärkste Partei im Osten, hat nur noch in Thüringen Relevanz. In Sachsen dürfte sie aus dem Parlament herausfliegen, in Brandenburg eventuell ebenso. Und mit 14 Prozent in Thüringen ist Ramelow meilenweit von einer Mehrheit entfernt. Doch es wäre nicht Thüringen, hätte der Postkommunist nicht noch etwas in seiner Trickkiste gehabt. Kürzlich gab er bekannt, dass die Thüringer Linke die Internetadresse www.buendnis-bodo-ramelow.de gekauft und mit der Kampagnenseite ihres Spitzenkandidaten verlinkt habe.

Das „Bündnis Bodo Ramelow“ gegen das Bündnis Sahra Wagenknecht also. Mehr Personenkult geht kaum noch. Obwohl die Parteigründerin wie schon bei der Europawahl gar nicht selbst antritt. Doch das Selbstbewusstsein ist groß. Der Schachzug, die Partei zunächst für einen auserwählten Personenkreis zu öffnen, hat sich als klug herausgestellt.

Dass der BSW-Wahlkampf seinen Schwerpunkt in Thüringen haben wird, ist dabei mehr als ein offenes Geheimnis. Auf die Frage, ob es realistisch sei, dass die CDU Juniorpartner des BSW werde, antwortete sie kürzlich: „Wenn die CDU in einem Bundesland möchte, dass wir ihren Ministerpräsidenten wählen, kann sie sich dann nicht in einem anderen weigern, uns zu unterstützen, sollten wir vor ihr liegen. Es gibt ja Regeln in einer Demokratie.“

MOCRO MAFFIA

Mit magnetischer Wirkung auf ausländische Mafias

Neben Deutschlands Ausländerpolitik wirkt nun auch noch Lauterbachs Drogenpolitik anziehend

Deutschland ist wegen seiner laschen Asylpolitik, die von Verbrecherbanden aus aller Welt ausgenutzt werden konnte, um mit staatlicher Komplettversorgung im Gastgeberland neue Syndikate und Clans zu etablieren, zu einem Weltzentrum der organisierten Kriminalität geworden. Das Heer der Messerstecher, das zugewandert ist, stellt nur eine Randscheinung dar, an die sich die hiesige Öffentlichkeit bereits gewöhnt hat und die sie bereits als kulturbedingte soziale Umgangsform, sozusagen als Multikulti-Erscheinung, akzeptiert hat.

Zu Hilfe kommt der steigenden Kriminalität mit migrantischem Hintergrund eine linksgrüne Justiz, die zwar jeden Falschparker bis aufs akribischste durch alle Instanzen verfolgt, aber einen mittellosen Messerstecher schnell wieder laufen

lässt, wie Dutzende Fälle mit Todesfolge in der jüngsten Vergangenheit bewiesen haben. Während der Ampel-Regierung kam noch eine weitgehende Liberalisierung des Drogenmarktes hinzu, eine der letzten Maßnahmen zum Kitten der in fast allen sonstigen Politikfeldern widerstrebenden, im Streit liegenden Ampel-Parteien. Die Teilliberalisierung des Cannabiskonsums und -anbaus hat zusätzlich ausländische Drogenkartelle auf den lukrativen deutschen Markt aufmerksam gemacht.

Vor allem die berüchtigte holländische „Mocro Mafia“, wie in den Niederlanden zusammenfassend Banden der organisierten Drogenkriminalität bezeichnet werden, die sich vornehmlich aus Marokkanern, Personen von den Niederländischen Antillen sowie aus gebürtigen Niederländern selbst rekrutieren und in den Nie-

derlanden sowie Belgien aktiv sind, hat schnell zugegriffen und jüngst mit einer spektakulären Entführung und massiven Sprengstoffzündungen an Häusern in Nordrhein-Westfalen auf sich aufmerksam gemacht. Die Marokkaner aus den Niederlanden, die gemeinsam mit der Albanermafia fast den gesamten Welthandel mit Drogen dominieren, wollen sich in Deutschland mit spektakulären, brutalen Aktionen vor allem in den an Holland angrenzenden Bundesländern die Konkurrenz vom Leibe halten. Dabei scheuen sie, wie in Holland mehrfach bewiesen, vor keiner Grausamkeit zurück.

Dort wurden vor einigen Jahren sogar eigene Folterzentren der Mafiagruppe entdeckt. Zeugen und Rechtsanwälte in gegen sie laufenden Prozessen wurden von osteuropäischen Killerkommandos

grausam ermordet, die Auftraggeber konnten nie überführt werden.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach und mit ihm die Ampel haben es nach nur wenigen Wochen Cannabis-Teillegalisierung geschafft, dass mit der „Mocro Mafia“ ein neues Krankheitssymptom in Deutschland aufgetaucht ist. Mocro ist nämlich jetzt schon auf dem Wege, wie ein Krebsgeschwür das Land zu befallen. Hinter der deutsch-niederländischen Grenze beziehen Mitglieder dieses brutalen Mafia-clans immer mehr Wohnungen, um den deutschen Drogenmarkt zu beliefern. Die deutsche Polizei hat währenddessen anderes zutun. Sie muss Meterzonen um Schulen und Jugendeinrichtungen vermessen. Und sie weiß infolge einer Unklarheit der Gesetzeslage nicht mehr, ob und wo sie überhaupt kontrollieren darf. **Bodo Bost**

FINANZEN

Gratis-Kultur wird unbezahlbar

In Berlin gibt es vieles kostenlos – Doch damit könnte es bald vorbei sein

VON HERMANN MÜLLER

Möglicherweise ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die CDU insgesamt ihren Widerstand gegen eine Lockerung der Schuldenbremse aufgibt. Parteichef Friedrich Merz, in der Vergangenheit ein strikter Verteidiger der Regelung gegen ausufernde Staatsschulden, hatte bereits im Mai erklärt, eine Reform der Bremse sei nur möglich, wenn an den Sozialausgaben gespart werde. Statt eines strikten Neins liegt SPD und Grünen damit nun das Signal vor, dass unter bestimmten Bedingungen auch die CDU bereit ist, die Schuldenbremse zu lockern.

Noch weitergehend und konkreter sind die Vorstellungen, die Kai Wegner (CDU), Regierender Bürgermeister Berlins, vor Kurzem präsentiert hat: Wegner fordert die Möglichkeit, nicht nur dem Bund sogenannte Sondervermögen zu erlauben, sondern auch den Bundesländern. Hinter der Wortschöpfung „Sondervermögen“ stehen tatsächlich neue Schulden, die unter Umgehung der Schuldenbremse gemacht werden. Zur Begründung für seinen Ruf nach „Sondervermögen“ sagte Wegner, Länder und Kommunen in ganz Deutschland befänden sich in einer dramatischen Situation. Ihnen gehe langsam das Licht aus, so Wegner gegenüber dem Nachrichtenportal „t-online“.

Zulasten anderer Bundesländer

Im Fall Berlins sind die finanziellen Ausichten sogar besonders düster. Die Stadt wird in den kommenden Jahren massiv Ausgaben kürzen müssen. „Es geht um fünf Milliarden Euro bis zum Jahr 2026“, so Finanzsenator Stefan Evers (CDU) im Berliner Abgeordnetenhaus. Laut Evers sind die Ausgaben seit 2019 „nahezu explodiert“. „So ziemlich jedes tatsächliche oder scheinbare Problem wurde mit Geld gelöst, das es in Wirklichkeit gar nicht gab.“ Der Finanzsenator fügte hinzu: „Die Zeit der Wunschkonzerte ist vorbei!“ Evers beklagte in einer Aktuellen Stunde des Landesparlaments auch, „dass nicht jeder in dieser Stadt, auch nicht jeder in diesem Raum, die Dimension dieser Zahl erfasst hat!“

Obwohl die deutsche Hauptstadt in den kommenden Jahren Milliarden einsparen muss, leistet sich die Stadt bislang



„Zeit der Wunschkonzerte ist vorbei“: Finanzsenator Evers (l.) mit Berlins Bürgermeister Wegner

Foto: pa/Caro

noch immer Wohltaten, auf die andere, wirtschaftlich wesentlich erfolgreichere Bundesländer verzichten. Besonders schlecht ist in anderen Teilen Deutschlands das Angebot eines 29-Euro-Tickets für den Berliner Nahverkehr aufgenommen worden. Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) kritisierte, Berlin finanziere als Hauptempfänger des Länderfinanzausgleichs quasi mit bayerischem Geld einen Gesamtrabatt für alle Fahrgäste. Tatsächlich nimmt Berlin einen dreistelligen Millionenbetrag in die Hand, damit auch Menschen mit Spitzen-einkommen vom 29-Euro-Ticket profitieren können.

Ein Gießkannenprinzip wendet Berlin auch noch immer beim kostenlosen Schulleben für alle Grundschüler an. Eingeführt wurde das Angebot im Jahr 2019 noch vom rot-grün-roten Vorgängersenaat. Das Gratis-Angebot nehmen laut der Senatsbildungsverwaltung mehr als 180.000 Schüler der Klassenstufen eins bis sechs in Anspruch. Schätzungen gehen aller-

dings dahin, dass lediglich ein Drittel der Kinder tatsächlich darauf angewiesen ist, dass ihre Eltern für das Schulleben nichts bezahlen müssen. Bereits zur Einführung hatten Elternvertreter angeregt, die Kostenbefreiung auf einkommensschwache Familien zu begrenzen. Mit dem Geld, das die übrigen Eltern zahlen, könnte die Qualität der Schulspeisung insgesamt verbessert werden. Tatsächlich klagen Lieferanten des Schullebens, mit den festgelegten Portionspreisen lasse sich nicht wirtschaften, da die Inflation die Kosten in die Höhe getrieben habe. Auf der anderen Seite schlägt das Kostenlos-Angebot für alle im Landeshaushalt jährlich mit rund 160 Millionen Euro zu Buche.

Selbst die SPD kommt ins Grübeln

Berlins Regierender Bürgermeister Wegner hat inzwischen das kostenlose Schulleben für Grundschüler und auch die Kostenlos-Regelungen für die Berliner Kitas in Frage gestellt. Die Stadt könne die nötigen Einsparungen nicht einfach „wegat-

men“, so Kai Wegner gegenüber der Lokalzeitung „B.Z.“: „Die Herausforderungen sind groß, die Summen sind groß – noch größer als bei Sarrazin.“ Wegner spielt damit auf die Sparpolitik des damaligen Finanzsenators Thilo Sarrazin nach der Jahrtausendwende an. An der Spitze einer rot-roten Koalition hatte Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) seinerzeit die Parole ausgegeben: „Sparen, bis es quietscht.“

Konfrontiert mit dem Zwang, im Landeshaushalt in den kommenden Jahren Milliarden einsparen zu müssen, vollzieht auch derzeit zumindest ein Teil der Berliner SPD eine Abkehr von der Kostenlos-Mentalität. Die neuen SPD-Landesvorsitzenden Martin Hikel und Nicola Böcker-Giannini wollen etwa das Schulleben für einen Großteil der Berliner Kinder kostenpflichtig machen. Beobachter halten es auch für wahrscheinlich, dass die eben erst eingeführte 29-Euro-Monatskarte bei einer der unvermeidlich kommenden Sparrunden wieder gestrichen wird.

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

Die eigentümliche Sicht der Innensenatorin

Spranger (SPD): Rechtsextremismus bleibt größte Gefahr – Die offiziellen Zahlen sagen etwas anderes

Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat den 123 Seiten starken Verfassungsschutzbericht für die Stadt vorgestellt. Mit dem Bundesinnenministerium und den anderen Bundesländern sei man sich einig, dass vom Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie ausgehe, behauptet die SPD-Politikerin.

Die vorgelegten Zahlen zeigen jedoch ein anderes Bild. 1450 Rechtsextremisten stehen in der Hauptstadt 3700 Linksextremisten gegenüber. Dazu kommen 2300 radikale Moslems (darunter Hamas) und weitere 1670 ausländische Extremisten (etwa PKK und Graue Wölfe). Aufgelistet sind weiterhin 700 Reichsbürger, davon 150 rechtsextrem, sowie 130 Anhänger der Scientology-Sekte.

Bei den Linksextremisten gebe es zwar Richtungskämpfe, aber die antiimperialistischen und dogmatischen Linken

dominierten und dort herrsche scharfe antisraelische und antizionistische Positionen vor, so Spranger: „Die Israelfeindschaft dieses Spektrums basiert auf einem stalinistisch geprägten Antizionismus. Er brandmarkt Israel als aggressiven, expansionistischen Staat und enthält deutliche antisemitische Züge.“

Zählt man Linksextremisten, radikale Moslems sowie türkische und kurdische Extremisten zusammen, kommt man auf eine bedrohliche Masse. Aussagen, die den Terror der Hamas als „Freiheitskampf“ bezeichnen, seien „salonfähig“ geworden, beklagt die Senatorin. Auffällig wurden diese nicht nur bei Demos in Neukölln, sondern auch bei Protesten an Unis, Störungen oder bei Streikaufrufen. Spranger wörtlich: „Antisemitismus und Hass auf alles Jüdische sind Bestandteile der Ideologien aller verfassungsfeindlichen

Phänomenbereiche.“ Im Bereich des Rechtsextremismus wird eine große Zersplittertheit beobachtet.

Ausländerfeindlichkeit, Israelfeindlichkeit und Russlandhörigkeit wetteiferten miteinander. Im Bereich des Rechtsextremismus falle vornehmlich die Partei „Der III. Weg“ auf, die der früheren NPD – jetzt „Heimat“ – den Rang abgelaufen habe: „Die gewalttätigen anti-israelischen Proteste nutzte die verfassungsschutzrelevante ‚Neue Rechte‘, um ihre rassistische und migrationsfeindliche Agitation zu intensivieren.“

Immer stärker gefährdet

Die Jugendorganisation des „III. Weges“, die „Nationalrevolutionäre Jugend“, versucht laut Bericht, vor Schulen gewaltorientierte und kampfsportaffine junge Menschen zu rekrutieren. Junge Leute

würden über sportliche Aktivitäten in großer Zahl an rechtsextreme Ideologie der übelsten Sorte und an Rassismus herangeführt. Die Mitgliederzahl des „III. Weges“ stagniere in Berlin bei 80 Personen. Das ist nur halb so viel wie „Die Heimat“ (früher NPD), aber sie gilt als wichtiges Auffangbecken für „aktionsorientierte Rechtsextremisten“. „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sähen Russland häufig als möglichen „Erlöser“ oder „Befreier“ Deutschlands von einem „Besatzregime“.

Berlins Verfassungsschutz sieht die innere Sicherheit und die Demokratie durch Extremisten immer stärker gefährdet. Innensenatorin Spranger: „Wir haben von Anfang an klargemacht, dass es dafür keinerlei Toleranz gibt, und wir sind von Beginn an konsequent gegen Antisemitismus und Gewalt vorgegangen.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Hamasfreunde

VON VERA LENGSFELD

Berlin ist die Hauptstadt des Judentums. Nicht nur in einigen Vierteln, wie der CDU-Bürgermeister Kai Wegner meint, sondern in der ganzen Stadt ist es für Juden nicht ratsam, die Kippa zu tragen. „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“, tönte es vor einigen Jahren auf einer Demonstration. Das ist in dieser Offenheit nicht wieder vorgekommen, aber der Hass ist nicht verschwunden.

Auf der jüngsten Pro-Palästina-Demonstration wurde das rote Dreieck der Hamas gezeigt, vorzugsweise von verschleierten Frauen. Als Polizisten Einspruch erhoben, wurden sie angegriffen. Trotz des Einsatzes von Pfefferspray konnte die Situation nur schwer beruhigt werden. Inzwischen hört man aus dem Roten Rathaus, dass es Überlegungen gibt, das rote Hamas-Dreieck zu verbieten. Wir dürfen gespannt sein, ob den Überlegungen auch die Tat folgt.

Neben der Palästinenser-Demo gab es auch eine kleine Gegendemonstration von 40 Israel-Unterstützern auf dem August-Bebel-Platz. Diese Kundgebung wurde nach einer Stunde friedlich beendet, wurde gemeldet. Das entsprach nicht ganz den Tatsachen, denn zwei Teilnehmer wurden von pro-palästinensischen Demonstranten angegriffen. Der Israel-Hass richtet sich mittlerweile auch gegen Restaurants. Im schicken Szene-Bereich Prenzlauer Berg wurde in der Nacht zum vergangenen Sonntag ein Lokal, das Kanaan, verwüstet, das von einem Israeli und einem Palästinenser betrieben wird. Die Polizei vermutet zwar einen Einbruch, schloss ein politisches Motiv aber nicht aus.

Auf dem Instagram-Account des Lokals heißt es, die Einbruchs-These sei bereits infrage gestellt. Es sei nichts gestohlen worden. Alles sähe nach einem Akt des Hasses aus. „Unser Raum wurde mit abscheulichen Taten geschändet und Hass im gesamten Restaurant verbreitet.“ Die Betreiber wollen nicht aufgeben. Sie brauchen unsere Unterstützung.

MELDUNG

Hamas: Waffen-Depot in Polen

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof hat beschlossen, drei im vergangenen Dezember festgenommene mutmaßliche Hamas-Mitglieder weiter in Untersuchungshaft zu behalten. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass die drei im Libanon geborenen Beschuldigten versucht haben, Waffen aus einem Versteck in Polen nach Deutschland zu bringen. Mit den Waffen sollte es nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft der Hamas ermöglicht werden, in Deutschland Anschläge auf jüdische Einrichtungen zu verüben. Als eines der möglichen Ziele nennen die Ermittler die israelische Botschaft in Berlin. Um das Erddepot mit Waffen zu finden, sollen zwei der Beschuldigten nach Polen gefahren sein. Nach Angaben des Bundesgerichtshofs ist bislang nicht geklärt, wo sich das Waffenlager befindet. In Bulgarien ist ein weiteres Waffenlager der Hamas von den dortigen Ermittlungsbehörden inzwischen ausgehoben worden. H.M.

● MELDUNGEN

Israel klagt UNRWA an

Jerusalem – Die israelische Regierung hat dem Generalsekretär des Hilfswerkes der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), Philippe Lazzarini, eine Liste mit insgesamt 108 Namen von UNRWA-Mitarbeitern übergeben, welche nach Erkenntnissen der israelischen Behörden auch Angehörige der Terrororganisation Hamas sind. Die Aufstellung enthält detaillierte Angaben über die Pass- und Hamas-Mitgliedsnummern der 108 Palästinenser. Das Außenministerium in Jerusalem teilte Lazzarini darüber hinaus mit, dass es zudem über eine vergleichbare, aber wesentlich umfassendere Liste verfüge, welche „aus Geheimhaltungsgründen noch nicht veröffentlicht“ werde. Nun soll das UNRWA die Arbeitsverhältnisse der 108 Hamas-Mitglieder „unverzüglich beenden“, weil ihre Beschäftigung „ein Sicherheitsrisiko für Israel“ darstelle, da UNRWA-Mitarbeiter an den Terroranschlägen vom Oktober 2023 teilgenommen hätten. W.K.

Yandex verlässt Russland

Amsterdam – Russlands größte Internetsuchmaschine Yandex, die erfolgreich in Konkurrenz zu Google auftrat, hat sich endgültig vom russischen Markt zurückgezogen. Die dortigen Vermögenswerte wurden bereits im Februar für gut fünf Milliarden US-Dollar an ein kremltreues Investorenkonsortium verkauft. Eine Aufspaltung des Unternehmens hatte sich bereits 2022 angekündigt. Der Firmengründer Arkadij Wolosch hatte seinen Wohnsitz schon 2014 nach Israel verlegt. Er gilt als scharfer Kritiker des russischen Angriffs auf die Ukraine. Nun hat die seit Langem in den Niederlanden registrierte Muttergesellschaft den ihr verbliebenen Minderheitsanteil von 28 Prozent auch noch verkauft. Nach der Trennung von Russland soll das Unternehmen den Namen „Nebius“ erhalten, Wolosch kann als Chef zurückkehren, nachdem die EU die gegen ihn verhängten Sanktionen aufgehoben hat. MRK

US-Stützpunkte in Finnland

Helsinki – Das finnische Parlament hat das Ende 2023 vom US-Außenminister Antony Blinken und dem finnischen Verteidigungsminister Antti Häkkanen ratifizierte Defence Cooperation Agreement (DCA) über die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten einstimmig angenommen. Darin verpflichtet sich Finnland, den US-Streitkräften 15 Militärstützpunkte zur Verfügung zu stellen. Damit können die USA nun sowohl Truppen als auch Atomwaffen auf finnischem Territorium stationieren. Ähnliche Verträge schloss Washington bereits mit Schweden und Norwegen, allerdings lehnte die Regierung in Oslo die Verlagerung von US-Kernwaffen nach Norwegen explizit ab. Für die Annahme des Abkommens mit den USA hätte eine Dreiviertelmehrheit des Reichstages in Helsinki ausgereicht. Das lange Zeit blockfreie Finnland ist seit dem 4. April 2023 Mitglied der NATO. W.K.

ITALIEN

Volksfront nach französischem Vorbild

Ein neues Linksbündnis könnte Giorgia Meloni gefährlich werden – Elly Schlein auf Erfolgskurs

VON PETER ENTINGER

Als Italiens Nationalmannschaft kürzlich bei der Fußball-Europameisterschaft sang- und klanglos im Achtelfinale scheiterte, sah sich die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zu der Stellungnahme veranlasst, dass im Sport Sieg und Niederlage manchmal ganz nah beieinander lägen. Vor drei Jahren wurden Italiens Kicker noch ob des Titelgewinns gefeiert, deshalb solle man nun den Stab über das Team brechen, forderte Meloni.

Dass der Ruhm von gestern in der schnelllebigen Gegenwart nichts mehr wert ist, muss die Regierungschefin nun am eigenen Leib erfahren. Noch vor wenigen Wochen galt sie als Wunderkind der europäischen Rechten. Ihren Wahlsieg bei der Parlamentswahl konnte sie bei der Abstimmung zum EU-Parlament bestätigen, ihren Ruf entgegen allen Befürchtungen auf internationalem Parkett festigen.

Doch es gab bereits im Juni nach der EU-Wahl Stimmen, die davor warnten, dass das Ende der Erfolgsserie absehbar sei. Denn die jahrelang chronisch zerstrittenen Sozialdemokraten präsentierten sich unter der Führung der neuen Vorsitzenden Elly Schlein erstaunlich homogen und kamen auf 24 Prozent und lagen damit nur noch vier Punkte hinter Melonis „Brüder Italiens.“

Der Ruhm von gestern scheint verflogen zu sein

Während Meloni sich noch sehr sicher im Sattel fühlte, kam es in Frankreich zu einem Ereignis, das auch für die italienische Linke zum Vorbild werden könnte. Eine Volksfront von Links vereitelte auf den letzten Metern den bereits sicher geglaubten Wahlsieg von Marine Le Pens Rassemblement National.

Lag die italienische Linke noch vor wenigen Monaten am Boden, tut sich mittlerweile Erstaunliches. Die Vorsitzende Schlein, sozialisiert in ultralinken

Kreisen, erhält neuerdings Unterstützung von Matteo Renzi. Der frühere Ministerpräsident galt über Jahre als Musterbeispiel des modernen Sozialdemokraten. Moderat im Ton, aber durchaus verbindlich, hielt er sich von 2013 bis 2018 an der Parteispitze. Danach überwarf er sich mit seinen Gefolgsleuten und gründete eine eigene, bisher mäßig erfolgreiche sozialliberale Partei.

Enrico Letta, der die Partei anschließend führte, hielt wenig von Bündnisbestrebungen und grenzte seine Truppe nach rechts und links ab. Der Erhalt der „Demokratischen Partei“ stand über allem.

Nachfolgerin Schlein ist da, obwohl deutlich links stehender, flexibler. Nach den Wahlen in Frankreich stellte sie flugs ein Bündnis von der linken Mitte bis hin zum postkommunistischen Spektrum in Aussicht. „Klug und weitsichtig“, nannte Renzi diese Vorgehensweise. Und so könnte es in Italien zum Comeback einer linken Volkspartei kommen.

Der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung laufen die Wähler weg, selbst in ihren Hochburgen im Süden des Landes wurden sie vielerorts von den Sozialdemokraten überholt. Giuseppe Conte, der sich langfristig als Meloni-Nachfolger sah, steht kurzfristig sogar vor dem politischen Aus. „Schlein trifft den richtigen Ton und zieht die richtigen Schlüsse aus der Lage“, lobt Vorgänger Renzi und verteilt eifrig Schmeicheleien. Ihre Bündnisstrategie sei „genial“. Nun bleibt es abzuwarten, ob im hektischen italienischen Polit-Alltag eine etwaige linke Allianz auf Dauer hält. In der Vergangenheit war das nicht der Fall.

Von Sozialdemokraten überholt

Doch Renzi ist sich sicher: „Meiner Meinung nach hat der Niedergang von Giorgia Meloni bereits begonnen und ihr Absturz wird sich durch innere Spaltungen in ihrer Koalition noch beschleunigt.“ Denn gerade außerhalb Italiens musste Meloni zuletzt einige bittere Kröten schlucken.

Bei der Bildung der Fraktion im Europaparlament verloren ihre „Konservativen und Reformen“ den Status als dritte Kraft. Die neu gegründete Rechts-Fraktion um Viktor Orbán und Le Pens Partei haben ihr den Rang abgelassen. Mit von der Partie ist auch Matteo Salvini und seine von Wahlkämpferin Meloni auf das Niveau einer Kleinpartei zusammengesetzte Lega. Für Salvini ist der Coup von Straßburg eine Genugtuung. Er kämpft im Herbst auf einem Parteitag um das Überleben an der Lega-Spitze. Und er hat bereits angekündigt, dass er in der Regierungsarbeit wieder sichtbarer werden will. Meloni selbst macht für ihre Niederlage auf internationalem Terrain den ungarischen Regierungschef Orbán verantwortlich. Ihre Wut sei riesig, schrieben italienische Zeitungen und Renzi legte den Finger in die Wunde und bescheinigte ihr „mangelnde Souveränität“.

In wenigen Wochen finden im südlichen Umbrien und in der Emilia-Romagna Regionalwahlen statt. Beide Regionen gelten als gutes Pflaster für die Linke. Und so sollen die Wahlen als Testlauf für eine Volksfront nach französischem Vorbild genutzt werden.



Könnte bald ein neues Linksbündnis anführen: Die Sozialdemokratin Elly Schlein

Foto: pa/Associated Press

POLEN

Sejm-Abgeordneter sieht Invasion von Muslimen

Laut dem PiS-nahen Politiker Matecki zieht es viele islamische Migranten aus Deutschland gen Osten

Laut dem PiS-nahen Politiker Dariusz Matecki aus Stettin [Szczecin] beschreibt in seinen Facebook-Meldungen eine Invasion des deutschen Muslimen in seiner Stadt, die Polen stürmen wollen.

Fakt ist, dass es seit einigen Jahren eine kleine Moschee in seiner Stadt gibt, eine von nur zwölf in der gesamten Republik Polen. Der Parlamentarier schreibt über eine „Invasion Hunderter von Ausländern“, über „unbezahlte Rechnungen polnischer Krankenhäuser für die Behandlung von Ausländern“ in Stettin. Er illustriert seine Beiträge mit Fotos von dunkelhäutigen Männern, die durch die Straßen von Stettin laufen.

Fotos des jährlichen muslimischen Festivals, das am 16. Juni in der Netto-Arena stattfand, sollten als Beweis für die „Invasion“ dienen. „Eine Invasion ist im Gange. Das Zentrum von Szczecin“, schrieb Matecki in seinen sozialen Medien und postete Fotos von einzelnen Aus-

ländern aus den Straßen der Stadt. In der Netto-Halle in der Szafera-Straße fand zu diesem Zeitpunkt das jährliche muslimische Festival statt. „Eine weitere Veranstaltung fand am vergangenen Wochenende ebenfalls in den Räumlichkeiten statt. Bei der Überlassung der Räumlichkeiten des Gebäudes an Externe achten wir darauf, Kunden nicht aufgrund ihrer Ansichten oder religiösen Werte zu diskriminieren“, erklärte Celina Wolosz, Sprecherin des Unternehmens „Stettiner Tourismusveranstaltungen“.

In weiteren Facebook-Beiträgen von Matecki wird von „zahlreichen Migranten“ berichtet, die in Nachtzügen zwischen Angermünde und Stettin unterwegs sind. Auch hier hinterfragt der Abgeordnete diese Wanderungsbewegung. In einem Video kündigt er eine parlamentarische Anfrage in dieser Angelegenheit an: „Wir haben Informationen erhalten, dass deutsche Dienste am 8. Juni am

Grenzübergang in Rosówek (Neu Rosow) vier Personen aus dem Nahen Osten abgesetzt haben, die dann von den Grenzbeamten zum Bahnhof gefahren wurden“, sagte Matecki in der Aufzeichnung, in der die Inspektion der Polizeistation in Möhringen [Mierzyn] durch den Abgeordneten angekündigt wird. Für einen ähnlichen Vorfall mit einer fünfköpfigen afghanischen Familie entschuldigte sich die Bundesrepublik, obwohl diese Familie bei der Einreise nach Deutschland polnische Asylbescheinigungen mit sich führte (siehe PAZ Nr. 26 vom 28. Juni).

Tataren haben einen guten Ruf

Die Zahl der polnischen Muslime, bei denen es sich hauptsächlich um Tataren handelt, wird auf etwa 5000 beziffert. Man schätzt die Zahl aller Muslime in Polen, darunter Studenten, Unternehmer, Diplomaten oder Flüchtlinge aus islamischen Ländern, auf etwa 60.000. Ein dichtes

Netz von Schleusern muslimischer Herkunft, die am Weitertransport der Migranten aus Weißrussland in die Bundesrepublik ihr Geld verdienen, durchzieht in den letzten Jahren Polen von Ost nach West. Die meisten polnisch-tatarischen Muslime leben in der Woiwodschaft Podlachien, wo sich in Bohoniki und Kruszyniany zwei der letzten historischen Moscheen auf polnischem Boden befinden. Die Tataren, die zu Zeiten der polnisch-litauischen Union Verbündete waren, genießen als Minderheit in Polen einen guten Ruf.

In Stettin gab es bis 1945 keine Moschee. Der aus der Stadt Vertriebene Ayyub Axel Köhler (als Axel Köhler am 3. April 1938 in Stettin geboren) war von 2006 bis zum September 2010 Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, ehe er in dieser Funktion von Aiman Mazzyk abgelöst wurde. Köhler war 1963 als Student in Freiburg zum Islam übergetreten.

Bodo Bost

VON HERMANN MÜLLER

Trotz der Absichtserklärung der EU, sich bis 2027 unabhängig von russischem Erdgas zu machen, steigen die Importe wieder an. Die Zuwächse sind sogar deutlich. Wie das „Handelsblatt“ unter Berufung auf Daten des Analyseunternehmens ICIS berichtet, importierten die Länder der EU im vergangenen Mai bereits wieder 4,8 Milliarden Kubikmeter Gas aus Russland. Dies war nur ein Bruchteil der 15 Milliarden Kubikmeter, die noch im Mai 2021 aus dem Osten in die EU geflossen sind, jedoch auch deutlich mehr als die 3,7 Milliarden Kubikmeter Gas vom September 2022. Daten der Brüsseler Denkfabrik Bruegel zeigen, dass einige Länder besonders stark auf russisches Erdgas setzen: In Österreich stieg der russische Anteil an den Gasimporten von 87 Prozent im Jahr 2022 auf aktuell 91 Prozent. Besonders stark hat Griechenland seine Einfuhren von russischem Erdgas ausgebaut. Dort stammen die Gaseinfuhren derzeit zu 60 Prozent aus Russland. Im Jahr 2022 lag der Anteil bei nur 14 Prozent.

Obwohl es mittlerweile 14 Sanktionspakete im Handel mit Russland gibt, hat die EU bislang weder die Einfuhr von russischem Pipelinegas noch den Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) per Tankerschiff verboten. Lediglich die Umladung von russischem LNG in Häfen der EU-Mitgliedstaaten untersagt Brüssel ab 2025. Der Schritt soll verhindern, dass russisches Flüssiggas über die EU in Drittländer exportiert wird. Trotz des Krieges in der Ukraine kommt sibirisches Erdgas sogar weiterhin über die Ukraine in die EU. Die Leitung führt über ukrainisches und slowakisches Gebiet bis zum Verteilungspunkt Baumgarten in Niederösterreich. Daneben entwickelt sich die Türkei mit seiner Turkstream-Pipeline immer mehr zu einer wichtigen Drehscheibe für den Handel mit russischem Gas. Diese zentrale Rolle einer Drehscheibe im Gashandel hatten viele Marktexperten noch vor wenigen Jahren Deutschland mit den beiden Nord-Stream-Pipelines vorausgesagt.

Im Fall von Griechenland haben die stark gestiegenen Importmengen von russischem Erdgas zu einer erstaunlichen Entwicklung geführt. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, sind griechische Pläne für den Bau von zusätzlichen LNG-Anlagen still beerdigt worden.

Ursprünglich wollten Energieunternehmen in Griechenland ein ganzes Netz von Terminals für den Import von Flüssiggas aufbauen. Dabei ging es nicht nur um die Eigenversorgung des Landes. Griechenland sah sich vielmehr bereits auf dem Weg, zu einer Drehscheibe für



Ankaras Turkstream-Pipeline gilt als wichtige Handelsdrehscheibe, daher darf der Gashahn von Gazprom nicht abgedreht werden

GEGENSEITIGE ABHÄNGIGKEIT

Trotz EU-Sanktionen: Russisches Gas fließt weiter

Neben der Türkei setzen vor allem Österreich und Griechenland auf die billige Energie Putins

den Gashandel in ganz Südosteuropa zu werden. Die geplanten Anlagen sollten eine Umschlagskapazität haben, die dem Vierfachen des Eigenbedarfs Griechenlands entsprochen hätte.

Türkei wegen Abhängigkeit auf Schmusekurs mit Gazprom

Mittlerweile scheinen diese ehrgeizigen Pläne obsolet zu sein. Griechenlands Energieminister Theodoros Skylakakis erhielt unlängst parlamentarische Anfragen zu einem der geplanten LNG-Projekte nahe der Hafenstadt Volos. Als Reaktion beschied der Minister von der liberal-konservativen Drasi-Partei: „Unsere LNG-Kapazitäten sind mehr als ausreichend.“ Zudem machte der Minister klar, dass seiner Meinung nach die Investition in das LNG-Projekt zum gegenwärtigen

Zeitpunkt aus wirtschaftlichen und politischen Gründen „keine Aussicht auf Realisierung“ habe. Ähnlich wie Ungarn und Österreich reagiert Griechenland damit nicht politisch, sondern wie ein kühl kalkulierender Kaufmann: Sibirisches Gas, das per Pipeline nach Europa kommt, wird auf lange Sicht preislich immer günstiger sein als per Tanker herangeschafftes Flüssiggas aus den USA oder Katar.

Griechenlands Griff nach Erdgas, das über die Turkstream-Leitung importiert wird, birgt nur auf den ersten Blick ein Risiko der Abhängigkeit von der verfeindeten Türkei. Ankara ist seinerseits so stark abhängig von russischen Gaslieferungen, dass sich die türkische Führung Ärger mit dem russischen Lieferanten Gazprom nicht leisten kann. Auch im Fall des Verteilungspunktes Baumgarten unweit der slo-

wakisch-österreichischen Grenze ist es wahrscheinlich, dass die Gaslieferungen aus Russland ungestört weitergehen. Zum Ende des Jahres 2024 läuft eigentlich der Vertrag aus, mit dem die Ukraine den Transport von russischem Erdgas über ihr Gebiet ermöglicht. Noch vergangenes Jahr hieß es aus Kiew, die Ukraine wolle Anfang 2025 den Transit von russischem Erdgas beenden. Allerdings bestätigte der aserbaidjanische Präsident Ilham Alijew nun Gespräche über eine Vertragsverlängerung. Alijew erklärte, die EU und die Ukraine hätten Aserbaidschan gebeten, bei der Vermittlung mit Russland zu helfen. Wie verschiedene Wirtschaftsmedien berichten, soll sich die Ukraine bereit erklärt haben, den Transit unter bestimmten Bedingungen und mit Beteiligung von EU-Unternehmen fortzusetzen.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Bundesrepublik im alleinigen Abwärtstrend

Global Wealth Report: Anti-Globalisierung und geringe Geburtenraten bremsen positive Dynamik

Die Welt wird reicher, Deutschland hingegen ärmer. Das ist eine zentrale Aussage im „Global Wealth Report 2024“ der Schweizer Großbank UBS Group AG. Im Detail heißt es in dem Bericht, dass die Aufwärtsentwicklung des weltweiten Wohlstands nach dem Einbruch während der Corona-Jahre im Großen und Ganzen dort angeknüpft habe, wo sie 2020 unterbrochen worden sei. Allerdings sorgten Entglobalisierungstendenzen und rückläufige Geburtenraten für eine etwas geringere Dynamik als früher.

Nach Ansicht der UBS, welche insgesamt 56 Schlüsselregionen der Erde unter die Lupe nahm, in denen Vermögen im Umfang von umgerechnet 432 Billionen US-Dollar existieren, stellen die Schwellenländer die eindeutigen Gewinner der Entwicklung seit 2008 dar. Damals ver-

fügten sie über 16,8 Prozent des weltweiten Wohlstandes, während es jetzt bereits 32 Prozent sind. Und auch der Anteil der besonders armen Menschen auf unserem Planeten mit einem Vermögen von unter 10.000 Dollar hat sich seit 2000 fast halbiert. Zugleich liegt die Wahrscheinlichkeit, wohlhabender zu werden, im globalen Maßstab nun höher als die, zu verarmen. Die Chance, aus der Unterschicht in die Mittelschicht aufzusteigen, beziffert die UBS auf fast 62 Prozent. Gleichzeitig wächst dadurch aber auf der Südhalbkugel die Bereitschaft zur Binnenmigration vom Land in die Stadt oder zur Auswanderung in die Industriestaaten auf der Nordhalbkugel.

Die Bundesrepublik bildet eine der wenigen Ausnahmen, wobei aber zwischen Millionären und Normalbürgern

unterschieden werden muss. Deutschland belegt noch Platz sechs der Staaten mit den meisten Millionären: Momentan gibt es hier 2,8 Millionen davon. Gleichzeitig ist aber das Medianvermögen der Deutschen, also die Summe, welche die Trennlinie zwischen der reicheren und ärmeren Hälfte der Bevölkerung markiert, sowohl im europäischen als auch im globalen Vergleich rückläufig. Dadurch fiel die Bundesrepublik aus der Gruppe der 25 wohlhabendsten Länder der Welt. Während das Medianvermögen im Falle des Spitzenreiters Luxemburg nun bei 372.000 US-Dollar liegt, zählt ein Bundesbürger bereits zu den Reichen, wenn er 71.000 Dollar besitzt. Damit rangieren die Deutschen noch hinter den Italienern, Spaniern, Iren und Slowenen. Der Rückgang bei den Vermögenswerten hierzulande resul-

tiert auch aus den teilweise sinkenden Immobilienpreisen und der schwachen Wirtschaftsentwicklung. Letztere ist die Folge der Abwanderung etlicher wichtiger Unternehmen ins Ausland sowie fehlender Investitionen angesichts der ruinösen Energie- und Wirtschaftspolitik der Ampel. Laut UBS wird es in Deutschland 2024 ein Investitionsplus von maximal 2,2 Prozent geben, während ein Land wie Großbritannien auf 7,2 Prozent kommt.

Die stetig wachsende Ungleichheit bei der Vermögensentwicklung in der Bundesrepublik rief im Frühjahr bereits den Europarat auf den Plan. Damals forderte das Gremium die Regierung in Berlin auf, mehr gegen die hohe Armutsquote bei den Senioren sowie die allgemeine Wohnungsnot zu unternehmen.

Wolfgang Kaufmann

● MELDUNGEN

Bankensterben in China

Liaoning – In der Volksrepublik China mussten in nur einer Woche 40 regionale Banken schließen, darunter die Geschäftsbank der Provinz Jiangxi. Das plötzliche Bankensterben resultiert aus der Immobilienkrise im Reich der Mitte: Immer mehr überschuldete Bauträger und Kommunalverwaltungen können ihre Kredite nicht zurückzahlen. Manche der jetzt verschwundenen Banken hatten bis zu 40 Prozent notleidende Kredite in ihrem Portfolio. Um einen Dominoeffekt zu vermeiden, übernahm die 2023 von den Aufsichtsbehörden gegründete Ländliche Wirtschaftsbank von Liaoning die 40 gescheiterten Geldinstitute. Kritiker warnen allerdings davor, dass durch ein solches Vorgehen am Ende nur „größere schlechte Banken“ entstehen. Medienberichten aus China zufolge sollen noch rund 3800 weitere Bankhäuser in den Provinzen mit angeblichen Vermögenswerten von umgerechnet fast sieben Billionen Euro vom Konkurs bedroht sein. W.K.

Arbeitsmangel in der Ukraine

Kiew – Nach Angaben der ukrainischen Internetzeitung „Obozrevatel“ erreicht der Arbeitskräftemangel im Lande Rekordniveau. 40 Prozent der Arbeitsplätze könnten nicht mehr besetzt werden, was den Unternehmen inzwischen mehr Sorgen bereite als Korruption, Stromausfälle und steigende Preise. Aufgrund dieser Situation seien die Durchschnittsgehälter seit Jahresanfang um ein Fünftel gestiegen, im Baugewerbe sogar um 44 Prozent. Hier arbeiteten zugleich immer mehr Frauen. Zudem planten viele ukrainischen Firmen, Arbeitsmigranten aus Indien einzustellen. Außerdem solle die Zahl der Beschäftigten im Rentenalter erhöht werden. Der Arbeitskräftemangel ist allerdings nicht nur eine Folge der Massenmobilisierung, sondern auch des demographischen Wandels und der Emigration. Dadurch ging die Zahl der ukrainischen Bürger in den letzten 25 Jahren von 52 auf 38 Millionen zurück. W.K.

NASA zahlt SpaceX 843 Mio.

Austin – Die US-amerikanische Weltraumbehörde NASA hat das private Raumfahrtunternehmen SpaceX von Elon Musk beauftragt, ein sogenanntes Deorbiting-Fahrzeug zu entwickeln, mit dessen Hilfe die seit dem 2. November 2000 permanent besetzte internationale Raumstation ISS am Ende ihrer Betriebszeit um das Jahr 2030 herum kontrolliert zum Absturz gebracht werden kann. Die NASA will SpaceX hierfür bis zu 843 Millionen Dollar zahlen. Eigentlich liegt die Versenkung der bislang 100 Milliarden Dollar teuren ISS im „Raumschiff-Friedhof“ am Point Nemo zwischen Neuseeland und Chile in der gemeinsamen Verantwortung der fünf Weltraumagenturen NASA, Roskosmos, ESA, CSA und JAXA, welche die 450 Tonnen schwere Raumstation betreiben. Allerdings möchte die NASA nicht riskieren, dass es am Ende mangels ausreichender Absprachen und Vorbereitungen zu einem ungesteuerten Niedergang der ISS kommt. W.K.

KOMMENTAR

USA: Alles wieder offen

JENS EICHLER

Es war ein Paukenschlag! So etwas hatte es zuvor in der amerikanischen Geschichte noch nie gegeben: Der Präsident steigt gut vier Monate vor der Wahl, die seine Wiederwahl hätte sein können, aus. War es seine Entscheidung? War es das Zureden seiner Ehefrau Jill? Oder war er einfach nur noch müde und wollte die scheinheiligen Gesänge seiner demokratischen Parteikollegen nicht mehr hören? Wir wissen es nicht und werden es niemals erfahren. Nur eines ist sicher: US-Präsident Biden hat das Handtuch geworfen – per Brief. Geblieben sind viele offene Fragen. Vor allem: Wer macht es nun? Lediglich eine Empfehlung gab der schwächelnde Biden ab. Und die meldete sich zwei Stunden nach Veröffentlichung des Briefes entschlossen zu Wort: Vizepräsidentin Kamala Harris. „Ich will, kann und werde es mir verdienen!“, schrieb sie keck.

So, so, Kamala Harris will es werden. Wie es die PAZ in Ausgabe 28 bereits richtig vermutet hatte. Viele prominente Demokraten haben ihr bereits ihre Unterstützung zugesagt. Vor allem diejenigen, die ebenfalls als „Lückenbüsser“ im Falle eines Abgangs von Biden gehandelt wurden. Darunter der smarte Verkehrsminister Pete Buttigieg, Kaliforniens Gouverneur Gavin Newsom oder Amtskollege Josh Shapiro aus Pennsylvania. Selbst die 50 Parteichefinnen und -chefs der US-Bundesstaaten sprachen Harris bereits ihre Unterstützung aus. Großartig, oder eher berechnendes Kalkül? Steht hinter der lächelnden Beistands-Fassade vielmehr die Erleichterung, für die Demokraten nicht ins Rennen gegen einen siegessicheren Gegner Trump gehen zu müssen? Getreu dem Motto: „Wir jubeln sie hoch – fallen kann sie allein. Hauptsache wir behalten eine weiße Weste!“ Wie sonst wäre die schnelle Zustimmung – Wochen vor dem offiziellen Parteitag der Demokraten, auf dem eine Kandidatur überhaupt erst bestätigt werden würde – zu erklären? Oder ist es doch der spürbare Zeitdruck verbunden mit dem Willen, Trump mit seinem neuen Wadenbeißer J.D. Vance keinen Tag mehr als nötig für scharfe Angriffe zu schenken?

Egal, es bleibt nur eine Frage übrig: Hat Harris überhaupt eine Chance? Was

prädestiniert sie zu diesem Amt? Ihre politische Expertise? Die wird ihr von Medien und Gegnern gern abgesprochen. Aber: Vier Jahre Vizepräsidentin der USA – ganz ehrlich, mehr Expertise geht ja wohl kaum. Man wirft ihr ebenso vor, sich vor vier Jahren beim Rennen um die Präsidentschaftskandidatur nicht gegen Biden durchgesetzt zu haben. Viele, die jetzt kluge Ratschläge erteilen, traten damals an und haben ebenso verloren. Sonst wäre Biden es nämlich nicht geworden. Wieder nur heiße Luft. Größter Vorwurf: Sie blieb in ihrer Vizepräsidentschaft fast unsichtbar. Stimmt! Sie musste ja auch keine Defizite ihres Chefs ausgleichen. So wie Walter Mondale insgeheim die Politik von Jimmy Carter steuerte, wie Dick Cheney bei Bush jun. oder wie einst Biden als Vize hinter Obama die Strippen zog und Mike Pence als der „liebe, nette, besonnene Onkel“ die Fettnäpfchen von Trump weglächelte. Wenn Harris also unsichtbar war, kann auch niemand wissen, was sie bewirkt hat. Das ist der Vorteil der Unsichtbarkeit: Niemand sieht, was man tut – und was man nicht tut.

Was aber spricht nun für sie? Sie ist eine „Person of Color“ und kämpft für diese Wählergruppe. Ehrlich? Ja, Kamala Harris gilt als schwarz? Selbst wenn jeder finnische Mallorca-Urlauber nach einer Woche am Strand schwärzer ist. Egal, sie trägt jamaikanische und indische Wurzeln in sich. Das genügt. Schon haben erste Verbände farbiger Frauen ihre Unterstützung zugesagt. Umfragen zufolge lag Harris schon vor Bidens Abtritt bei der schwarzen Bevölkerung bis zu zehn Punkte vor ihrem Ex-Chef und damit auch weit vor Trump. Nicht anders sieht es bei den weiblichen Wählern aus. Auch hier liegt Harris seit Wochen mit bis zu vier Punkten – je nach Umfrage – vor Trump. Aktuelle Erhebungen sehen die Vizepräsidenten insgesamt höchsten drei Punkte hinter ihm. Und in den Swing States zeigen neueste Umfragen, dass sie maximal zwei Prozent hinter dem Ex-Präsidenten liegt. Man wird es sehen!

Einen klaren Vorteil hat sie allerdings: Sie ist mit 59 Jahren satte 19 Jahre jünger als Trump. Und das war es doch, was sich die meisten US-Wählerinnen und -Wähler wünschten: jüngere Kandidaten – bitte schön, Wunsch erfüllt!



Umstritten: Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Foto: Imago/Jürgen Heinrich

KOLUMNE

Eine denkbare Staatsform

FLORIAN STUMFALL

Es war die Präsentation des Berichts vom Jahr 2023, die der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, zu einer bemerkenswerten Meinungsäußerung nutzte. Gefragt, warum seine Behörde nicht mehr gegen jene Kräfte unternehme, die auf öffentlichen Straßen Deutschlands die Errichtung eines Kalifats verlangen, antwortete er, das Kalifat sei „eine denkbare Staatsform“ von vielen, und der CDU-Mann fügte weitere Beispiele an: die Demokratie, den Sozialismus oder auch den Kommunismus. Präferenzen für eines der genannten Regime ließ Haldenwang nicht erkennen.

Nun steht außer Frage, dass das Kalifat eine denkbare Regierungsform ist, wie es die Geschichte des Islam zeigt, und das sind die anderen genannten ebenso, und neben dem internationalen Sozialismus gibt es noch den nationalen. Denkbar aber bedeutet nicht zugleich wünschenswert. Gerade deswegen ist das Amt Haldenwangs mit der Aufgabe betraut, den Staat vor nicht wünschenswerten, gefährlichen und despotischen Systemen zu schützen. Haldenwangs neutrale Feststellung aber lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage, wie es sich mit einem denkbaren Kalifat in Deutschland und mit seiner Beziehung zu der derzeitig bestehenden politischen Ordnung verhält.

Dazu scheint es im abendländischen Kulturkreis angemessen, sich zunächst einmal Art und Zuständigkeit eines Kalifen und damit auch des politischen Systems vor Augen zu führen, dem dieser vorsteht. Hierzulande unüblich, stellt der Kalif im Islam den Nachfolger des Propheten Mohammed dar. Er ist mit uneingeschränkter Machtbefugnis ausgestattet, im weltlichen wie religiösen Bereich, da ja der Islam eine Scheidung der beiden Lebenssphären nicht nur nicht kennt, sondern ausdrücklich ablehnt.

Nicht Grundgesetz-kompatibel

Diese grundsätzliche Kennzeichnung des Kalifen und damit des Kalifats sollte bereits bei jedem auf Befremden stoßen, der mit den Vorstellungen von Trennung von Kirche und Staat sowie von Gewaltenteilung aufgewachsen und erzogen ist. Doch damit allein ist das Wesen des Kalifen nicht umrissen. Er muss sich ferner vom Stamm der Koreischiten (Quraisch) herleiten können, also dem Stamm des Pro-

pheten, was jedenfalls in Europa die Zahl möglicher Anwärter auf das Amt erheblich einschränkt. Ebenso muss der Kalif männlich und geistig gesund sein, welch letztere Vorschrift allerdings auch über den Islam hinaus Beachtung finden sollte.

Ferner darf es nur einen Kalifen geben, denn Mohammed hat verfügt: „Wenn es zwei Kalifen gleichzeitig gibt, dann tötet den zweiten und bewahrt den ersten, denn der zweite ist ein Rebell.“ Diese Regelung macht Wahlen weitgehend überflüssig, denn der Kalif hat sein Amt auf Lebenszeit inne, und eine konkurrierende Bewerbung

Rücksichten anders geartet ist als diese Republik. Dies zu tun, ist die Kernaufgabe des Bundesamtes, dem der Präsident Haldenwang vorsteht. Es geht um nichts anderes als um den Bestand des Grundgesetzes. Dessen Artikel 20 nämlich hält unter dem Punkt 4 unter Bezug auf die politische Verfassung Deutschlands fest: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Was denkt sich Haldenwang dabei?

Nun sollte aber offenkundig sein, dass sich die Ordnung des Grundgesetzes und die Beschaffenheit eines Kalifats in so grundlegender Weise unterscheiden, dass sie nebeneinander oder ineinander nicht bestehen können. Die politischen und administrativen Kräfte dieses Landes sind daher dringend aufgerufen, im Sinne des Grundgesetzartikels 20,4 zu handeln, noch bevor ein Recht zum Widerstand in Anspruch genommen wird, das zwar legitim, aber ohne weitere Titel ausgestattet ist. Es wäre unverantwortlich, das Schicksal der Verfassung und die Verfassungswirklichkeit der politischen Fortune anheimzustellen.

Die staatlichen Organe haben den Auftrag, jenen Widerstand zu leisten, damit er in geordneten Bahnen verlaufen kann. Selbstverständlich wird niemand dem Präsidenten des Verfassungsschutzes im Zusammenhang mit jener Aussage eine unangemessene Absicht unterstellen. Es reicht, um es entgegenkommend zu formulieren, zur Erklärung völlig die Annahme, dass sein Wissen über den Islam für die heutigen Herausforderungen ein wenig unzureichend ist.

Eine Frage aber bleibt offen. Wenn Haldenwang das Kalifat als „eine von vielen denkbaren“ und möglichen Regierungsformen betrachtet – schlägt er diesen Leisten auch an die politischen Kräfte an, die, als rechts gebrandmarkt, dazu dienen, den Abscheu aller Korrekten hervorzurufen? Oder geht es hier um undenkbar Muster, welcher Art sind sie, und wonach bemisst sich die Unterscheidung zwischen denkbar und undenkbar? Die Frage tut not, denn der Bürger, der politisch rechtens handeln will, sollte doch wissen, was er zuvor denken möchte.

Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Der Bären dienst für einen Heiligen

Freising präsentiert die Bayerische Landesausstellung „Tassilo, Korbinian und der Bär“ – und eine bislang verborgene Geheimtür

VON VEIT-MARIO THIEDE

In oberbayerischen Freising ist der Bär los. Als plastische Erscheinung steht er an vielen Straßenecken. Ihr Wappentier hat die Stadt vom heiligen Korbinian übernommen, dessen Attribut der Bär ist. Vor 1300 Jahren kam Korbinian (um 670 bis um 730) in Freising an. Das Jubiläum gab dem Haus der Bayerischen Geschichte den Anstoß zur Landesausstellung „Tassilo, Korbinian und der Bär – Bayern im frühen Mittelalter“. Sie wird im Diözesanmuseum Freising gezeigt.

Die Schau handelt vom Herzogsgeschlecht der Agilolfinger und den auf ihre Initiative gegründeten Bistümern. Herzog Theodo (vor 665 bis um 717) und seine vier Söhne holten Wanderbischofe an ihre Herrschaftssitze Regensburg, Passau, Salzburg und Freising. Diesen „bayerischen Gründungsbischöfen“ ist ein Raum mit ihren „Reliquien“ gewidmet.

Allerdings ist der heilige Rupert von Salzburg (um 650, gestorben vermutlich 718) deutlich älter als die ihm zugeordnete „Reiseflasche“ (2. Hälfte 13. Jahrhundert). In Regensburg wirkten der heilige Erhard (um 644 bis um 719), dem der sogenannte Erhardi-Stab (um 1200) seit alters zugesprochen wird, und der um 685 oder gegen 715 zu Tode gemarterte heilige Emmeram, von dem Fragmente der seidenen Reliquienhülle (1. Hälfte 8. Jahrhundert) seiner Gebeine ausgestellt sind. Ein golden funkelndes Schaugefäß (um 1610/20) enthält eine Rippe Korbinians sowie Reliquien der heiligen Elisabeth von Thüringen.

Bischof Arbeo von Freising, der von 764 bis 783 amtierte, verdanken wir die ältesten Nachrichten über seinen Vorgänger Korbinian. Die von ihm angefertigte „Vita Corbiniani“ ist mit der ältesten erhaltenen Abschrift (Anfang 9. Jahrhundert) vertreten. Sie stammt aus der Schreibstube des Bodenseeklosters Reichenau. Arbeo verfasste die Lebensbeschreibung anlässlich der von ihm initiierten Translation der Gebeine Korbi-



Cosmas Damian Asams Werk im Freisinger Dom St. Marien und St. Korbinian: Das Bärenwunder des heiligen Korbinian

ans aus Mais bei Meran. An ihrem feierlichen Einzug in den Dom von Freising nahm auch Herzog Tassilo III. (um 741 bis um 796) teil. In Arbeos „Vita Corbiniani“ fehlt das berühmte Bärenwunder. Es findet sich erst in einer im 10. Jahrhundert erfolgten Überarbeitung der Lebensbeschreibung. Ein Bär – die Verkörperung des Bösen – tötete Korbinians Lastpferd. Der Heilige machte daraufhin den Bären zu seinem Gepäckträger. Jan Pollacks Gemälde zeigt uns das „Bärenwunder“ (1483/89).

Die kirchliche Organisation Altbayerns schloss Herzog Odilo (vor 700 bis 748) im Zusammenwirken mit Bonifatius ab. Der „Apostel der Deutschen“ legte im Jahre 739 die Grenzen der vier Diözesen

fest und setzte neue Bischöfe ein: Johannes in Salzburg, Ermbert in Freising und Gaubald in Regensburg. Den bereits vom Papst berufenen Passauer Bischof Vivilo bestätigte er in seinem Amt.

Karl der Große gab sich milde

Auf Bonifatius bezieht sich eines der kostbarsten Stücke der Schau: das „Scheibenreliquiar mit dem sogenannten Kamm des Bonifatius“. Das Scheibenreliquiar (12. Jahrhundert) weist einen aus Knochen geschnitzten Fries mit den zwölf Aposteln auf, über dem die aus vergoldetem Silberblech geschaffene Halbfigur des den Segen erteilenden Christus erscheint. Der vergoldete Kamm (8. Jahrhundert) bekrönt hierbei das Scheibenreliquiar.

Herzog Odilos Sohn und Nachfolger Tassilo III. beschließt die Ausstellung. Von vielen Stücken seiner Hofkunst wird angenommen, dass sie in Salzburg angefertigt worden sind, das ein Zentrum der Buchmalerei und Goldschmiedekunst war. Als dessen größtes Meisterwerk gilt der „Tassilo-Liutpirc-Kelch“ (770–780), Leihgabe des von Tassilo gegründeten Benediktinerstifts Kremsmünster.

Der aus Kupfer, Silber und Gold angefertigte Kelch fasst 1,6 Liter. Die Mönche benutzen den mit Medaillondarstellungen von Christus, den Evangelisten und vier weiteren Heiligen ausgestatteten und der Inschrift zufolge von Tassilo und seiner Gattin Liutpirc gestifteten Kelch bei zwei Messfeiern pro Jahr sowie

als „Urne“ bei der Wahl ihres Abtes. Karl der Große sorgte für den tiefen Fall Tassilos. Er verhaftete den bayerischen Herzog und ließ im Jahr 788 in Ingelheim „die Großen“ seines Reiches, mit denen die wichtigsten Würdenträger gemeint sind, über Tassilo zu Gericht sitzen. Sie befanden ihn schuldig, den Karl geschworenen Treueeid gebrochen zu haben. Karl gab sich aber milde und wandelte das Todesurteil in eine lebenslange Klosterhaft für Tassilo und seine Familie um. Wann und wo er letztlich starb, ist unbekannt.

Seit 1724 wird alle 100 Jahre die Ankunft Korbinians in Freising gefeiert. Das Ankunfts Jahr 724 bestimmte der römische Kirchenhistoriker Cesare Baronio (1538–1607). Das übernahm der Freisinger Fürstbischof Johann Franz Eckher von Kampfung (regierte von 1695 bis 1727), setzte Korbinians Ankunft mit dem Gründungsjahr des Bistums gleich und ließ zur nun anstehenden 1000-Jahr-Feier den romanischen Dom neu herrichten. Der Künstler Egid Quirin Asam schuf die Stuckarbeiten, sein Bruder Cosmas Damian die Malerei. An die Decke malte er die geistlichen Tugenden und die himmlische Verherrlichung des heiligen Korbinian. Die 20 Gemälde an der Emporenbrüstung stellen Korbinians Leben, Wundertaten und Verehrung dar.

Sein 1861 im neugotischen Stil angefertigter Reliquienschrein befindet sich in der frisch restaurierten Krypta. Anlässlich des Jubiläums sind auf dem Domberg historische Orte wie die barocke Dombibliothek, die Obere Sakristei oder die durch eine Geheimtür zugänglichen Archiv- und Kapitellräume zu besichtigen, die bislang der Öffentlichkeit verborgen waren.

● Bis 3. November im Diözesanmuseum Freising, geöffnet täglich 9 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro. www.hdbg.de. Historische Orte auf dem Domberg: geöffnet von 10 bis 17 Uhr, sonntags und Feiertage von 12 bis 17 Uhr. Eintritt frei. Internet: www.dimu-freising.de

LITERATUR

Auf dem verlorenen Posten

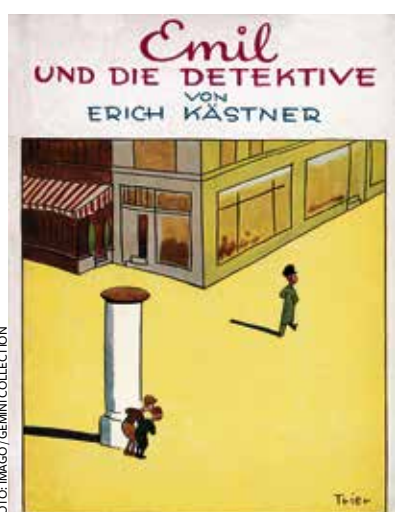
Das Ende eines Moralisten – Vor 50 Jahren starb mit Erich Kästner ein Vertreter der „Inneren Emigration“

Als Erich Kästner am 29. Juli 1974 in München starb, erinnerte man sich an einen Autor, der seine schriftstellerischen Meriten bereits ein halbes Jahrhundert zuvor eingefahren hatte. Die 20er Jahre waren die Zeit, in der er sich als scharfzüngiger Moralist, feinsinniger Spötter und stets teilnehmender Humanist einen Namen machte. Seitdem darf er zu Recht als Klassiker bezeichnet werden.

Bis heute wird der Kästner der Weimarer Zeit gelesen und zitiert („Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es“). Und verfilmt. Vor drei Jahren brachte Dominik Graf den Roman „Fabian oder Der Gang vor die Hunde“ auf die Kinoleinwand, und im vergangenen Jahr gab es die bereits vierte Filmfassung seines Kinderbuchs „Das fliegende Klassenzimmer“. Jenes ist 1933 erschienen. Das Jahr der „Machtergreifung“ markiert auch das Ende des „Klassikers“ Kästner.

Bei den Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933 gingen bis auf „Emil und die

Detektive“ auch Kästners Werke im Feuer auf. Ein Lyriker, der einst Goethe im pazifistischen Ton umdichtete mit „Kennst du das Land, wo die Kanonen blühen“ und der vor allem wegen seines



Kästners bekanntestes Kinderbuch: „Emil und die Detektive“

sozialkritischen Berlin-Romans „Fabian“ als „Asphaltliterat“ denunziert wurde, konnte den neuen Machthabern nicht geheimer sein. Anders als Tucholsky, Brecht oder Anna Seghers schlug er sich jedoch nicht auf die Seite der Kommunisten. „Ich hasse Ideologien, welcher Art auch immer sie sein mögen“, bekannte der gebürtige Dresdener. So saß er nach 1933 als „überzeugter Individualist“ zwischen allen Stühlen. Da eine Emigration für ihn nicht in Frage kam, flüchtete er sich in die „Innere Emigration“ und teilte damit das Schicksal vieler bis dahin namhafter Autoren wie etwa des Ostpreußen Ernst Wiechert, ohne dabei in die opportunistische Gesinnung eines Gottfried Benn zu geraten, der sich eine Zeit lang mit den Nationalsozialisten gemein machte.

Kästner durfte während der NS-Zeit weiter schreiben, aber nicht in Deutschland publizieren. In den 1930er Jahren erschienen von ihm heitere, unverfängliche Romane wie „Drei Männer im

Schnee“ oder seine Gedicht-Anthologie „Doktor Erich Kästners Lyrische Hausapotheke“ in der Schweiz. Bis 1943 konnte er sich sogar mit Ufa-Filmproduktionen über Wasser halten. So verfasste er unter Pseudonym das Drehbuch zum „Münchhausen“-Film mit Hans Albers.

Nach 1945 hätte Kästner die Möglichkeit gehabt, wieder an seine früheren Erfolge anzuknüpfen. Doch der scharfsichtige Gesellschaftskritiker von einst fand keine Bühne mehr, auf der er brillieren konnte. Der Krieg, die von ihm selbst miterlebten Luftangriffe, der Holocaust – über all das konnte er nicht lachen.

Noch einmal flüchtete er sich in die Welt der Kinder. 1949 erschienen die Parabel „Die Konferenz der Tiere“ und „Das doppelte Lottchen“. Beides kann man als verzweifelte Versuche ansehen, die Welt wieder ein wenig in Ordnung zu bringen: Die Tiere organisieren einen Weltfrieden und die Zwillinge die Versöhnung ihrer entzweiten Eltern. Doch es ist und bleibt

alles Utopie. Seinen autobiographisch gefärbten Roman „Fabian“ untertitelte Kästner mit der Zeile: „Die Geschichte eines Moralisten“. Am Ende blieb bei ihm die dichterische Erkenntnis zum Moralisten: „Sein angestammter Platz ist und bleibt der verlorene Posten.“ H. Tews



Neuerscheinungen:

Sven Hanuscheck, **Keiner blickt dir hinter das Gesicht. Das Leben Erich Kästners**, Hanser Verlag, München 2024, Hardcover, 34 Euro



Tobias Lehmkuhl, **Der doppelte Erich, Kästner im Dritten Reich**, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, 304 Seiten, gebunden, 24 Euro

MESSERSCHMITT ME 163

Das schnellste Flugzeug der Weltkriege

Deutsche Konstrukteure schufen während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche innovative Flugzeuge. Eines davon war die Messerschmitt Me 163 „Komet“, der erste in Serie gefertigte Raketenjäger der Welt. Dessen Entwicklung erfolgte ab 1938 unter Leitung von Alexander Lippisch. Der Prototyp mit funktionierendem Raketentriebwerk startete am 8. August 1941 in Peenemünde. Am 2. Oktober beschleunigte der Testpilot Heinrich Dittmar seine Me 163 auf 1003 und am 6. Juli 1944 schließlich gar auf 1130 Kilometer pro Stunde und damit auf das 0,91-Fache der Schallgeschwindigkeit. Dieser Rekord hatte bis zum 6. November 1947 Bestand, dann wurde er von einer US-amerikanischen Bell X-1 übertroffen, an deren Steuer Charles Yeager saß.

Die Truppenerprobung der Me 163 begann am 15. Januar 1944. In deren Verlauf traten jedoch technische Probleme auf. Deshalb verzögerte sich die Luftkampf-Premiere noch bis in den Sommer. Vor 80 Jahren, am 28. Juli 1944, starteten sechs der Raketenflugzeuge, die zur I. Staffel des Jagdgeschwaders 400 gehörten, von ihrer Basis in Brandis bei Leipzig, um eine Formation von B-17-Bombern der US-Luftwaffe zu attackieren, welche die Raffinerien von Leuna-Merseburg ansteuerte.

Dabei soll es zu zwei nicht bestätigten Abschüssen gekommen sein. In der Folgezeit holten die Raketenjäger vermutlich noch weitere 16 feindliche Bomber vom Himmel. Drei der Abschüsse gingen wohl auf das Konto von Feldwebel Siegfried Schubert. Allerdings verlor das JG 400 auch 14 Maschinen. Das resultierte vielfach aus plötzlichen Triebwerksausfällen. Zu den dadurch tödlich Verunglückten gehörte auch Schubert.

Obwohl die Me 163 das schnellste Flugzeug des Zweiten Weltkrieges



Messerschmitt Me 163

war und innerhalb kürzester Zeit bis auf 14.000 Meter steigen konnte, ließ ihre militärische Schlagkraft sichtlich zu wünschen übrig. Dieses Manko resultierte daher, dass das „Kraftee“ nur rund eine Viertelstunde in der Luft bleiben konnte, sodass die Piloten extrem wenig Flugzeit zum Angriff hatten.

Insgesamt wurden bis März 1945 274 Serienmaschinen vom Typ Me 163 ausgeliefert. Die mit den Deutschen verbündeten Japaner bauten ab Ende 1944 eine Lizenzversion der Me 163 namens Mitsubishi J8M Shusui beziehungsweise Ki-200. Die kam jedoch nicht mehr zum Einsatz.

Nach dem Ende des Krieges gelangten einige Exemplare der Me 163 in die Sowjetunion, in die USA und nach Großbritannien. Dort wagte man den Raketenjäger aber nur im antriebslosen Gleitflug zu testen. Neun originale Me 163 befinden sich heute in Museen in Berlin, Oberschleißheim, London, East Lothian, Washington, Dayton, Everett und Ottawa. W.K.



Nach der Kapitulation der Aufständischen: Graf Tadeusz Marian Komorowski, genannt Bór, und Erich von dem Bach (von links nach rechts)

Foto: Wikipedia

WARSAUER AUFSTAND

„Wir sind schlimmer behandelt worden als Hitlers Satelliten“

Vor 80 Jahren begann die militärische Erhebung der Armia Krajowa. Von außen unzureichend unterstützt, musste sie schließlich kapitulieren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Dass Polen heute zu den verschiedensten Gegnern Russlands zählt, hat etliche historische Ursachen. Eine davon ist die sowjetische Haltung während des Warschauer Aufstandes im Jahre 1944. Letzterer gehörte mit dem Slowakischen Nationalaufstand zu den größten Erhebungen gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Die Insurgenten wurden von der Sowjetunion im Stich gelassen oder gar von ihr verfolgt. Das lag daran, dass die polnischen Widerstandskämpfer in der Regel zur Armia Krajowa (AK), der sogenannten polnischen Heimatarmee gehörten und damit zum militärischen Arm der polnischen Exilregierung in London, die dem sowjetischen Diktator Josef Stalin ein Dorn im Auge war, weil sie in Konkurrenz zum Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) stand. Bei Letzterem handelte es sich um ein prosowjetisches Pendant zur prowestlichen Exilregierung in London, das die sogenannte Westverschiebung Polens und die Eingliederung des Landes in den sowjetischen Machtbereich mittragen und legitimieren sollte. Die Londoner Exilregierung hatte sich im Kreml nicht nur wegen ihrer prowestlichen Einstellung verhasst gemacht, sondern auch weil sie eine internationale Untersuchung des sowjetischen Massakers an polnischen Offizieren im Wald von Katyn verlangte. Daran war weder Moskau noch London gelegen.

Der Aufstand der AK erfolgte, als das Dritte Reich nach dem Attentat auf Adolf Hitler sowie der alliierten Landung in der

Normandie schwer angeschlagen schien und die Rote Armee vermeintlich kurz davor stand, in Warschau einzurücken. Sein Zweck bestand insbesondere darin, die polnische Hauptstadt noch vor der Besetzung durch sowjetische Truppen mit eigenen Kräften zurückzuerobern, um so anstelle der Roten Armee als deren Befreier dazustehen. Allerdings hätten die Führer des Aufstandes um Graf Tadeusz Marian Komorowski, genannt Bór, und Antoni Chruściel damit rechnen müssen, dass Stalin eine solche Demonstration auf seine Kosten auf keinen Fall zulassen würde. Und so kam es dann auch.

1. August 1944 um 17 Uhr

Am 30./31. Juli 1944 erreichte die 1. Weißrussische Front nach einem Vormarsch über mehrere hundert Kilometer das rechte Ufer der Weichsel und besetzten Warschaus östliche Vorstadt, Praga. Daraufhin ließ Komorowski seine 40.000 AK-Kämpfer am 1. August 1944 um Punkt 17 Uhr losziehen. Da sich die Zahl der deutschen Besatzungssoldaten nur auf rund 18.000 belief, gelang es der AK zunächst, die Altstadt und das Stadtzentrum sowie einige südliche Stadtteile unter ihre Kontrolle zu bringen. Allerdings verblieben die wichtigsten strategischen Punkte der Stadt wie die Weichselbrücken und die beiden Flughäfen in deutscher Hand. Daraus entstand bald eine Pattsituation, die dadurch endete, dass Hitler den SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach mit zusätzlichen Kräften zur Niederschlagung des Aufstandes nach Warschau entsandte, während die Rote Armee stillhielt.

Der Oberbefehlshaber der 1. Weißrussischen Front, Marschall der Sowjetunion Konstantin Rokossowski, legte zwar einen Operationsplan zur Eroberung Warschaus bis zum 10. August vor, wurde aber von Moskau angewiesen, in defensiver Haltung zu verharren. Einzig und allein drei Divisionen der an der Seite der Roten Armee kämpfenden 1. Polnischen Armee unter dem Kommando von General Zygmunt Berling drangen am 15. September nördlich und südlich von Warschau über die Weichsel nach Westen vor. Allerdings mussten sie die Brückenköpfe schon nach einer Woche wieder räumen, denn der Sieg des Feindes stand nun unmittelbar bevor.

Unter der Führung von dem Bachs war es der deutschen Seite gelungen, die Warschauer Altstadt bis zum 1. September zurückzuerobern. Danach begann die Offensive gegen die noch von den Aufständischen gehaltenen Stadtteile Mokotów und Żoliborz sowie das Stadtzentrum. Angesichts der aussichtslos gewordenen Lage kapitulierte Bór-Komorowski am 2. Oktober. Seine Leute wurden anschließend als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konvention behandelt, weswegen Stalin die Angehörigen der AK nach der sowjetischen Eroberung von Warschau im Januar 1945 als Kollaborateure bezeichnete und unnachgiebig verfolgen ließ.

Dabei hatte die AK in den 63 Tagen ihres Kampfes gegen zuletzt rund 50.000 Angehörige von Wehrmacht und SS große Opfer erbracht. 15.000 Partisanen fielen oder galten nach den Kämpfen als vermisst. Außerdem gerieten etwa 12.000 Mann in deutsche Kriegsgefangen-

schaft. Dazu kamen 5560 Tote auf Seiten der 1. Polnischen Armee, die der AK zu Hilfe eilen wollte.

Vergessener Verrat

Noch härter traf es die Warschauer Zivilbevölkerung. Bis zu 225.000 Einwohner der Stadt kamen ums Leben, und weitere 700.000 Zivilisten wurden vertrieben oder zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert beziehungsweise in die Konzentrationslager Auschwitz, Mauthausen und Ravensbrück verschleppt. Eine weitere Folge der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes war die Zerstörung von 84 Prozent aller Gebäude westlich der Weichsel infolge der Kämpfe oder der deutschen Repressalien danach.

Im Gegensatz zu der äußerst folgen-schweren Passivität der Roten Armee anlässlich der Erhebung der AK geriet ein anderer Verrat an den Polen im Laufe der vergangenen 80 Jahre weitestgehend in Vergessenheit. Die Kämpfer der AK wurden keineswegs nur von Moskau, sondern auch von den Briten und Amerikanern im Stich gelassen. Zwar entsprachen diese anfangs den eindringlichen Bitten der Aufständischen, sie aus der Luft mit Waffen, Munition und Lebensmitteln zu versorgen, stellten ihre Unterstützung dann aber schnell wieder ein, als Stalin die AK als eine „Gruppe von Kriminellen“ verleumdete und die Überflugerlaubnis für alliierte Maschinen zurückzog. Für den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt und den britischen Premier Winston Churchill waren die Polen keine vollwertigen Partner innerhalb der Anti-Hitler-Koalition, sondern eher lästige Verbündete, deretwegen sie kein Zerwürfnis mit dem Diktator im Kreml riskieren wollten. Deshalb lautete einer der letzten Funk-sprüche der AK aus Warschau von Anfang Oktober 1944 auch voller Verbitterung:

„Das ist die heilige Wahrheit. Wir sind schlimmer behandelt worden als Hitlers Satelliten, schlimmer als Italien, Rumänien, Finnland. Mag Gott der Gerechte sein Urteil über die furchtbare Ungerechtigkeit fällen, die dem polnischen Volk widerfahren ist, und möge Er alle Schuldigen strafen ...“

HAAGER LANDKRIEGSORDNUNG

Zwei Meilensteine auf dem Weg zur HLKO

Vor 150 Jahren begann die Brüsseler Konferenz, vor 125 Jahren die erste Haager Friedenskonferenz – Beide initiierte Russland

VON BJÖRN SCHUMACHER

Vor 150 Jahren, am 27. Juli 1874, begann in Brüssel eine Konferenz, die aus dem politisch-historischen Blickfeld weitgehend verschwunden ist. In der Hauptstadt des 1830 gegründeten Königreichs Belgien trafen sich auf Initiative des russischen Zaren Alexander II. Delegierte aus 15 europäischen Ländern. Sie wollten einschränkende Regeln sowohl für das *Ius ad bellum*, also das Recht, Kriege zu führen, sowie für das *Ius in bello*, also das Recht im Kriege (Recht der Kriegführung, Kriegsvölkerrecht, humanitäres Völkerrecht) aufstellen.

Hintergrund war nicht der damals gerade wenige Monate zurückliegende Deutsch-Französische Krieg. Vielmehr lagen die Auslöser der „Brüsseler Konferenz von 1874“ etwas länger zurück. 1854 waren in Greytown/Nicaragua und 1866 in Valparaiso/Chile küstennahe Städte durch feindliche Kriegsschiffe beschossen worden. Während die Attacke der US-Marine auf Greytowns Häuser kein Menschenleben forderte, waren die Folgen in Valparaiso tödlich. Während des Spanisch-Südamerikanischen Kriegs von 1864 bis 1866 hatte die spanische Marine einen Operationsplan entwickelt, dessen erster Schritt die Vernichtung der in Valparaiso stationierten chilenischen Kriegsflotte vorsah. Da dort auch briti-



Vor 125 Jahren: Die Delegierten der ersten Haager Friedenskonferenz posieren auf den Stufen des Schlosses Huis ten Bosch

Allerdings litt die an sich lobenswerte Deklaration unter einem alles entscheidenden Manko. Sie wurde von keinem Staat ratifiziert und verfehlte daher den Status geltenden Völkerrechts. Kleinere Länder hatten von Anfang an zwiespältig auf die Brüsseler Konferenz geblickt, hinter der man den Selbstdarstellungsdrang großer europäischer Herrscherhäuser witterte. Vor allem aber verhinderte die

Beilegung von Interessengegensätzen zu entwickeln. Etwas hochtrabend wurde die Zusammenkunft auch als erster Versuch einer Staatengemeinschaft bezeichnet, „den Krieg als Institution abzuschaffen“. Dies klingt aus heutiger Sicht nach „Wolkenkuckucksheim“. Unzureichender Pragmatismus mag denn auch der Grund gewesen sein, dass man 1899 in Den Haag ohne greifbare Ergebnisse zur Friedenssicherung auseinanderging.

Immerhin kam es Mitte 1907 zu einer zweiten Haager Friedenskonferenz. Initiator und treibende Kraft war diesmal der damalige US-Präsident Theodore Roosevelt. Die Abgesandten der 44 teilnehmenden Staaten versuchten trotz zunehmender internationaler Differenzen fast schon verzweifelt, den Ausbruch eines Krieges mit den Mitteln des Rechts zu verhindern. Diesmal konzentrierte man sich auf kleinere, für praktikabler gehaltene Schritte der Rüstungsbegrenzung. Hinzu kam der Plan, eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für internationale Interessenkonflikte zu installieren.

Die Haager Friedenskonferenzen schafften keinen Frieden

Beim Thema Friedenssicherung blieb der Ertrag ebenso mager wie 1874 und 1899. Es gab keine Rüstungsbegrenzung, und die Einführung eines international besetzten Gerichtshofs mit verbindlichen Entscheidungsbefugnissen scheiterte an der Ablehnung der drei späteren Mittelmächte des Ersten Weltkriegs Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Osmanisches Reich sowie einiger kleinerer Staaten. Immerhin bekräftigte man einen informellen Beschluss von 1899 zur Schaffung eines Ständigen Schiedshofs in Den Haag. Diese nicht mit dem Internationalen Gerichtshof zu verwechselnde und nicht an Völkervertrags- oder -gewohnheitsrecht gebundene Institution existiert bis heute und kann von allen Unterzeichnerstaaten zur Streitbeilegung angerufen werden.

Wesentlich ertragreicher verhandelte man 1899 und 1907 zum *Ius in bello* beziehungsweise Kriegsvölkerrecht. Beschlossen und von 38 Staaten ratifiziert wurde das „Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs“. Es enthielt mit der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (HLKO) eine Anlage, die zu den wichtigsten Kodifikationen des humanitären Völkerrechts zählt. Bis in die Gegenwart hinein hat die HLKO den Status geltenden internationalen Rechts – entweder als Völkervertragsrecht der Unterzeichnerstaaten oder als allgemein akzeptiertes

Völkergewohnheitsrecht für weitere Staaten, die dem Haager Abkommen nicht explizit beigetreten sind.

Zu berücksichtigen bleibt lediglich, dass wesentliche Teile der HLKO durch spätere Vertragswerke – wie die vier Genfer Abkommen von 1949 nebst Zusatzprotokollen von 1977 – inhaltlich überlagert und präzisiert wurden. Innerhalb ihres zeitlichen und räumlichen Geltungsbereichs gehen diese Abkommen als spezielleres Recht (*lex specialis*) der HLKO vor.

Thematische Blaupause der HLKO war die Brüsseler Deklaration von 1874. Insbesondere enthält die HLKO Erläuterungen des Kombattantenstatus sowie Regeln zum Umgang mit Kriegsgefangenen, zu Beschränkungen der Kriegführung, zur Verschonung exponierter Gebäude und Einrichtungen von religiöser und gesellschaftlicher Bedeutung, zum Umgang mit Spionen, für Kapitulationen und Waffenstillstandsvereinbarungen und zum Verhalten einer Besatzungsmacht auf besetztem Territorium. Beispielsweise darf sich ein Besatzerstaat nur „als Verwalter und Nutznießer“ dieses Territoriums betrachten, Artikel 55 HLKO, was unter anderem eine systematische Siedlungspolitik wie beispielsweise im israelisch besetzten Westjordanland ausschließt.

Macht und Ohnmacht der Haager Landkriegsordnung

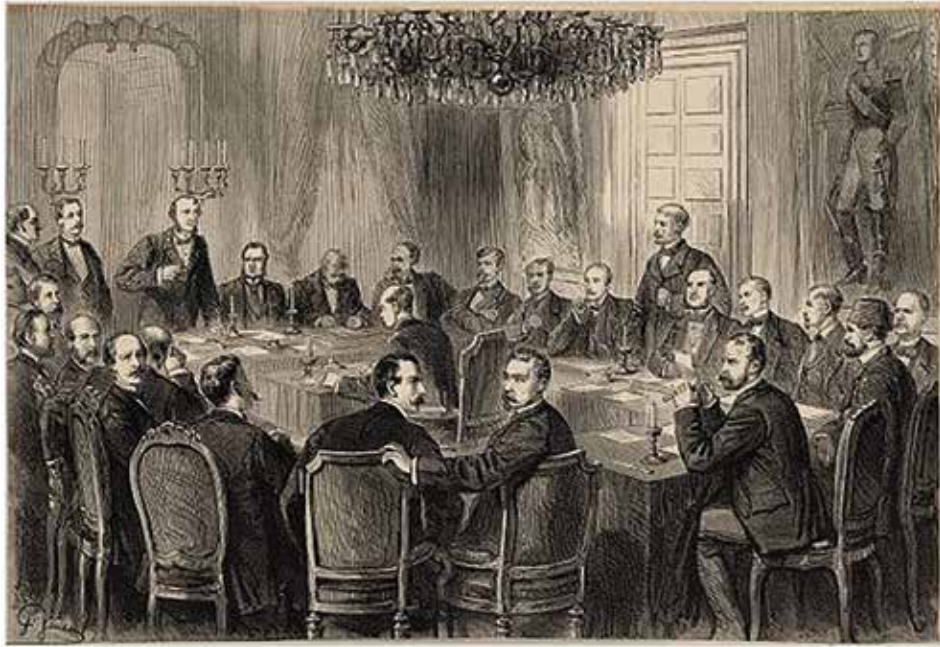
Bei alledem fragt man sich, warum die HLKO in den beiden Weltkriegen so wenig zur Mäßigung der Kriegsparteien beitragen konnte. Hierfür gibt es Gründe. Zum einen enthält Artikel 2 des Haager Abkommens von 1907 eine einschränkende „Allbeteiligungsklausel“ für die HLKO, die „nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung finden soll und auch nur dann, wenn alle Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind“. Zum anderen lie-

fert die HLKO weder substantielle Anspruchsgrundlagen für Reparationsforderungen noch völkerstrafrechtliche Normen zur Ahndung von Kriegsverbrechen.

Was sich nach 1918 und 1945 insoweit tat, war ein ad hoc gesäter juristischer Wildwuchs, der elementare Rechtsprinzipien missachtete, internationale Spannungen teilweise noch verschärfte und einige der übelsten Verbrecher ungeschoren davonkommen ließ. Vergeblich mahnte der in die USA emigrierte jüdische Völkerrechtler Hans Kelsen 1944: „Nur wenn sich die Sieger demselben Recht unterwerfen, das sie auf die Besiegten anwenden wollen, wird die Idee der Gerechtigkeit unversehrt bleiben.“ Pointiert kritisierte William Inge, Dekan der Londoner St. Pauls Cathedral, das Statut des Internationalen Militärgerichtshofs und den Hauptkriegsverbrecherprozess gegen führende Nationalsozialisten: „Einer der Richter – Russland nämlich – hätte ganz gewiss auf die Anklagebank und nicht auf den Richterstuhl gehört.“

Selbst die Vernichtungsbombardements des Zweiten Weltkriegs blieben ungesühnt, obwohl sich ausnahmslos HLKO-Vertragsstaaten an ihnen beteiligten. Zwar heißt es in Artikel 25 HLKO ziemlich eindeutig: „Es ist untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschießen.“ Fast alle Politiker, Militärs und Völkerrechtler legten die Vorschrift aber mit fadenscheiniger Begründung viel zu eng aus. Weil die Haager Abgesandten keine Hellsäher waren und über Luftschläge mit High-Tech-Bomberstaffeln und ausgeklügelten Bombenmixturen gegen Städte im Hinterland nicht ausdrücklich debattiert hatten, behaupteten die Verfechter des totalen Krieges, Artikel 25 HLKO gelte nur für die taktische Luftunterstützung eines an der Front kämpfenden Heeres.

Diese willkürliche Interpretation einer zentralen Zivilschutznorm ist zurückzuweisen. Strategische Luftschläge gegen Zivilisten verstießen sehr wohl gegen Artikel 25 HLKO. Die im Feuersturm verglühten Städte waren auch „unverteidigt“. Abfangjäger und Flugabwehrgeschütze änderten daran nichts; denn „der Bomber wird immer durchkommen“, wie es der britische Premierminister von 1923/24, 1924 bis 1929 und 1935 bis 1937, Stanley Baldwin, 1932 formulierte. Die passende Antwort auf völkerrechtliche Haarspaltereien und bewusste Verharmlosungen militärischer Barbarei gab Bischof George Bell in einer Sitzung des britischen Oberhauses am 9. Februar 1944: „Die Alliierten repräsentieren etwas Größeres als Macht. Das Schlüsselwort auf unserem Banner heißt ‚Recht‘. Es ist von höchster Wichtigkeit, dass wir, die wir mit unseren Verbündeten die Befreier Europas sind, die Macht so nutzen, dass sie unter der Kontrolle des Rechts steht.“



Vor 150 Jahren: Tagung der Brüsseler Konferenz Foto: „Le Monde Illustré“/Wikimedia

sche und US-amerikanische Kriegsschiffe vor Anker lagen, hatte man sich in der Hafenstadt sicher gefühlt und auf schützende Befestigungen verzichtet. Dass ungeachtet schwerster Zerstörungen nur fünf Menschen durch die stundenlange Bombardierung starben, lag an gerade noch rechtzeitig eingeleiteten Fluchtbewegungen.

Die Brüsseler Konferenz mündete in eine „Deklaration über die Gesetze und Gebräuche des Krieges“ mit 56 Artikeln. Sie lieferte Vorgaben zur Verwaltung besetzter Gebiete und trennscharfe Definitionen von Kämpfern und Nichtkämpfern, von Kombattanten und Nichtkombattanten. Obendrein beschränkte sie die bis dahin freie Auswahl an Kampfmitteln. Verboten wurde etwa der Einsatz giftiger Substanzen zur Kriegführung. Weiterer Baustein der Deklaration war das Verbot der Tötung eines wehrlosen oder sich ergebenden Gegners. Kriegsgefangene sollten menschlich behandelt werden. Zur Behandlung verwundeter und erkrankter Soldaten verwies die Deklaration auf die Genfer Konvention von 1864, also das erste völkerrechtliche Abkommen, das derartige Schutznormen verbindlich vorsah.

fragile europäische Machtbalance des späten 19. Jahrhunderts, gepaart mit allseitigem Misstrauen, den bahnbrechenden völkerrechtlichen Wurf.

Die Brüsseler Konferenz war der Startschuss zum modernen Kriegsvölkerrecht

Russlands Regenten ließen indes nicht locker. Nikolaus II., von 1894 bis 1917 Nachfolger von Alexander II., warnte vor einer „europäischen Katastrophe“, und so folgte ein Vierteljahrhundert später, nämlich vom 18. Mai bis zum 29. Juli 1899, die erste Haager Friedenskonferenz im niederländischen Den Haag. Vertreten durch Diplomaten, Völkerrechtler und Militärexperten tagten diesmal 26 Staaten, darunter auch die außereuropäischen Mächte USA, Japan und China.

Stärker als bei der „Brüsseler Konferenz von 1874“ trat nun ein pazifistischer Impuls zutage, der sich im 19. Jahrhundert entwickelte und um den Namen der tschechisch-österreichischen Publizistin und späteren Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 1905, Bertha von Suttner, rankt. Ins Blickfeld der Haager Konferenzteilnehmer rückten die Abrüstung und das Bemühen, Grundsätze zur friedlichen

Kurzbiographien



Zar Alexander II. beendete den Krimkrieg. Wegen seiner Großen Reformen wurde der Enkel der preußischen Königin Luise „Zar-Befreier“ und „Befreier-Zar“ genannt.



Bertha von Suttner war an den Vorbereitungen zur ersten Haager Friedenskonferenz in Den Haag beteiligt. „Die Waffen nieder!“ machte sie berühmt.



Zar Nikolaus II. war ein Enkel Alexanders II. Ausgerechnet der Initiator der ersten Haager Friedenskonferenz führte sein Land in den Ersten Weltkrieg.

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Beim Durchblättern eines Exemplars von „Westermann's Monatsheften“ Nr. 1 aus dem Jahr 1955 stößt man auf einen Artikel mit der Überschrift „Rätsel um Grönland“. Darin wird über eine kurz zuvor durchgeführte britische Expedition in den Norden der eisigen Insel berichtet, die überraschende Erkenntnisse erbracht habe: „Nachdem bereits 1951 ein britischer Seeoffizier, C.J.W. Simpson, bei einer Erkundungsfahrt im Norden Grönlands einen See gefunden hat, der später den Namen Lake Britannia erhielt, wurden in den letzten beiden Jahren (1952 bis 1954) durch eine offizielle englische Expeditionsfahrt weitere Untersuchungen angestellt, die zu einer ganz neuen Theorie geführt haben. Ein Gletscherforscher, ein Meteorologe und ein Funker hielten während der letzten zwei arktischen Winter eine Station besetzt. Ihre Beobachtungen und Messungen werden zur Zeit noch ausgewertet. Man erwartet von ihnen wichtige Anhaltspunkte für die neue Inlandeis-Theorie. Auch die sowohl von Alfred Wegener als auch von einer späteren französischen Expedition aufgestellte Behauptung, die Oberfläche des grönländischen Festlandes liege unter dem Meeresspiegel, wird zur Stützung der neuen Auffassung angeführt.“

Die Autoren des Beitrags wagen nach diesen Befunden einen überraschenden Blick in die damalige Zukunft: „Möglicherweise wird es nicht mehr lange dauern, bis die Natur das Geheimnis um die ‚Insel‘ Grönland selber lüftet. Spezialisten unter den Meteorologen rechnen mit einer stetigen Erwärmung des Klimas im Nördlichen Eismeer. In 25 Jahren, so behaupten sie, würden Schiffe bis in die Nähe des Nordpols vordringen können.“ Staunend rechnet man sich vor, dass, hätte sich diese Prognose bewahrheitet, der Weg bis in die Nähe des Nordpols bereits Ende der 1970er Jahre eisfrei gewesen wäre. Was ist davon zu halten, und warum ist darüber nichts Näheres bekannt?

Der kurze Bericht wirft diese Fragen auf, die unbedingt beantwortet werden müssen. Um Näheres zu erfahren, wurde 2021 eine Anfrage an das interdisziplinär ausgerichtete Forschungsinstitut Helmholtz-Zentrum Hereon in Geesthacht gestellt. Der Pressesprecher antwortete bedauernd, leider könne keiner der Fachkollegen Auskunft dazu erteilen. Erst mit einiger Verspätung traf von Hereon doch noch der Hinweis auf eine 2018 erschiene Studie von Hegerl et al. mit dem Titel „The early 20th century warming: Anomalies, causes, and consequences“ ein.

Warum es plötzlich wärmer wurde

Die Studie lieferte die verblüffende Erkenntnis, dass es sich bei dem Untersuchungszeitraum von etwa 1890 bis 1950 um den nach Aussage der Autoren „stärksten Temperaturrekord in geschichtlicher Zeit noch vor der gegenwärtigen Klimaerwärmung“ gehandelt habe. Wie ist es möglich, dass im Forschungszentrum Hereon niemand in der Lage war, Auskunft zu der tatsächlich kaum bekannten und erst neuerdings ansatzweise untersuchten Klimaanomale während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu geben? Haben die Institutswissenschaftler die Erforschung der verblüffenden Klimaanomale vernachlässigt, da sie nicht mit der Begründung der menschengemachten CO₂-Emissionen als Hauptursache des gegenwärtigen Klimawandels in Einklang zu bringen ist?

Nachträglich lieferte das Hereon-Zentrum den etwas hilflos wirkenden Versuch einer angemessenen Kommentierung: „Externe Einflüsse“ und eine dekadische Schwankung hätten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts „zu regional unterschiedlichen und zum Teil extremen Klimaschwankungen geführt, wobei es nach den Erkenntnissen der Fachkollegen nicht eindeutig ist, welcher Prozess sich wann und wo niedergeschlagen hat“.



Manche Gletscher schrumpfen, und wachsen dann aber auch wieder: Eislandschaft im Südwesten Grönlands

Foto: mauritius images / Hemis.fr

KLIMAFORSCHUNG

Rätsel um eine Erwärmung, die nicht vom Menschen ausgelöst wurde

Neu in den Fokus geratene Forschungen aus dem 20. Jahrhundert bringen gängige Erklärungen des „Klimawandels“ ins Wanken – Etablierte Wissenschaftler geben sich verblüffend zugeknöpft

Gigantische Eisschilde bilden das grönländische Inlandeis. Veränderungen der Eisschilde werden durch den Gletscherfluss und durch Schneefall beeinflusst. Deutsche, dänische und britische Forscher sammeln seit Jahrzehnten im Nordosten und Südwesten Grönlands Daten, um die hochkomplexen Wechselwirkungen zwischen dem grönländischen Eisschild und dem Ozean zu erforschen.

Dürren und Hitzerekorde

Ziel ist es, Erkenntnisse über Ursachen und Folgen des seit einigen Jahrzehnten in der Arktis überproportionalen Temperaturanstiegs zu gewinnen. Doch auch die Polarwissenschaftler des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts tragen offenbar ausschließlich Beobachtungen zum derzeitigen starken Rückgang des arktischen Gletscher- und Meereises in die Öffentlichkeit. Dabei widerspricht die 1950/52 von den Briten vorgefundene Situation der gängigen Auffassung, dass der Schwund des arktischen Eisvolumens überwiegend auf einen starken Anstieg des CO₂-Ausstoßes zurückzuführen sei.

Die 2018 veröffentlichte Studie lässt nur den Rückschluss zu, dass die Serie von Dürren und Hitzerekorden seit Ende des 19. Jahrhunderts durch Rückkopplungen von extremen Naturereignissen ausgelöst wurde. Erhöhte Obertemperaturen des pazifischen Ozeans und mehrere Jahre eines schwachen indischen Monsuns vor 1900 hatten in Indien und Australien jahrelange Hungerkrisen zur Folge. In Spitzbergen wurde in den Jahren 1919 bis 1925 eine arktische Erwärmung um drei Grad Celsius gegenüber den Jahren 1913 bis 1918 gemessen. Die arktische Anomalie wirkte sich in den 1930er in Teilen der USA, Mexikos und Kanadas aus, wo es zu einer Reihe von Hitzerekorden kam.

Die „Dust Bowl“ in den Great Plains während der 1930er Jahre ist in der kulturellen Erinnerung der USA fest verankert. Durch eine umfassende Untersuchung der Ursachen des in dem kurzen Zeitraum aufgetretenen Temperatursprungs böte

sich die Möglichkeit, eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart zu beantworten, nämlich ob ein Temperatursprung zwangsläufig in Zusammenhang mit einem CO₂-Anstieg in der Atmosphäre steht. In diesem Fall scheint ein Zusammenhang nicht plausibel.

In diese kurze heißzeit fiel der Untergang der Titanic am 15. April 1912 durch Kollision mit einem Eisberg 550 Kilometer südöstlich von Neufundland auf Höhe des 42. Breitengrades. Im Unglücksjahr drifteten nach neuen Erkenntnissen mindestens 1038 Eisberge vom Rand der grönländischen Gletscher südwärts über den 48. Breitengrad hinaus. Die Meteorologen Grant Brigg und David Wilton von der University of Sheffield untersuchten die extrem ungewöhnliche Situation.

Sie rekonstruierten die wahrscheinliche Herkunft und den Driftweg des etwa 120 Meter langen Eisbergs, mit dem die Titanic kollidierte. „Wenn ein Eisberg auf dem 42. Breitengrad noch immer über 100 Meter groß ist, muss er als gewaltiger Koloss von einem grönländischen Küstengletscher gekalbt sein“, so die Wissenschaftler. 1912 sei aber in dieser Hinsicht weder das letzte noch das gefährlichste Jahr für Schiffe auf der Nordatlantikroute gewesen. Zwischen 1901 und 1920 habe es fünf weitere Jahre mit ähnlicher Größenordnung gegeben, und seit den 1990er Jahren habe die Eisbergdichte im Nordatlantik mehrmals ähnlich hohe und sogar höhere Werte als 1912 erreicht. Eine extrem hohe Anzahl wurde 2017 gemeldet.

Das Staunen der Forscher

In Wissenschaftskreisen war man daher von einem 2019 veröffentlichten Ergebnis des NASA-Projekts „Oceans melting Greenland“ (OMG) überrascht. Es zeigte sich nämlich, dass der größte und produktivste Gletscher Grönlands, der im Südwesten der arktischen Insel gelegene Jakobshavn-Gletscher, seit den 2010er Jahren durch Zufluss von kaltem Wasser wieder wächst und am Rand vorstößt. Von

2000 bis 2010 hatte der Gletscher mehr Bruchstücke aus festem Eis verloren als jeder andere des grönländischen Eisschildes. Laut dem NASA-Bericht floss eine Menge von Süßwasser ins Meer ab, die einem globalen Meeresspiegelanstieg von fast einem Millimeter entsprach. Trotz der derzeitigen Umkehr der vorherigen Entwicklung rechnen die Wissenschaftler mit einer „nur kurzen Atempause“ für den Gletscher.

Verschüttetes Wissen

Zurück zur „British North Greenland Expedition“ (BNGE). Erst die Begeisterung eines britischen Ruheständlers und „Kryosphären-Nerds“ brachte 2021 die britische Grönlandexpedition der Nachkriegszeit wieder in Erinnerung. Als Kryosphäre werden im Klimasystem der Erde alle Formen von Eis, außer dem Eis in den Wolken, und von Schnee bezeichnet. Auf dem renommierten Non-Profit-EGU-Wissenschaftsblog „Cryospheric Sciences Division“ erschien ein Artikel mit dem Titel (übersetzt) „Wiederentdeckung der britischen Nordgrönland-Expedition 1950–52“. EGU ist die Abkürzung für „European Geosciences Union“. Die Organisation gilt als die wichtigste in Europa für Erd-, Planetarische und Weltraumwissenschaften. Autor des Artikels ist Neil Ross, ein Senior-Dozent für Physikalische Geographie an der Universität Newcastle.

Er berichtet, dass er 2011 auf ein seltenes Buchexemplar aus dem Jahr 1957 mit dem Titel „High Arctic: The Story of the British North Greenland Expedition (BNGE)“ gestoßen sei. Verfasser war ein Teilnehmer der BNGE namens Banks. Ross äußerte seine Verwunderung darüber, dass in den Kreisen der auf dem „Cryosphere-Blog“ publizierenden Wissenschaftler und Polarhistoriker niemand Kenntnis von dieser wichtigen wissenschaftlichen und militärischen britischen Expedition in den Norden Grönlands zu haben schien. Diese wurde seinerzeit aufgrund von militärstrategischen Erwägungen und geplanten Erkundungsfahrten unternommen.

Die Hauptbasis der BNGE unter Leitung von Commander James Simpson wurde 1952 am Nordufer des Lake Britannia (dänisch Britannia Sø) errichtet, gelegen am Nordrand der bergigen Region Queen Louise Land und westlich des mächtigen Storstrømmen-Gletschers. Südöstlich befindet sich in 100 Kilometer Entfernung als einziger bewohnter Ort der Region eine dänische Wetterstation. In den 1980er Jahren hatten die Dänen festgestellt, dass das Basislager der Briten wenige Jahrzehnte nach seiner Errichtung unter dem wieder vorrückenden Britannia-Gletscher verschwunden war.

Ungeachtet der weiteren Entwicklung muss die Frage beantwortet werden: Welche natürlichen Ursachen hatte der in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgte, sehr rasche Temperaturanstieg in der Nordpolarregion?

Neue Ansätze müssen her

Der Bericht von 1955 und die NASA-Veröffentlichung von 2019 ergeben für die Wissenschaft den Auftrag, die komplexen Ursachen von Klimaschwankungen, Gletscherschwund und Gletscherwachstum in Vergangenheit und Gegenwart mit neuen Ansätzen zu untersuchen. Bislang wird die Öffentlichkeit ausschließlich mit einseitigen Klimaprognosen ohne Zusatzinformationen versorgt, beispielsweise auf dem Blog „Meereisportal“: „Das Meereis schwindet im Klimawandel rasant – mit Folgen für die gesamte Erde. Wir sind Experten für Meereis. Hier teilen wir unser Wissen – aktuell, wissenschaftlich fundiert und leicht verständlich. Für die beobachteten Veränderungen der Eisausdehnung und Meereisdicke kommen verschiedene Ursachen in Frage. Sie können sowohl thermischer wie dynamischer Natur, natürlich oder anthropogen bedingt sein. Man nimmt an, dass um 2100 selbst in dem Monat mit der stärksten Eisbedeckung fast nur noch einjähriges und dünnes Eis den Arktischen Ozean bedecken wird.“



ELBING

„Engel bei der Arbeit“

Zur „Nacht der Museen“ wurden in der Marienkirche Kunstwerke junger Schülerinnen gezeigt

VON UWE HAHNKAMP

Eine besondere Ausstellung eröffnete die Nacht der Museen im Zentrum für Kunst „Galeria EL“ in Elbing. Auf einer dreitägigen Veranstaltung unter dem Motto „Engel bei der Arbeit“ hatten junge Talente vom Lyzeum für bildende Künste in Grunau Höhe Werke geschaffen, die im Presbyterium der Galerie präsentiert wurden. Die in Elbing geborene deutsche Künstlerin Marie Luise Salden, die bis heute mit ihrer Heimatstadt und der „Galeria EL“ verbunden ist, leitete die Arbeitsgruppe.

Arbeits- und Ausstellungsraum für die Veranstaltung war das Presbyterium der „Galeria EL“. Das Zentrum für Kunst befindet sich in der früheren Marienkirche, für die der Landmeister des Deutschen Ordens Hermann von Balk im 13. Jahrhundert den Dominikanern das Gründungsdokument ausgestellt hatte. Später war die Kirche bis 1945 die evangelische Hauptkirche von Elbing, in der auch Marie Luise Salden getauft wurde. Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Kirche fast vollständig zerstört. Die Ruine übernahmen in den 1960er Jahren die plastischen Künstler der Stadt und entwickelten daraus die „Galeria EL“.

Würdiger Raum für Kunst ...

Bereits das Betreten des Kirchengebäudes nimmt dem Besucher vor Ehrfurcht den Atem. Ein zweischiffiger Kirchenraum mit himmelsstrebenden schlanken Säulen, in dessen nördlichem Erdgeschoss sich Kunstwerke beinahe verlieren, während im Südschiff auf zwei Ebenen unter dem Dach moderne, auch über Fahrstühle erreichbare Ausstellungsflächen eingerichtet sind. Dazu kommen noch die Sakristei, das Presbyterium und der an das Nordschiff angelehnte Kreuzgang, die als einzige Teile des ursprünglichen Baus 1945 die Kämpfe überstanden haben.

Eine aktuelle Ausstellung unter dem Dach widmet sich den diesjährigen Abschlussarbeiten vom Lyzeum für bildende



Ausstellung in der Marienkirche: Katarzyna Grudzień vor ihrem Aquarell

Fotos (2): U.H.

Künste in Grunau Höhe. „Der Stellenwert der Künste an polnischen Schulen ist immer noch hoch“ freut sich Salden, „auch die Wertschätzung von außen, die sich etwa in der Kooperation der ‚Galeria EL‘ mit diesem Lyzeum widerspiegelt.“ Von dieser Schule kamen die elf Teilnehmerinnen der Arbeitsgruppe „Engel bei der Arbeit“ vor der Nacht der Museen. „Dadurch hatten wir relativ wenig Zeit. Wir haben jeden Tag intensiv von 10 bis 13 Uhr gearbeitet, danach mussten die Schülerinnen wieder zum Bus nach Hause“, beschreibt Salden die Auswirkung auf die Organisation der Veranstaltung.

„Es war intensiv und spannend für alle. Immerhin hatten die Künstlerinnen ein neues Thema vor sich: Ein Wesen, das sie für besonders schützenswert halten, mit einem Schutzengel, einem Beschützer

oder Licht zu begleiten“, fasste Salden das Rahmenthema zusammen. Nach einer schüchternen Phase gingen die jungen Damen das Thema konsequent und selbstständig an – und drei von ihnen präsentierten ihre Werke sogar selbstbewusst persönlich bei der Vernissage.

... wunderbare Kunst für den Raum

Katarzyna Grudzień, die jüngste Teilnehmerin, nahm sich die Zeit für einen Rundgang zu ihren Werken. Tag 1: Technik Aquarell, Thema Schutz. Ein farbenfrohes Wiesenbild zeigt einen Käfer unter einer Glasglocke, allerdings mit ernstem Unterton, so die Malerin: „Schutz ist nicht immer etwas Gutes, manchmal kann er engen und an der Entfaltung hindern.“ Tag 2: Technik Kohlestift, Thema Bild der Natur. Hier hat Grudzień ein mehrdeuti-

ges Bild entworfen, wie sie erklärte: „Es kann ein Baumstumpf sein, in den der Blitz einschlägt, oder einer, dem die noch nicht verstorbene Seele, seine Aura entsteigt.“ Tag 3: Technik Tusche, Thema Verblüffen durch Vergrößerung. Hier hat die junge Künstlerin in akkurater Großaufnahme einer Ameise etwas Bedrohliches verliehen; die auf den Betrachter weisenden Beißzangen flößen Respekt ein.

Grudzień ist ein gutes Beispiel für die Absicht der Arbeit von Salden: jungen Menschen Raum geben für ihre Entfaltung, sie aus der Reserviertheit zum Blühen bringen. Für sie und ihre Schützlinge war die Woche gelungen, wie die Vielfalt der Darstellungen von Schutzengeln, Licht und Elementen der sichtbaren und erahnbaren Natur zeigt.

NÖRDLICHES OSTPREUSSEN

Wochenendausflüge auf dem „Gotischen Ring“

Im Königsberger Gebiet entsteht eine Touristenroute entlang erhaltener deutscher Kirchen und Sehenswürdigkeiten

Seit dem Ukrainekrieg gewinnt das nördliche Ostpreußen immer mehr Bedeutung als Reiseziel für russische Touristen. Hotels und Gaststätten in der Region profitieren seit geraumer Zeit von diesem Trend. In der Hauptsaison im Sommer sowie um Silvester und Weihnachten sind sie restlos ausgebucht. Hatten diejenigen – darunter vor allem auch die Heimatvertriebenen –, die sich in den knapp drei Jahrzehnten seit der Grenzöffnung für den Erhalt der noch vorhandenen historischen Bausubstanz einsetzten, meist große Schwierigkeiten, überhaupt etwas von ihren Plänen umzusetzen, sei es weil die Behörden blockierten oder erst gar kein Interesse zeigten, so hat sich das Blatt um 180 Grad gewendet.

Es sind meist junge Menschen, die sich für die Geschichte der Region interessieren und sich engagiert für den Erhalt der Ruinen aus deutscher Zeit einsetzen. Bei den Behörden scheinen sie heute offe-



Künstler unbekannt: Mosaik an der Kirche Borchersdorf

Foto: E.S.

ne Türen einzurennen. Vielfach erhalten sie sogar finanzielle Unterstützung vom Staat für ihre Aktionen. Ein Vorzeigebispiel sind die sogenannten Ruinkeepers (die PAZ berichtete), eine Gruppe von Heimatforschern, welche die Geschichte der noch vorhandenen deutschen Bauwerke erforscht, dokumentiert und sie vor dem Verfall rettet.

Analog zum Goldenen Ring um Moskau

Ihrem Engagement ist es auch zu verdanken, dass – in Analogie zum Goldenen Ring in Russland – nun im Königsberger Gebiet ein „Gotischer Ring“ entsteht.

Diese Route führt entlang der Kirche Borchersdorf, ein Gotteshaus aus dem 15. Jahrhundert, an deren Fassade eine Mosaiktafel sowie im Inneren alte Fresken und Flachreliefs erhalten sind. Weiter führt die Ausflugstour nach Domnau mit Kirche und Schloss, in Friedland ist ein

Denkmal für die Teilnehmer der Schlacht um die Stadt erhalten, in Gerdauen können deutsche Villen, die Ruinen der Burg sowie die Kirche, restaurierte Wohngebäude und das Grammophonmuseum „Patefon“ besichtigt werden. Der Weg dorthin führt über eine wunderschöne Eichenallee, die am besten erhaltene in der Region. In Allenburg ist die Pfarrkirche erhalten, in der verschiedene Veranstaltungen wie Aufführungen und Konzerte stattfinden. Zu den Sehenswürdigkeiten gehört auch das Schleusenwärterhaus am Masurischen Kanal. In Wehlau ist die Ordenskirche aus dem 14. Jahrhundert erhalten. Wie an vielen anderen der noch erhaltenen Sehenswürdigkeiten haben in Wehlau die Ruinkeepers das Gelände in Ordnung gebracht. Auch in der Ordenskirche finden verschiedene Konzerte statt.

Da derzeit kaum Reisen ins Königsberger Gebiet möglich sind, lohnt sich ein Blick auf die Seite der Organisation (www.

castlesandfamilies.com). Auf der englischsprachigen Seite kann man sich ein Bild von der Arbeit der jungen Menschen machen. Auch wenn Kontakte aufgrund der politischen Lage nur eingeschränkt aufrechterhalten werden können, gibt es nach wie vor engagierte Russen, die sich vertrauensvoll an die PAZ wenden. So möchte eine Mitarbeiterin der Ruinkeepers wissen, wer der Künstler war, der das Mosaik an der Borchersdorfer Kirche gefertigt hat (siehe Foto). Wer etwas darüber weiß, möge sich bitte an die Redaktion der PAZ wenden. Vor der Borchersdorfer Kirche wurde bereits eine großformatige Informationstafel zur Geschichte des Gotteshauses aufgestellt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Informationen zu dem Künstler des Mosaiks an der Borchersdorfer Kirche richten Sie bitte an die E-Mail-Adresse: rosenthal@paz.de

MELDUNGEN

Zu wenige Bademeister

Allenstein – Im südlichen Ostpreußen fehlen Rettungsschwimmer. Slawomir Gicewicz, der Vorsitzende der ermländisch-masurischen WOPR, der dem DLRG entspricht, schlägt Alarm: „Es gibt leider immer weniger junge Freiwillige. Früher haben wir jährlich etwa 500 Personen geschult, heute sind wir froh, wenn es 100 sind.“ Er warnt angesichts der Urlaubszeit davor, dass viele Badeplätze an den Seen der Region unbewacht bleiben könnten. Zum Glück gibt es jedoch auch junge Schwimmeister, welche die Herausforderung annehmen und ihre Leidenschaft mit der verantwortungsvollen Arbeit verbinden. Es scheitert also nicht immer am Willen der Menschen. Die ermländisch-masurische Abteilung des WOPR vereint etwa tausend Rettungsschwimmer, von denen jedoch etwa die Hälfte nicht die kompletten verlangten Erlaubnisse und Dokumente besitzt. U.H.

Illegale Jagd auf Elche

Heinrichswalde – Ein Mann aus dem Kreis Heinrichswalde muss sich vor Gericht verantworten, weil er im November vergangenen Jahres auf dem Territorium des staatlichen Naturschutzgebiets illegal Jagd auf Elche gemacht hat. Der 32-jährige Mann aus dem Ort Kaukehmen und sein Freund hatten mit ihrem Pkw drei Elche verfolgt, wobei der Beschuldigte mit einem Jagdgewehr aus dem fahrenden Wagen auf die Elche schoss. Als Grenzbeamte auf sie aufmerksam wurden, versuchten sie zu flüchten. Die Beamten konnten sie jedoch festsetzen. Der Schaden im Naturschutzgebiet wird auf umgerechnet etwa 2500 Euro geschätzt. Den zweiten Teilnehmer an der illegalen Jagd droht nun ebenfalls ein Prozess. MRK



ZUM 105 GEBURTSTAG

Vogel, Brigitte, geb. Rockstroh, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

ZUM 102 GEBURTSTAG

Schmitter, Selma, geb. Sucht, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 1. August

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schröder, Margarete, geb. Hamm, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Tresp, Rosemarie, aus Glinken, Kreis Lyck, am 30. Juli

ZUM 100 GEBURTSTAG

Krupp, Gertrud, geb. Wolff, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Willuhn, Elisabeth, geb. Schramma, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Holubek, Sonja, geb. Gall, aus Wehlau, am 22. Juli
Oelsner, Grete, geb. Petereit, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 29. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Mick, Hilda, geb. Crispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Enseleit, Martha, geb. Eggert, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 31. Juli
Gesick, Heinrich, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Oberg, Elfriede, geb. Schulz, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 30. Juli
Peip, Elli, geb. Jedamzik, aus General-Busse-Straße 1, Lyck, am 31. Juli

Speicher, Käte, geb. Summek, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 30. Juli
Wilke, Ruth, geb. Braczko, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hoehle, Erna, geb. Schilling, aus Groß Münsterberg, Kreis Mohrun-gen, am 28. Juli
Raski, Johanna, geb. Rutkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neiden-burg, am 1. August
Schröder, Edith, geb. Bienderra, aus Orlau, Kreis Neidenburg, am 31. Juli
Werner, Lore, geb. Sadowsky, aus Soffen, Kreis Lyck, am 1. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Nickel, Willi, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 29. Juli
Niederbröker, Margot, geb. Wachowski, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Prasuhn, Elfriede, geb. Jablonski, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. Juli
Sadlowski, Otto, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli
Woldeit, Ruth, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Zinn, Hilde, geb. Kosemund, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bradke, Hans-Jochen, aus Bar-nen, Kreis Treuburg, am 27. Juli
Gromer, Karola, geb. Braun-schweig, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Lüdtke, Walter, aus Fließdorf, Kreis Lyck und Rodental, Kreis Lötzen, am 26. Juli
Scholz, Johanna, geb. Ballay, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 1. August
Stier, Traute, geb. Eigenfeldt, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniede-rung, am 1. August
Tyburcy, Melitta, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Juli
Wargalla, Heinz, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Wilhelm, Erna, geb. Schipp, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brosziewski, Heinz, aus Lübeck-felde, Kreis Lyck, am 31. Juli
Bylitz, Georg, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 29. Juli
Filax, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Forke, Friedel, geb. Blasko, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Herpell, Erdmut, aus Memeler Weg 10, Kreis Lyck, am 29. Juli
Hunger, Ilse, geb. Reiser, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Napiwotzki, Reinhold, aus Rog-gen, Kreis Neidenburg, am 1. August
Olvermann, Helga, geb. Stan-neck, aus Lycker Garten 78, Lyck, am 26. Juli
Prill, Hansjürgen, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 29. Juli
Wedekin, Gertrud, geb. Tobe, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 25. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bahl, Martha, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli
Bobrowski, Erika, geb. Pell, aus Kaiser-Wilhelm-Straße 81, Lyck, am 28. Juli
Burdenski, Horst, aus Grünlan-den, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli



Haese, Johannes, aus Kuhdiebs, Kreis Mohrun-gen, am 26. Juli
Kröhnert, Alfred, aus Schwanen-see, Kreis Elchniederung, am 30. Juli
Kuboteit, Irma, aus Warten, Kreis Elchniederung, am 29. Juli
Lange, Jürgen, Dr., aus Wehlau, am 31. Juli
Naujeck, Rudi, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 31. Juli
Schwierzke, Gerda, geb. Bahlo, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. August
Stoll, Edith geb. Brand, aus Nei-denburg, am 26. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Badorrek, Heinz, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli
Bush, Ruth, geb. Lenkeit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniede-rung, am 28. Juli
Cserni, Martha, geb. Alexey, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 26. Juli
Gorlo, Ulrich, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 28. Juli
Guethe, Ruth, geb. Grönig, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juli
Redeker, Lieselotte, geb. Hirsch, aus Ebenhö, Kreis Mohrun-gen, am 29. Juli
Schnaak, Liesel, geb. Kromrei, aus Reussen, Kreis Mohrun-gen, am 31. Juli
Schniesko, Gerlind, aus Stein-berg, Kreis Lyck, am 31. Juli
Wersch, Gisela, geb. Gengel, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 28. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fahlke, Eva-Maria, geb. Chne-lewski, aus Lyck, am 27. Juli
Funk, Bruno, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Gollub, Ernst-August, aus Al-brechtsfelde, Kreis Treuburg, am 30. Juli
Grabowski, Gundula, geb. Go-dau, aus Pregelswalde, Kreis Weh-lau, am 24. Juli

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Ge-schichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederver-sammlung der LO-Bruderhil-fe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreu-ßische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesge-schäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Graf, Wilfried, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. August
Minuth, Elisabeth, geb. Albrecht, aus Wehlau, am 25. Juli
Nadolny, Karl, aus Gerswalde, Kreis Mohrun-gen, am 27. Juli
Nehring, Gertrude, geb. Hein, aus Weinsdorf, Kreis Mohrun-gen, am 30. Juli
Rentz, Inge, geb. Teichert, aus Keipern, Kreis Lyck, am 1. August
Siemoneit, Winrich, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 1. August
Struppek, Arno, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 1. August
Warda, Kurt, aus Lyck, am 1. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bahlau, Edith, aus Lyck, am 28. Juli
Balzer, Edith, geb. Hecht, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli
Glagau, Helga, geb. Apelt, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 31. Juli
Grindel, Klaus, aus Buchwalde, Kreis Mohrun-gen, am 1. August
Kirstein, Johannes, aus Millau, Kreis Lyck, am 1. August
Klein, Richard, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 30. Juli
Köppen, Brigitte, geb. von Kal-nassy, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 21. Juli
Koschinat, Wolfgang, aus Stobin-gen, Kreis Wehlau, am 31. Juli
Kramber, Ingrid, geb. Färber, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 1. August
Kraska, Günter, aus Groß Schön-damerau, Kreis Ortelsburg, am 30. Juli
Kugland, Reinhard, aus Pregels-walde, Kreis Wehlau, am 20. Juli
Kühle, Anneliese, geb. Czychon, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 31. Juli

Mex, Arnold, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 31. Juli
Meyer, Ursula, geb. Gassner, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 29. Juli
Rosowski, Heinz, aus Hügelwal-de, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli
Schönke, Anna, geb. Zwetz, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 29. Juli
Stern, Brigitte, geb. Groebert, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 27. Juli
Truszczynski, Christine, geb. Huhn, aus Weißensee, Kreis Weh-lau, am 21. Juli
Wichmann, Sigrid, geb. Krause, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 19. Juli
Will, Ingrid, geb. Hoppe, aus Wehlau, am 27. Juli
Zander, Dörthe Maria, aus Weh-lau, am 20. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Feger, Helga, geb. Kendler, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 1. August
Golinski, Wolfgang, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 26. Juli
Gorlo, Klaus, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Klich, Bodo, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Lau, Erika, geb. Kowalzik, aus An-dreken, Kreis Lyck, am 31. Juli
Stosno, Klaus, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 26. Juli
Wagner, Hans-Ludwig, aus Tapi-au, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Werner, Heinz-Helmuth, aus Ta-piau, Kreis Wehlau, am 24. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Schirmacher, Hartmut, aus War-nien, Kreis Wehlau, am 22. Juli
Steiner, Manfred Fritz, Landes-gruppe Bremen, am 22. Juli

Zusendungen für die Ausgabe 32/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 32/2024 (Erstverkaufstag 9. August) **bis spätestens Dienstag, den 30. Juli**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Ostpreußisch behütet

Navyblaue Baseballmütze mit aufgesticktem Elchschaufelwappen
Stoffverschluss mit Metallschnalle
Preis: 12,- Euro, zuzüglich 7,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 12,- Euro zzgl. 7,- Euro Porto und Verpackung

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommerabend
Altmühlfranken – Freitag, 26. Juli, 19 Uhr, Kastaniengarten im Röschelskeller: Sommerabend der Landsmannschaften. Im August ist Sommerpause.

Treffen
Nürnberg – Dienstag, 30. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser, Ende der U1: Treffen.

**Bremen**

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Wir trauern
Bremen – In den vergangenen Wochen haben uns zwei Mitglieder verlassen, die sich um unsere Landsmannschaft sehr verdient gemacht haben.
Erika von Volckamer begann im Jahr 1991 als Mitarbeiterin in unserer 1988 erworbenen Geschäftsstelle. Sie verwaltete unsere Akten, erledigte eine Vielzahl an Schreiarbeiten und organisierte den Versand der Rundschreiben an unsere Mitglieder. Diese konnten sich darauf verlassen, dass alle Geburtstagsglückwünsche pünktlich an die PAZ übermittelt wurden.
Besonders ist ihr auch die Verschriftung von Zeitzeugen-Interviews zu verdanken, die uns heute für Veröffentlichungen als wichtige Quelle zur Verfügung stehen.

Als unsere Finanzmittel im Laufe der Jahre knapper wurden, erklärte sie sich bereit, auch für eine gekürzte Honorierung weiter tätig zu sein, bis aus ihrem Einsatz schließlich eine völlig ehrenamtliche Tätigkeit wurde.
Als Bremerin identifizierte sie sich mehr und mehr mit den Ost- und Westpreußen, was dazu führte, dass sie ihre in der eigenen Familie wahrzunehmenden Betreuungsaufgaben für Enkelkinder gelegentlich in der Weise wahrnahm, dass sie diese in die Geschäftsstelle mitbrachte.
Seit einigen Jahren war ihr die Fortsetzung der Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich. Am 17. Juni dieses Jahres ist sie friedlich verstorben.
Ruth Sadowski übernahm im Jahre 2012 die Aufgabe, in unserer Geschäftsstelle die wöchentlichen Sprechzeiten für die Zahlung der Mitgliedsbeiträge, Anmeldung zu Veranstaltungen und für jegliche telefonisch erbetenen Auskünfte wahrzunehmen. Diese völlig ehrenamtliche Tätigkeit, die, bis auf kurze Sommerferien, über das gesamte Jahr in preußischer Pflichterfüllung von Ruth Sadowski jahrelang geleistet wurde, hat sie für uns und unsere dankbaren Mitglieder unvergesslich gemacht.
Nach einer kurzen Erkrankung ist sie am 2. Mai dieses Jahres verstorben. *Heinrich Lohmann*

**Hamburg**

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Königsberger aktiv
Hamburg – 300 Jahre Kant wurden an der Hamburger Universität mit einer öffentlichen Vortragsreihe gewürdigt, zu der auch deutsche Professoren aus Frankfurt am



Freude über Bärenfang: Gabriele Schwarze (2. von links) überreicht den Organisatorinnen und dem letzten Dozenten der öffentlichen Vortragsreihe zu 300 Jahre Kant an der Hamburger Universität die ostpreußische Spirituose *Foto: G. S.*

Main, Berlin und Norwegen angereist kamen. Während Prof. Dr. Marcus Willaschek aus Frankfurt Kant als Leitbild des mündigen Bürgers hervorhob und seine grundlegende Kritik des Erkenntnisvermögens darstellte, befasste sich Prof. Dr. Tobias Rosefeldt mit Kants Herangehensweise und Begeisterung für die (Meta-)Metaphysik. Demnach hätte Kant (aus einer Zeit anstrengender, zeitaufwendiger Kutschfahrten heraus) nicht die heutige Aussage angezweifelt, innerhalb weniger Stunden von Berlin nach Hamburg zu kommen, sondern er hätte hinterfragt, unter welchen Bedingungen so etwas möglich sein könnte.
Prof. Dr. Beatrix Himmelmann von der Arctic University of Norway begeisterte sich wiederum für Kants Vorstellungen bezüglich des gerechten Glücks und unserer vergleichenden Selbstliebe mit ihrer sozialen Dimension. Kants bekannter Ausspruch, dass der Mensch ein Bürger zweier Welten sei, einer sinnlichen und einer intelligiblen (= vernunftbegabten), schaffe durch die Idee des „Solens“ Spekulationen über Dinge, die über unsere Erfahrungswelt hinausgehen.
Weitergeführt wurden diese Gedanken von Prof. Dr. Birgit Recki aus Hamburg in ihrer Vorlesung über die Freiheit in der Natur,

denn der Mensch habe quasi die Lizenz, sich die Welt so zu denken, als wenn sie eine Zweckmäßigkeit gemäß eines bestimmten Willens habe (ähnlich dem Werk eines Künstlers).
Den Abschluss bildete die Vorlesung von Prof. Dr. Peter Niesen aus Hamburg unter dem Titel „Wie weiter mit Kants politischer Philosophie“. Darin ging es nicht nur um die heutigen Rassismusbewertungen zu seiner Rassentheorie, sondern auch um Vergleiche zu Kants Ansichten zum Weltbürgertum sowie dem unrechtmäßigen Erwerb beziehungsweise der Einverleibung fremder Gebiete. Der Professor stellte einen Vergleich mit der heutigen Asylpolitik und dem Ukraine- Krieg her.
Obwohl es wegen Kant eigentlich nahe gelegen hätte, blieb Ostpreußen, wie üblich, ein Tabuthema.
Nach der letzten Vorlesung überraschte Gabriele Schwarze die Organisatoren Recki und PD Dr. Lisa Schmalzried sowie den letzten Dozenten stillvoll in Tracht als Überbringerin eines Dankeschöns von der Stadtgemeinschaft Königsberg. Die Freude über diese Anerkennung und die drei Flaschen ostpreußischen Bärenfangs war unübersehbar. Recki fragte sich, ob Kant diesen Schnaps beziehungsweise Likör wohl auch ge-

kannt und genossen habe. Das hoffen wir doch sehr und wünschen „Wohl bekomm’s!“
Allein die Tatsache, dass unsere Kulturgeschichte seit der Vertreibung und Enteignung 80 Jahren lang massiv totgeschwiegen und ignoriert wird, stört dort scheinbar niemanden. *G. S.*

**Hessen**

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Monatstreffen
Wiesbaden – Das Monatstreffen im Mai ist traditionell dem Wonnemonat gewidmet, von dem so manche sagen, er sei einer der schönsten Monate des Jahres. Die bunte Natur tut dem menschlichen Gemüt gut. So waren denn auch die vorgetragenen Geschichten und Gedichte unter dem Titel „Nun will der Lenz uns grüßen“ der lieblichen Jahreszeit gewidmet, zusammen mit Liedern, die sich um den Frühling und um die Maienzeit rankten.
Den Stimmungsreigen eröffnete Mathias Budau auf seiner Gitarre mit dem Titel „Nun will der Lenz uns grüßen“ und dem Mörike-Gedicht „Er ist’s“.
Helga Kukwa und Siegrid Becker hatten ausgesuchte Texte parat und erzählten neben anderen Geschichten von einer Maiwanderung, dem Birkenbäumchen und Wiesenblumenstrauß sowie vom Frühling in der Heimat.
Abschließend überreichte Mathias Budau noch einen bunten musikalischen Blumenstrauß mit bekannten Film- und Operettenliedern zum Mitsingen. Dabei, und immer wieder gerne hört, „Im Prater blüh’n wieder die Bäume“, „Was eine Frau im Frühling träumt“, „Veronika, der Lenz ist da“ und „Tulpen aus Amsterdam“.
low.ds

**Nordrhein-Westfalen**

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Erzählnachmittag
Düren – Mittwoch, 7. August, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a: Erzählnachmittag über die Urlaubserlebnisse.

**BdV**
Bund der Vertriebenen

Bund der Vertriebenen, Landesverband Rheinland-Pfalz, **Landesvorsitzender** Tobias Meyer, Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch/Pfalz, **Telefon** (06324) 935240, **E-Mail:** t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Tag der Heimat
Speyer – Sonntag, 25. Augusts, 11 Uhr, Haus Pannonia, Friedrich-Ebert-Straße 106: Zentrale Feierstunde zum Tag der Heimat mit Festrednerin Ibolya Hock-Engländer, Präsidentin der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen. Der Bund der Vertriebenen Rheinland-Pfalz lädt ein und bittet um Anmeldung zu folgendem Programm:
11 Uhr: Kranzniederlegung, Gedenkstätte für die Opfer der Donau- und der Ungarndeutschen, auf dem Vorplatz des Haus Pannonia, 11.30 Uhr: Begrüßung durch Tobias Meyer, Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz, kulturelles Rahmenprogramm: Donau- und der Ungarndeutsche Tanzgruppe aus Speyer, Grußworte, Ansprache und

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die ☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder ☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

**Prämie 2:
Renaissanceglobus**



Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerouren von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Festrede; kulturelles Rahmenprogramm: Russlanddeutsche Tanzgruppe „Laut(r)er Perlen“ aus Kaiserslautern, Im Anschluss an die Feierstunde wird ein Mittagessen gereicht. Eine Voranmeldung ist erwünscht.

T. Meyer



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Ostseebäder in Ostpreußen

Dresden – Dienstag, 6. August, 14 Uhr, Großenhainer Straße 96: Weltbekannte Ostseebäder in Ostpreußen.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 21. August, 10.30 Uhr, Friedhof Hattstedt: Tagesausflug zum Thema „Mit Herrn Schmidt auf den Spu-

ren des Schimmelreiters“. Nach dem Treffen am Friedhof Hattstedt geht es anschließend zur Hamburger Hallig zum Mittagessen, gefolgt vom Schloß vor Husum, wo wir zum Kaffee einkehren. Es werden Fahrgemeinschaften gebildet.

Anmeldung bitte bis Dienstag, 30. Juli, bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170, per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006, per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

Michael Weber



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 6. September, und Sonnabend, 7. September: 70. Angerburger Tage mit folgendem Programm:

Freitag, 6. September, 19 Uhr, Restaurant Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Abendessen mit gemütlichem Beisammensein, eine Anmeldung ist bei der Geschäftsstelle unter Telefon (04261) 9833100 bis zum 30. August erforderlich.

Sonnabend, 7. September, 10.30 Uhr, Amtshofpark, an der Angerburger Eiche: Gedenken am Patenschaftsstein. 11 Uhr, Kreishaus Rotenburg (Wümme): Sitzung des Kreistages.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, E-Mail: kreisvertreter@kreis-gerdauen.de, Internet: www.kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. und 6. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amseistraße 6, 26847 Deteren, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Freitag, 6. September, bis Sonntag, 8. September, Gasthaus Haase, Lehrter Straße 12: Kreistreffen.

Den Auftakt wird am Freitag, den 6. September, unser gemeinsa-

mes Matjesessen Selbstzahler bilden. Dieses Essen wird von jedem selbst gezahlt. Beginn ist 18.30 Uhr. Bei leckerem Essen und guten Gesprächen wollen wir uns auf das Treffen einstimmen. Wir bitten dafür um Anmeldung bei der Kreisvertreterin Viola Reyentanz, telefonisch unter (0173) 3810407 oder per E-Mail: reyvio@web.de.

Am Sonnabend öffnet dann der Veranstaltungssaal ab 9 Uhr. Der Eintritt beträgt nach wie vor 5,- Euro.

Wie in jedem Jahr werden wir am Gedenkstein im Burgdorfer Stadtpark Blumen niederlegen. Daran schließt sich die festliche Feierstunde im Saal des Gasthauses Haase an. Neben dem Auftritt der Schützenkapelle Gehrdens wird es diesmal einen besonderen kulturellen Höhepunkt geben. Ab 18 Uhr tritt der bekannte und beliebte Sänger Bernd Krutzinna, BernStein, auf und präsentiert ostpreußische Lieder, natürlich auch unser Heiligenbeil-Lied. Eine Anmeldung dafür ist nicht nötig. Im Anschluss an das Konzert wollen wir noch gemütlich beisammen sitzen.

Den Abschluss des Treffens wird am Sonntag ein gemeinsames Frühstück bilden.

Wir freuen uns auf Sie, bitte kommen Sie zahlreich. Besonders froh sind wir, dass auch ältere Landsleute der Erlebnisgeneration ihr Kommen angekündigt haben. Bitte nutzen Sie diese Gelegenheit zum Austausch und zu Gesprächen, die in den kommenden Jahren vielleicht nicht mehr möglich sein werden.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e. V.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen – Wochenende, 24. und 25. August, Hotel Mercure, Raum Berlin: Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 24. August, 11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20; 14 Uhr: öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13; 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen; 17.30 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure; 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin, Hotel Mercure mit einem Bildvortrag von Professor Siegmund Fröhlich zum Thema „Reise durch das Land der Prußen“.

Sonntag, 25. August, 10 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Veranstaltungsräume; die Kreisgemeinschaft Treuburg ist zu Gast; 11 Uhr: Feierstunde in den Räumen „Berlin“, „Siegen“ und „Köln“, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure; 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Büchertisch erhältlich.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Rätsel

baschkirische Hauptstadt

runzelig

Flächendarstellung, Plan

Kleidungsstück

nämlich

Augendeckel

verlassen; langweilig

Fluss durch Florenz

Hörfunk

die erste Frau (A. T.)

Stadt in den Niederlanden

Meeresvogel

bibl. Stammvater (Arche)

Übriggebliebenes

Singstimme

Leuchtdiode (Abk.)

Himmelskörper

Strom in Ostsibirien

bibl. Stammvater (Arche)

Übriggebliebenes

Gießgefäß für ein Getränk

schnell beförderte Fracht

verheiratetes Paar

Strom in Ostsibirien

Übriggebliebenes

durchsichtig; deutlich

festnehmen

Körperkraft

Teil eines christl. Festes

eingelegtes Hühnerprodukt

sportlich in Form

ein Balte

niedersächsischer Hafen

Tänzerin, Geliebte Ludwigs I. (Lola)

schnell beförderte Fracht

Kfz-Zeichen Hansestadt Rostock

verheiratetes Paar

schweizerischer Sagenheld

Trauben-ernte

Platzmangel, Raumnot

Senke im Gelände

Göttertrank; Blüten-saft

sich rennieren, von Nutzen sein

saure Flüssigkeit zum Würzen

Rollkörper

vornehm; großzügig

enthalt-same Lebensweise

Grund-lage; Unterbau

knabbern

früherer äthio-pischer Titel

deutscher Dichter

Schlussmann, Goal-keeper

Unsinn, Schabernack

Saatgut in die Erde bringen

Europ. Weltraum-organisa-tion (Abk.)

Klavier

Milch-produkt

Gesichtspunkt

Edelgas

Drei-finger-faultier

Ausruf der Bestürzung

Studienab-schlussprüfung

vor-nehm; groß-zugig

west-afrik. Binnen-staat

lang-schwän-ziger Papagei

Abkür-zung für Nordost

amerik. Erfinder (Thomas Alva)

Haar-büschel; Quaste, Trossel

ehren-wert

Frage-wort (4. Fall)

von drin-nen nach drau-ßen (ugs.)

Geheim-gericht

Ehefrau, Gemahlin

schwed. Pop-legende

Frage-wort (4. Fall)

von drin-nen nach drau-ßen (ugs.)

Geheim-gericht

Ehefrau, Gemahlin

Sohn des Zeus und der Alkmene

Saatgut in die Erde bringen

Europ. Weltraum-organisa-tion (Abk.)

Klavier

Milch-produkt

Gesichtspunkt

Edelgas

Drei-finger-faultier

Ausruf der Bestürzung

Studienab-schlussprüfung

vor-nehm; groß-zugig

west-afrik. Binnen-staat

lang-schwän-ziger Papagei

Abkür-zung für Nordost

amerik. Erfinder (Thomas Alva)

brasilia-nische Fußball-legende

persönl. Fürwort (zweite Person)

Raum-tonver-fahren (Kzw.)

laute, kurze Ausdrück, Schrei

riesige Menge

griechi-sche Sporaden-insel

Nuss-oder Mandel-konfekt

ein Wa-cholder-branntwein

ägypti-sche Göttin

munter, vor-witzig

Dunst über Groß-städten

franzö-sisch: Freund

sehr feucht

Abwasser-leitung; Deich-schleuse

erziehe-rische Härte

Längs-rinne, Rille

Götter-trank; Blüten-saft

sich rennieren, von Nutzen sein

saure Flüssigkeit zum Würzen

Rollkörper

vornehm; groß-zugig

enthalt-same Lebensweise

Grund-lage; Unterbau

knabbern

unbe-stimmter Artikel

deutsche Pop-sängerin

Beute, Jagd-ergebnis

Kanton der Schweiz

stärker Hitze

erziehe-rische Härte

Längs-rinne, Rille

Götter-trank; Blüten-saft

sich rennieren, von Nutzen sein

saure Flüssigkeit zum Würzen

Rollkörper

vornehm; groß-zugig

enthalt-same Lebensweise

Grund-lage; Unterbau

knabbern

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Bunnus, 2. Mittag, 3. Sekret, 4. Egoist, 5. Infant, 6. Candhi

Kreiskette: 1. legato, 2. Stiege, 3. Sprint, 4. Sattre, 5. lassen

Sudoku:

baschkirische Hauptstadt

runzelig

Flächendarstellung, Plan

Kleidungsstück

nämlich

Augendeckel

verlassen; langweilig

Fluss durch Florenz

Hörfunk

die erste Frau (A. T.)

Stadt in den Niederlanden

Meeresvogel

bibl. Stammvater (Arche)

Übriggebliebenes

Singstimme

Leuchtdiode (Abk.)

Himmelskörper

Strom in Ostsibirien

bibl. Stammvater (Arche)

Übriggebliebenes

Gießgefäß für ein Getränk

schnell beförderte Fracht

verheiratetes Paar

Strom in Ostsibirien

Übriggebliebenes

durchsichtig; deutlich

festnehmen

Körperkraft

Teil eines christl. Festes

eingelegtes Hühnerprodukt

sportlich in Form

ein Balte

niedersächsischer Hafen

Tänzerin, Geliebte Ludwigs I. (Lola)

schnell beförderte Fracht

Kfz-Zeichen Hansestadt Rostock

verheiratetes Paar

schweizerischer Sagenheld

Trauben-ernte

Platzmangel, Raumnot

Senke im Gelände

Göttertrank; Blüten-saft

sich rennieren, von Nutzen sein

saure Flüssigkeit zum Würzen

Rollkörper

vornehm; groß-zugig

enthalt-same Lebensweise

Grund-lage; Unterbau

knabbern

früherer äthio-pischer Titel

deutscher Dichter

Schlussmann, Goal-keeper

Unsinn, Schabernack

Saatgut in die Erde bringen

Europ. Weltraum-organisa-tion (Abk.)

Klavier

Milch-produkt

Gesichtspunkt

Edelgas

Drei-finger-faultier

Ausruf der Bestürzung

Studienab-schlussprüfung

vor-nehm; groß-zugig

west-afrik. Binnen-staat

lang-schwän-ziger Papagei

Abkür-zung für Nordost

amerik. Erfinder (Thomas Alva)

Haar-büschel; Quaste, Trossel

ehren-wert

Frage-wort (4. Fall)

von drin-nen nach drau-ßen (ugs.)

Geheim-gericht

Ehefrau, Gemahlin

schwed. Pop-legende

Frage-wort (4. Fall)

von drin-nen nach drau-ßen (ugs.)

Geheim-gericht

Ehefrau, Gemahlin

Sohn des Zeus und der Alkmene

Saatgut in die Erde bringen

Europ. Weltraum-organisa-tion (Abk.)

Klavier

Milch-produkt

Gesichtspunkt

Edelgas

Drei-finger-faultier

Ausruf der Bestürzung

Studienab-schlussprüfung

vor-nehm; groß-zugig

west-afrik. Binnen-staat

lang-schwän-ziger Papagei

Abkür-zung für Nordost

amerik. Erfinder (Thomas Alva)

Sudoku

	4			9			2
		1					7
	7	9	3	2	8		
6						3	
2		4		6		5	
		4				1	
			9	3	2	8	6
3						2	
8			1			9	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kleidungsstücke.

- 1 Beduinenmantel
- 2 Tagesabschnitt
- 3 Drüsenabsonderung
- 4 selbststüchtiger Mensch
- 5 spanisch-portug. Prinzentitel
- 6 indischer Staatsmann

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort aus dem Bereich Zeitungs- und Verlagswesen.

1 in der Musik: gebunden, 2 enge Holzterre, 3 Kurzstreckenlauf, 4 ironisch-witzige Kunstgattung, 5 erlauben, dulden

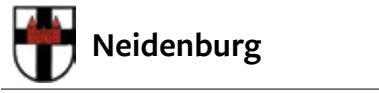


Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079, E-Mail: tkacz@alice-dsl.net; **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 6245467, E-Mail: luise.woelk@web.de; **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452; **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon /02234) 498365, E-Mail: nc-sommerho@netcologne.de

Mitgliederversammlung

Gießen – Sonntag, 15. September, 10 Uhr, Kleine Kongresshalle, Südanlage 3: Das diesjährige Jubiläums-Heimatkreistreffen, an dem auch die 70-jährige Patenschaft Gießen-Mohrungen gefeiert wird, beginnt mit der Feierstunde zum 70-jährigen Bestehen der Patenschaft der Universitätsstadt Gießen, Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin, Grußworte durch Ehrengäste, Geistliches Wort mit Totenehrung, Pfarrer i.R. Gerd E. Friede Kolakowski, Festrede: 70 Jahre Patenschaft der Universitätsstadt Gießen zur Kreiskommunität Mohrungen, Referent: Dr. Christopher Spatz, „300 Jahre Immanuel Kant“ – Dialog-Vortrag der Referenten Gerd E. Friede Kolakowski und Horst Sommerfeld, Ehrungen, Schlussworte der Kreisvertreterin Ingrid Tkacz. Es besteht die Möglichkeit für Übernachtung im Hotel am Ludwigsplatz, Telefon (0641) 931130, E-Mail: info@hotel-am-ludwigsplatz.de zu Sonderkonditionen bei Anmeldung bis zum 14. August, Stichwort: Kreiskommunität Mohrungen! *I.T*



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

Kreistagssitzung

Lüneburg – Sonabend, 7. September, Gasthof Krone: Die Kreistagsmitglieder wurden gesondert eingeladen.

Heimattreffen

Lüneburg – Sonntag, 8. September: Heimattreffen der Neidenburger, Soldauer und Freunde der Kreiskommunität Neidenburg e.V. Bitte tragen Sie sich diesen Termin für das Neidenburger Heimattreffen in Ihren Kalender ein. Wir glauben, dass ein Besuch sich auf jeden Fall lohnt.

Das Veranstaltungslokal, der Festsaal der Krone liegt direkt neben dem Ostpreußischen Landesmuseum. Ein wichtiger Punkt in diesem Jahre, da wir ja den 300. Geburtstag von Immanuel Kant feiern. Die Besucher des Heimattreffens haben die Möglichkeit, das Museum kostenlos besuchen zu können. Es sei zu erwähnen, dass das Landesmuseum umge-

baut und völlig neu eingerichtet wurde. Also, ein lohnendes Vorhaben, auf das man zugreifen muss.

Ferner wird zum Treffen ein umfangreiches Programm geboten, sodass keine Langeweile aufkommen kann. Auch zum Schabbern wird genügend Zeit vorhanden sein. *Ulrich Pokraka*



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreiskommunität-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreiskommunität-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreiskommunität-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen und Wahl

Herne – Sonntag, 15. September, ab 9 Uhr geöffnet, Beginn um 11.30 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkreistreffen.

In diesem Jahre finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa per E-Mail: m.plessa@kreiskommunität-ortelsburg.de. Die Wahlzettel werden über den Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptkreistreffen zu wählen.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 13., und Sonabend, 14. September, Hotel Bergström, Bei der Lünener Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 308-636: Jahrestreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 13. September, 15.30 Uhr, Hotel Altes Kaufhaus, Raum Dormero 1: Mitgliederversammlung der KGO, 18.30 Uhr, Hotel Bergström, Raum Lindbergh: Begrüßungsabend.

Sonabend, 14. September, 10.30 Uhr, Hotel Bergström: Einlass Raum Lagerfeld, 11.15 Uhr: Feierstunde beginnend mit dem Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen, 11.20 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter, 11.25 Uhr: Totenehrung, 11.30 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters, anschließend Musikbeitrag, 11.45 Uhr: Grußworte, anschließend Musikbeitrag, 12.15 Uhr: Verabschiedung von Dr. Uwe Dempwolff und Burghard Gieseler, anschließend Musikbeitrag, 12.45 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters, 12.50 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne, 12.55 Uhr: Ende der Feierstunde, 13 Uhr: gemütliches Zusammensein. *B. G.*



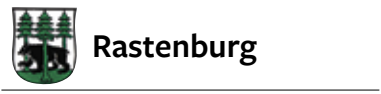
Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden/Aller – Freitag, 20. September, bis Sonntag, 22. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Gesamt-Vorstandssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt, und Kreistreffen vom 21. bis 22. September.

Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de. Auf Ihre Anmeldung hin wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreiskommunität am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, beziehungsweise im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger elektronischer Anmeldung und Nennung des Wunsches möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen. *Evelyn v. Borries*



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. **Geschäftsstelle:** Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus: 68. Rastenburg Hauptkreistreffen mit folgendem Programm:

Sonabend, 10. August, 9.30 Uhr, Hotel Kaiserhof: Abfahrt mit dem Bus zum Friedhof. 10 Uhr, Friedhof in Wesel an der „Trauern-Vesalia“, Caspar-Baur-Straße: Kranzniederlegung. 10.30 Uhr, Ehrenmal, Schillerkasernen: Kranzniederlegung. 15 Uhr, Hotel Kaiserhof: geselliges Beisammensein.

Sonntag, 11. August, 9.30 Uhr, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 821: Evangelischer Gottesdienst. 10 Uhr, Kirche Herz-Jesu, In der Feldmark: Katholischer Gottesdienst. 11 Uhr, Bürger-Schützenhaus zu Wesel: Hauptkreistreffen mit Mittagsangebot. Das Hauptkreistreffen hat folgende Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenheit und Genehmigung des Protokolls des Vorjahres, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2015, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bild-

band, 9. Rastenburg Treffen 2024/25, 10. Verschiedenes – Anträge oder Vorschläge sind bis zum 6. August einzureichen. 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.



Kreisvertreter (kommiss.):

Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Kreistreffen

Bassum – Wochenende, 7. und 8. September, Amtsfreiheit 1, Vorwerk der Freudenburg: Kreistreffen. Derweil findet auch das Kirchspieltreffen Allenburg mit der Mitgliederversammlung des Vereins „Allenburger Kirche“ e.V. statt. Sonabend, 7. September, 13 Uhr: Mitgliederversammlung. Wer am Abendessen für einen Unkostenbeitrag von 10,- Euro teilnehmen möchte, melde sich bitte bis Dienstag, 20. August bei Gerd Gohlke an. 16 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein, 18 Uhr: Abendes-

sen, 19.30 Uhr: Fortsetzung des Hauptkreistreffens.

Sonntag, 8. September, 9 Uhr: Busfahrt nach Syke zum Gedenken am Wehlauer Stein, 10 Uhr, Hoya: Gedenken am Allensteiner Stein und Besuch des Heimatmuseums Grafschaft Hoya mit der Sonderausstellung „Von Ihr zum Wir“,

Aus für Museum und Verein

Bad Zwischenahn – Heimatvertriebene aus den ostdeutschen Gebieten haben mit viel Liebe und Hingabe in den Räumen eines kleinen Wohnhauses mit großem Garten in Bad Zwischenahn eine „Ostdeutsche Heimatstube“ gegründet, gleichzeitig auch einen „Verein zur Pflege und Bewahrung ostdeutschen Kulturgutes“. Jede Provinz im Anschauungs- und Erinnerungsort wurde mit Exponaten, die teilweise mit auf die Flucht/Vertreibung mitgenommen worden waren, Kartenmaterial und geschichtlichen Informationen bedacht. Um auch jüngere Besucher anzusprechen, wurde die gesamte Sammlung unter wissenschaftlichen Aspek-

ten neugestaltet und 2012 in „Museum für ostdeutsche Kulturgutgeschichte“ umbenannt. Fest im Programm verankert waren interessante Ausstellungen, vielseitige Vorträge und jährliche Sommerfeste.

Mehrere Gründe haben nun dazu geführt, dass dieses Museum geschlossen und der Verein aufgelöst wurde: Altersbedingter Mitgliederschwund, ausbleibende Besucher, schwierige Finanzlage, kein neuer Betreiber und nicht zuletzt aus Gründen des Zeitgeistes. Es fühlt sich fast wie eine zweite Vertreibung an. Somit geht ein Stück Erinnerungskultur verloren!

Regine Mentz-Weiss

Ostpreußisches Landesmuseum

Grenzübergreifender Kulturaustausch – deutschbaltische Sammlungsstücke des Ostpreußischen Landesmuseums kehren an ihren Ursprungsort in das Schloss Alatskivi nach Estland zurück.

Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und die Stiftung des Schlosses Alatskivi in Estland setzen ihre bewährte Kooperation fort. Mehrere Objekte der Lüneburger – Möbel, Silber und Porzellan – aus dem Sammlungsbestand der deutschbaltischen Familie von Nolcken/von Münich wurden diesen Sommer als Dauerleihgabe nach Estland verbracht.

Das malerische Schloss Alatskivi, im 19. Jahrhundert von Baron Arved von Nolcken nach dem Vorbild des schottischen Königsschlosses Balmoral gebaut, ist eines der beliebtesten Reiseziele des Landes mit rund 30.000 Besuchenden im Jahr. Es liegt im Osten in der Nähe des Peipussees, nur knapp 30 Kilometer von der Lüneburger Partnerstadt Tartu entfernt, der diesjährigen europäischen Kulturhauptstadt.

Seit vielen Jahren pflegt das Museum seinen Auftrag, den grenzüberschreitenden Kulturaustausch mit seinen Partnern im Baltikum (und in der Republik Polen) aktiv zu gestalten und die Lüneburger Sammlungsbestände zu Ausstellungszwecken auch an ihren ursprünglichen Verwendungsort zu verbringen – ein lebendiger Kulturdialog, der eindringlich das gemeinsame, europäische Kulturerbe verdeutlicht.

Schon 2018 erfolgte eine erste langfristige Ausleihe von Möbeln nach Alatskivi, die nachweislich



Lehnstuhl mit dem typischen Nolcken-Muster Foto: OL

Zum Hintergrund: Durch die Jahrzehnte sowjetischer Herrschaft hat sich nahezu kein originales Inventar in den Herrenhäusern Estlands und Lettlands erhalten. Umso bedeutsamer sind nun die Leihgaben aus Deutschland. Da die Familie von Nolcken angesichts der Unruhen des sowjetischen Bürgerkriegs und dem Ende der deutschbaltischen Privilegien nach dem Ersten Weltkrieg ihre baltische Heimat verließen und sich mitsamt wichtiger Stücke des originalen Schlossinventars in Bayern niederließen, konnte dank glücklicher Umstände ein wesentlicher Teil der früheren Ausstattung für die Museumsammlung und damit für Forschung und Öffentlichkeit gerettet werden. Sie bildet einen wichtigen Kern der in Lüneburg präsentierten Deutschbaltischen Abteilung, in der jedoch nur der geringere Teil des Gesamtbestandes gezeigt werden kann.

In Estland wurden bereits weitere zukünftige Projekte diskutiert. Dazu gehören die Ausleihe und Restaurierung der in Lüneburg aufbewahrten gemalten Supraporten, kleine Kinderfiguren (Putten), die einst über den Türdurchgängen der Enfilade des Schlosses hingen. Das nächste Kooperationsprojekt findet bereits im Oktober statt. Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms zur europäischen Kulturhauptstadt Tartu 2024, wird sich die Deutschbaltische Abteilung des Museums – übrigens als eine der wenigen Kulturinstitutionen Deutschlands – am „Festival of Lights“ in Alatskivi beteiligen.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

KÖNIGSBERG I

Ein Leuchtturm der Mathematik-Genies

Absolventen der Albertus-Universität galten als die Mathe-Elite ihrer Zeit, aus der sich wahre Meister des Faches bildeten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lange Zeit fristete die Mathematik an der 1544 gegründeten Albertus-Universität von Königsberg ein eher tristes Schattendasein. Das änderte sich erst 1810, als der begnadete Naturwissenschaftler Friedrich Wilhelm Bessel auf Anregung des preußischen Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt nach Königsberg kam, wo er nicht nur die Sternwarte aufbaute, sondern auch als angewandter Mathematiker von sich reden machte – so beispielsweise durch seine genaue Berechnung der Erdfigur, welche bis zum Aufkommen der Satellitengeodäsie Gültigkeit hatte.

Ihm zur Seite stand ab 1826 Carl Gustav Jacob Jacobi, der in Königsberg ein eigenständiges mathematisch-physikalisches Seminar einrichtete und damit die Ausbildung an der Albertus-Universität reformierte. Bessel und Jacobi hielten beide bis 1843 beziehungsweise 1844 mathematische Vorlesungen, deren Hörer später vielfach zur Elite ihres Faches zählten, weshalb man dann auch bewundernd von der „Königsberger Schule der Mathematik“ sprach. Prominente Angehörige derselben waren unter anderem die gebürtigen Königsberger Friedrich Julius Richelot, Otto Hesse und Johann Georg Rosenhain. Ersterer studierte bis 1831 bei Bessel und Jacobi und avancierte dann 1843 zum Nachfolger von Jacobi. Ebenfalls eine Mathematik-Professur in Königsberg erhielt 1857 der Spezialist für Integralrechnung Rosenhain, nachdem er wegen seiner Beteiligung an der Revolution von 1848 einige Jahre im Ausland verbracht hatte.

Als weitere besonders begabte Schüler des Duos Bessel-Jacobi gelten Karl Wilhelm Borchardt, der zweite Herausgeber des 1826 gegründeten und noch heute existierenden „Journals für die reine und angewandte Mathematik“, der Experte für Kugelflächenfunktionen, Summenfol-



Mathematik-Größen wie Hermann Minkowski oder sein Schüler David Hilbert lehrten und studierten an der Universität Königsberg. Vom Letztgenannten war kein Geringerer als Albert Einstein Schüler
Fotos: Wikipedia; Bildarchiv Ostpreußen

gen und Kettenbrüche Eduard Heine sowie Philipp Ludwig Ritter von Seidel, dem die Mitentwicklung des Gauß-Seidel-Verfahrens zur näherungsweisen Lösung von linearen Gleichungssystemen gelang. Aufgrund ihrer fachlichen Exzellenz wurden diese Mathematiker in mehrere Akademien der Wissenschaften in Deutschland sowie die Pariser Académie des Sciences und die Russische Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg berufen.

Vordenker der Quantenmechanik und Potentialtheorie

Der Bessel-Jacobi-Schüler Hesse, der zwischen 1840 und 1855 an der Albertus-Universität dozierte und sich mit Analyti-

scher Geometrie und Determinanten befasste, hatte seinerseits etliche prominente Schüler wie Alfred Clebsch und Carl Gottfried Neumann, die ebenfalls beide aus Königsberg stammten und zu den Vordenkern der Quantenmechanik beziehungsweise der Analytischen Mechanik und Potentialtheorie gehörten.

Clebsch, der ab 1868 in Göttingen lehrte, inspirierte dann wiederum Ferdinand Ritter von Lindemann. Diesem gelang 1882 der Beweis für die Unmöglichkeit der Quadratur des Kreises, die zu den klassischen Problemen der Geometrie zählte. Von 1883 bis 1893 bekleidete von Lindemann eine Mathematik-Professur in Königsberg, wobei er diese erst annahm,

als ihm die Universitätsleitung gestattete, seinen hochtalentierten Kollegen Adolf Hurwitz einzustellen. Der jüdische Wissenschaftler hatte aufgrund seiner Herkunft Schwierigkeiten, einen Universitätsposten zu bekommen. Hurwitz beschäftigte sich vor allem mit der Zahlen- und Funktionentheorie und formulierte mehrere nach ihm benannte Formeln oder Sätze wie das Hurwitz-Theorem über Quadratsummen. Arbeiten, die aus dem Jahre 1907 stammen.

Albert Einstein als späterer Schüler von Hermann Minkowski

Zu den genialen Mathematikern, deren wissenschaftliche Laufbahn untrennbar

mit Königsberg verbunden war, zählten des Weiteren David Hilbert und Hermann Minkowski. Letzterer entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie, die 1872 aus dem Russischen Reich nach Königsberg emigriert war. Er studierte ab 1880 an der dortigen Universität und promovierte 1885 bei von Lindemann. Minkowski lehrte ab 1895 am Polytechnikum in Zürich, wo Albert Einstein zu seinen Schülern zählte. Dieser verwendete die richtungsweisenden Ideen Minkowskis, der 1909 im Alter von nur 44 Jahren an einem Blinddarmdurchbruch starb, zum vierdimensionalen Raum-Zeit-Kontinuum später in seiner Allgemeinen Relativitätstheorie.

23 ungelöste Mathe-Probleme – acht sind bis heute rätselhaft

Der gebürtige Königsberger Hilbert wiederum gilt als ein noch bedeutenderer Mathematiker als Minkowski, mit dem er gemeinsam studierte. Hilbert übernahm 1893 von Lindemanns Lehrstuhl an der Albertus-Universität und hatte diesen bis 1895 inne. Dann wechselte er auf Betreiben des preußischen Kultusministeriums nach Göttingen. Hilbert erstellte im Jahre 1900 eine spektakuläre Liste von 23 ungelösten Problemen der Mathematik, die ganze Generationen seiner Fachkollegen inspirierte. Acht der Probleme blieben bis heute ungelöst.

Der Umstand, dass derart viele berühmte Mathematiker des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nicht nur in Königsberg studiert oder dort eine Professur bekleidet hatten, sondern auch direkt aus der Stadt am Pregel stammten, bewog den Wissenschaftshistoriker und Mathematiker Felix Klein im Jahre 1926 zu der Feststellung, dass „die ostpreußische Rasse mit besonderer Begabung in der Richtung unserer Wissenschaft gesegnet zu sein scheint“. Bei der großen Anzahl an mathematischen Genies drängt sich diese Schlussfolgerung tatsächlich auf.

KÖNIGSBERG II

Die Albertina hat fränkische Wurzeln

Die spätere Wirkungsstätte Kants wurde von einem Ansbacher gegründet – dem Deutschen Orden sei Dank

Vollkommen zu Recht wird dieses Jahr der 300. Geburtstag von Immanuel Kant, dem größten Philosophen der Neuzeit, gefeiert. Am 22. April 1724 wurde er in Königsberg in Preußen geboren und verstarb dort 1804.

Doch wo hätte Kant wirken können, wenn es die Königsberger Universität nicht gegeben hätte? Die Wirkstätte dieses Philosophen hat einen direkten Bezug nach Franken, um genau zu sein, nach Gunzenhausen und Ansbach. Denn es war der gebürtige Ansbacher Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490 - 1568), der die Königsberger Universität im Jahre 1544 gründete – fortan sollte diese Universität nach ihm benannt sein: Albertinus-Universität oder schlicht: Albertina.

Wie kam jedoch es dazu, dass ein Ansbacher, im fernen Preußenland eine Universität gründete? Hierbei spielte einer der wohl bedeutendsten Bürger von Gunzenhausen eine wesentliche Rolle: Andreas Osiander.

Schon zeitig war Osiander ein glühender Verfechter von Luthers Thesen. Osiander war nicht nur Anhänger Luthers, es entwickelte sich auch eine enge und vertraute Beziehung zwischen den beiden

Theologen. Im Sinne der lutherischen Reformen hielt Osiander in der Lorenzkirche in Nürnberg seine Predigten, denen auch der Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach beiwohnte. Er war sehr von Luthers Lehre und Osianders Predigten angetan und suchte das persönliche Gespräch mit Osiander. Schließlich empfahl Osiander dem Markgrafen, doch direkten Kontakt mit Luther aufzunehmen, was auch geschah.

Zwischenzeitlich zeigte das Schicksal wieder seine Macht, denn der Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach wurde zum Hochmeister des Deutschen Ordens ernannt.

Missionieren mit dem Schwert

Die Gründung des Deutschen Ordens erfolgte im Heiligen Land zur Zeit der Kreuzzüge. Nach dem Ende der Kreuzzüge verschrieb sich der Orden der Christianisierung der europäischen Ostgebiete, die in großen Teilen heidnisch waren. Um seinen Machtanspruch zu sichern, baute der Orden viele Burgen. Der Orden ging nicht gerade zimperlich mit der heidnischen Bevölkerung um, und so manches Bekenntnis zum Christentum erfolgte mit Gewalt und durch das Schwert. Als der



Albrecht von Brandenburg-Ansbach als Hochmeister des Deutschen Ordens gründete 1544 die Königsberger Universität Albertina
Foto: Wikipedia; Bildarchiv Ostpreußen

junge Albrecht das Amt des Hochmeisters übernahm, war die Blütezeit des Deutschen Ordens am schwinden. Verfallerscheinungen machten sich breit. Und so riet Luther dem jungen Albrecht, den Orden zu säkularisieren und sich zugleich mit seinem Schwiegervater, dem polnischen König, ins Benehmen zu setzen. In kurzen Worten: Der Orden wurde säkula-



riert und das Ordensgebiet dem Hochmeister Albrecht als Lehen zugesprochen. So kam es zur Gründung des Herzogtums Preußen. Albrecht trug fortan nicht mehr den Titel Markgraf und auch nicht mehr den Titel Hochmeister, sondern wurde Herzog in Preußen. Dank seiner profunden Bildung und Weitsicht kam es zu einer rasanten wirtschaftlichen und kultu-

rellen Entwicklung in dem neugeschaffenen Herzogtum.

Herzog Albrecht war in seiner neuen Heimat Preußen nicht allein. Andreas Osiander wurde sein Weggefährte und begleitete ihn nach Königsberg. Auch der älteste Sohn Luthers, Johannes Luther, wechselte nach Königsberg. Sowohl Johannes Luther wie auch Andreas Osiander blieben dort bis zu ihrem Lebensende.

Es ist anzunehmen, dass die Gründung einer Universität in Königsberg aufgrund der vielen Gespräche und dem Austausch von Gedanken der großen Denker – Luther – Osiander – Albrecht von Brandenburg-Ansbach – entsprang. So kam es, dass 1544 durch einen Ansbacher im Verbund mit einem Gunzenhäuser die Königsberger Universität gegründet wurde, an der zweihundert Jahre später Immanuel Kant einmal lehren sollte.

Bemerkenswert ist der Wortlaut von Herzog Albrechts Aufruf zur Gründung der Königsberger Universität am 20. Juli 1544, die ihn, bereits vor 480 Jahren, als einen weitsichtigen, visionären Europäer ausweist: „Wir hoffen, daß unsre Akademie auch den zahlreichen großen Völkern, die in Ost und West an Preußen grenzen, Nutzen bringen wird!“
Ralf Loos

OSTMODERNE

Spektakuläre Bauformen ermöglicht

Ulrich Mütter, ein „Landbaumeister“, dessen Schalenbauwerke zur „Architektonischen Moderne“ gehören

VON TORSTEN SEEGERT

Wer über ihn schreibt, hat es nicht leicht, denn es gibt die Ehrfurcht vor seinem Lebenswerk, das Klischee und die Person Ulrich Mütter. Rundherum reihen sich Geschichten, Episoden und Anekdoten. Manche sind persönlich verklärt, andere von trockenem Humor. Die Eleganz seiner Bauten ist bestechend schön. Die Faszination, wie der Binzer mit seinen „pommerschen Bauernsöhnen“ und „russischem Karnickeldraht“ in den letzten 40 Jahren Ost und West verzauberte.

Entstanden sind dabei über 50 Hyparschalen. Noch heute überspannen sie Großgaststätten, Schwimmbäder, Planetarien, Kirchen oder Moscheen. Ulrich Mütter wurde durch sie zur Legende und zur frühzeitigen Devisenquelle der DDR. Dem parteilosen „Aushängeschild“ für die Nachkriegs-Moderne machte es der Sozialismus nicht gerade leicht.

Meilenstein gesetzt

Nachdem Ulrich Mütter das direkte Abitur und Studium versagt wurde, erlernte er den Beruf des Zimmermanns. Dann ging Ulrich Mütter an die Ingenieurschule für Bauwesen in Alt-Strelitz. Hier begann er sein Studium zum Bauingenieur. Vier Jahre Praxis folgten im Kraftwerksbau in Berlin. Sein Fernstudium an der TU Dresden krönte Ulrich Mütter 1963 mit einer Diplomarbeit, die gleichzeitig einen Meilenstein setzte. Es entstand Mütters erste Hyparschale, die einen Mehrzwecksaal in Binz überspannte, das war zugleich die Erste, die in der DDR gebaut wurde.

Junger Visionär

Zu diesem Zeitpunkt war der begnadete Konstrukteur 29 Jahre alt und führte bereits seinen eigenen Betrieb. Die Baufirma, die 1922 durch den Vater Willy Mütter gegründet wurde, steuerte Ulrich Mütter dabei geschickt durch den Sozialismus. 1953 bei der „Aktion Rose“ enteignet, wird sie nach dem 17. Juni wieder zurückgegeben und firmiert 1960 zur Produktionsgenossenschaft des Handwerks (PGH), dann 1972 zum Volkseigenen Be-



Ufo in den Dünen: Die ehemalige Seenot-Rettungsstation in Binz auf Rügen. Die Schalenkonstruktion wurde im Jahr 1968 errichtet. Seit 2006 ist dort die Außenstelle des Binzer Standesamts untergebracht und ist somit ein beliebter Ort für Trauungen, dazu mit komplettem Rundumblick

Foto: Torsten Seegert

trieb (VEB). 1990 entsteht aus ihr die Mütter GmbH Spezialbetonbau. Bis 1999 sind bei ihr über 100 Mitarbeiter in Lohn und Brot.

International anerkannt

Doch zurück zum Ingenieur Ulrich Mütter. Fachlich steht der Schalenbauer in der Tradition von Franz Dirschinger. Zu seinen ersten großen Bauten zählen der „Teepott“ in Warnemünde, das „Cosmos“ in Rostock und die „Ostseeperle“ in Glowe auf der Insel Rügen. Es folgt eine Berufung in den Arbeitsausschuss Schalentragwerke der Kammer der Technik der DDR und die nun mögliche Mitarbeit in der IASS (International Association for Shell and Spatial Structures). Damit verbunden sind erste Veröffentlichungen im IASS-Bulletin Madrid und die Teilnahme an Vorträgen im In- und Ausland.

Die internationale Zusammenarbeit und die gesammelten Erfahrungen führen zur Weiterentwicklung des Betonspritzverfahrens: 1972 wird in Oberhof der erste

Bau einer künstlich gekühlten Rennschlitten- und Bobbahn möglich. Der Beton wird dabei direkt auf eine feinmaschige Drahtgewebe-Bewehrung aufgespritzt. Vorteil: Geometrisch schwierige Membranschalen können schalungslos hergestellt werden. Nach parallelen Bauvorhaben, wie dem „Ahornblatt“ in Berlin oder dem Ruderzentrum in Dresden, kam es nun auch zur Zusammenarbeit mit Jenoptik. So entstanden beispielsweise Planetarien in Tripolis, Wolfsburg, Kuwait und Helsinki.

Einzigartige Bautechnik

1997 stellte Ulrich Mütter seine Bauwerke im Rahmen der Ausstellung über Ingenieurkunst des 20. Jahrhunderts im Pariser Centre Pompidou aus. Das britische Design-Magazin „Wallpaper“ kürte ihn zur „Persönlichkeit ‘99“. Ulrich Mütter wurde am 21. Juli 1934 in Binz geboren und verstarb dort am 21. August 2007. Mit ihm ist einer der letzten großen Rügäner aus dieser Welt getreten.

Auch caritativ tätig

Nachdem sein einziger Sohn Christian, der als Arzt an der Universität Greifswald tätig war, kurz nach dem Mauerfall verstarb, begann Ulrich Mütter sich auch verstärkt sozial zu engagieren. Seit 1990 wird die „Christian-Mütter-Gedächtnisfahrt“ mit bis zu 20 Traditionsseglern organisiert. Auf ihnen verleben jährlich etwa 200 Kinder erlebnisreiche Tage auf See. Seit 1995 gibt es die Christian-Mütter-Stiftung „Segeln mit asthmakranken Kindern“. Dazu passt sein persönliches Motto: „Pommersche Bauernsöhne arbeiten – und reden nicht viel“. Seine durch Fleiß und Kreativität erzielten Leistungen haben Maßstäbe gesetzt.

Im September 2024 wird im Ostseebad Binz eine Dauerausstellung mit dem Arbeitstitel „Mütter Foyer“ eröffnet. Neben Modellen der Betonbauten, werden unter anderem Muster seiner Werke, Plakate, Werbeblätter, Fotos sowie Filme zu sehen sein.

GARTENBAUKUNST

Ausflugsziel: Sehenswerte Themengärten

In der weiten Landschaft Hinterpommerns entstand eine vielseitige grüne, blühende Oase

Kordeshagen [Dobrzyca] liegt zwischen Kolberg und Köslin an dem Flüsschen Wonne, das östlich von Kolberg in die Ostsee fließt. Es war einst ein Gutsdorf und altes Lehen der Familie von Kameke. 1340 wird als Besitzer Kurd von Kameke genannt. Das Kirchdorf gehörte später zum Kirchenkreis Köslin im Ostsprenkel der Kirchenprovinz Pommern und somit zur Kirche der Altpreußischen Union. Das Kirchenpatronat oblag den Gutsbesitzern. Im Jahre 1940 gehörten ungefähr 2300 Gemeindeglieder dazu. Die deutsche Bevölkerung wurde von 1945 bis 1947 vertrieben. Die Dorfkirche blieb erhalten, sie gehört heute zur katholischen Gemeinde St. Trinitatis.

1992 begann man in dem hinterpommerschen Dorf mit der Anlage von Themengärten, genannt „Hortulus Dobrzyca“. Im Jahr 2014 gab es bereits 28 Gärten zu verschiedenen Themen. Es gibt dort zwei Themenkomplexe: „Thematische Gärten“ und „Spectabilis-Gärten“.



Einblick in den Themengarten: Das Buchenhainlabyrinth besteht aus 2 Meter hohen Hecken. Von dem Aussichtsturm hat man bei klarer Sicht einen Ausblick bis zur Ostsee

Die beiden Bereiche liegen 2 Kilometer auseinander, getrennt durch das Gelände der Zierpflanzengärtnerei. Inspiriert sind die Gärten von der Kultur verschiede-

ner Nationen aus der ganzen Welt. Einen Mittelmeergarten im Stil des Architekten Antoni Gaudí sieht man genauso wie Naturlandschaften, wie sie in Wäl-

dern, im Gebirge und am Wasser vorkommen.

Den Besucher erwartet eine bunte Pflanzenvielfalt vom Frühjahr bis in den Herbst hinein. Der Duft von Kräutern im Kräutergarten oder des Rosariums im englischen Stil verzaubern, dazu ein unglaublicher Farbenrausch, jahreszeitlich bedingt, ziehen die Besucher in den Bann. Brücken, Pergolen, Spaliere, Brunnen und Skulpturen ergänzen. Auch für Kinder wird einiges geboten. Eine unglaubliche Vielfalt wird auf dem großzügigen Gelände gezeigt. Dazu gehört das wohl größte Hainbuchenlabyrinth Europas, an anderer Stelle wird sogar weltweit gesagt. In der Mitte des Labyrinths steht ein Aussichtsturm. Verschiedene Gastronomiebetriebe, das Gartencenter mit dem Gartenmarkt und der Galerie und ein Souvenirladen versprechen neben den verschiedenen Gärten einen interessanten Besuch.

Brigitte Stramm

MELDUNGEN

Tall Ships, Marathon und Strandexpress

Stettin – Vom 2. bis 5. August wird die Odermetropole wieder zur Stadt der Superlative. Während die größte Windjammer-Regatta „Tall-Ships-Races“ zum „Schiffe gucken“ einlädt, bietet sich ein besonderer Blick über die Dächer der Stadt vom 55 Meter hohen Riesenrad auf der Lastadie. TS

Barth – Am 10. August lädt der Barther Posaunenchor im Rahmen der Sommerkonzerte zum Bläserkonzert „Abendlieder“ mit Landesposaunenwart Martin Huss in die St.-Marien-Kirche ein. Es musizieren Bläserinnen und Bläser aus Barth und Pommern. Eintritt: 10,- EUR. TS

Wollin – Am letzten Freitag wurde in die Georgenkirche zu einer „Musikalischen Reise auf den Spuren der pommerschen Geschichte“ mit Werken von Bach bis Haydn eingeladen. Veranstalter wurde die Zeitreise durch das Institut Barnim Grüneberg und die Baumstiftung aus Stettin. TS

Loitz – In der Stadt an der Peene hat sich seit 2014 der Kulturkonsum des örtlichen Heimatvereins mit Veranstaltungen etabliert. Am 27./28. Juli wird wieder zum Kunst- und Sockenmarkt (10-17 Uhr) eingeladen, am 31. Juli gibt es „Kaffee up Platt“ (14.30 Uhr) mit Antje Köpnick. TS

Kolberg – Eine Wasserwanderung mit Kajaks auf der Persante endete am 17. Juli unweit des Rittergutes Pustar mit Schrecken. 7 Wassersportler, darunter 3 Kinder, fielen gegen 14 Uhr in den Fluss. Zum Glück konnten sie sich noch vor Eintreffen von Hilfe aus eigener Kraft an Land retten. TS

Stralsund – Startklar zum 14. Rügenbrücken-Marathon am 12. Oktober. Die Anmeldephase 2 für das größte Laufereignis in Vorpommern beginnt am 20. Juli und endet am 30. September. Die Teilnahme ist auf Strecken von 42 km (Marathon), 21 km (Halbmarathon), 10 und 6 km ab den Mahnesken Wiesen möglich. TS

Köslin – In Hinterpommern werden 3 neue Rettungsstellen aufgebaut. Neben Dramburg und Pyritz soll eine der Stellen für den Notdienst mit Krankenwagen in Köslin – in unmittelbarer Nähe zur Rettungswache der Feuerwehr – mit Sozial-, Ruhe- und Sanitärräumen entstehen. TS

Binz – Der Strandexpress Nr. 1 – ein historischer Zug der Deutschen Reichsbahn (DR) rollt am 24. Juli und 24. August von Potsdam, Berlin Gesundbrunnen und Berlin Wannsee auf die Insel Rügen. Gezogen von einer E-Lok (DR-Baureihe 250) aus Hennigsdorf kann die Fahrt in der 1. und 2. Klasse erfolgen. Preis: ab 69,- EUR TS

Stralsund – Die Arbeitsgemeinschaft Historische Städte tagte am 18. und 19. Juli in Stralsund. Aus Anlass der aktuellen Wiedereröffnung des Deutschen Meeresmuseums begann die Sitzung mit einer Führung durch das Katharinenkloster. Dabei zeigten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen beeindruckt von den Sanierungs- und Umbauarbeiten zur Reattraktivierung des Meeresmuseums. Stationen beim anschließenden Stadtrundgang waren das Quartier 33, die Baustelle Am Fischmarkt 13, der Hansakai, die Gorch Fock und der neugestaltete Fischmarkt. Hansestadt Stralsund

„Ich bete, dass Trump wieder Präsident wird“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Der Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sagte schon der Militärhistoriker Clausewitz. Was den Ukrainekrieg betrifft, wird dies jetzt wieder einmal bestätigt“

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau
zum Thema: „Hohe Ausgaben für Atomwaffen“ (Nr. 27)



Ausgabe Nr. 28

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

HOFFNUNG AUF BESSERE ZEITEN?

ZU: DAS ATTENTAT AUF TRUMP WIRD ZUM „TODESSCHUSS FÜR BIDEN“ (NR. 29)

Ich bete und hoffe, dass Trump wieder Präsident wird. Warum? Nicht etwa, weil ich ein großer Freund des „American Way of Life“ wäre. Sondern weil ich hoffe, dass die Kriegsgefahr zurückgefahren wird, die Vernunft wieder in die Weltpolitik einkehrt. Und ich hoffe, dass der Wandel in Amerika auch hier Einfluss gewinnt, der den bunten Schwachsinn der woken Zukunftszerstörer endgültig beendet und nachhaltig ächtet. *Chris Benthé, Dresden*

EIN IKONISCHES BILD MIT FALSCHER ERZÄHLUNG

ZU: DAS ATTENTAT AUF TRUMP WIRD ZUM „TODESSCHUSS FÜR BIDEN“ (NR. 29)

In der oben genannten Ausgabe verweisen Sie in Bezug auf das „ikonische“ Foto nach dem Anschlag auf den US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump auf mehrere weitere ikonischen Bilder, also Fotos, die ohne weitere Erklärung oder weitere „In-Bezug-Setzung“ für sich sprechen. Darunter nennen Sie auch das Bild des sogenannten Napalm-Mädchens, welches im Laufe des Vietnamkrieges im Jahr 1972 entstanden ist. Laut Ihrer Beschreibung soll es ein vietnamesisches Mädchen zeigen, deren Haut bei einem US-amerikanischen Angriff verbrannt sei. Dieser Kontext, der wohl – eben wegen der Ikonisierung und des dann erfolgten „Framings“ – allgemein als richtig wahrgenommen wird, entspricht aber eben nicht der Wahrheit.

Das Foto entstand als Folge eines (insoweit versehentlichen) Napalm-Angriffs der südvietnamesischen Luftwaffe auf das südvietnamesische Dorf des Mädchens (sogenanntes „friendly fire“). Nach dem Angriff flohen sowohl das Mädchen als auch ihre Geschwister sowie die Großmutter mit dem toten Enkel auf dem Arm

(was aber nie so wirklich interessierte ...) vor dem Brand aus Richtung des Dorfes kommend, hin zu einer mehr oder weniger zufällig sich dort aufhaltenden Gruppe US-amerikanischer Reporter, die jedoch üblicherweise ebenfalls uniform-ähnliche Kleidung trugen. US-amerikanische Kampftruppen waren zu keiner Zeit am Ort des Geschehens. Die US-Reporter (Associated Press und andere Agenturen) machten – wohl mit dem Gespür für den richtigen Augenblick – zuerst die Fotos, bevor sie dann die geflüchteten Personen versorgten. Der Fotograf, der genau dieses allseits bekannte Bild einfing, war Nick Út. Das Foto wurde danach mehrfach „beschnitten“, im Laufe der Jahre auch verändert, „geframt“ und dem jeweiligen Kontext beziehungsweise dem gewollten – in der Regel anti-amerikanischen – Zweck angepasst.

Laut dem Historiker Gerhard Paul sei das stark zurechtgeschchnittene und ausschließlich auf das Mädchen fokussierte Bild zum Beispiel von dem Chefhistoriker des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Guido Knopp in diesem falschen Kontext beschrieben worden. Auch von Printmedien, wie der „Frankfurter Rundschau“ sei noch im Jahre 2003 das Bild mit einer falschen Beschreibung versehen worden. So sei dort behauptet worden, dass das Mädchen Opfer eines Napalm-Angriffs der USA geworden sei (siehe auch: Gerhard Paul, „Bildermacht“, Wallstein-Verlag).

Ansonsten empfinde ich als langjähriger Abonnent Ihre Wochenzeitung erfrischend anders im sonst so tristen „Medieneinerlei“.

Klaus Heitmann, Roth/Mittelfranken

GEKONNTE MANIPULATION AUF EINER NEUEN EBENE

ZU: WIE MAN DIE MASSES GESCHICKT HINTERS LICHT FÜHRT (NR. 28)

Ich möchte hier nur die DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, die Frau, die es voraussah, zitieren und ihre prophetischen Worte von vor über dreißig Jahren

wiedergeben. Sie sagte etwas, was ich nie vergessen werde: „Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi. Auch das ständige Lügen wird wiederkommen, die Desinformation, der Nebel, in dem alles seine Kontur verliert.“ An diese Sätze denke ich oft und ich würde nur noch das Wort Denunziant hinzufügen. *Detlef Seehaus, Wiesbaden*

UNVERDIENTE EHREN?

ZU: AUF AUGENHÖHE MIT EINER RÄTSELHAFTEN KANZLERIN (NR. 28)

Es gibt in dieser Zeit auch noch gute Nachrichten: Die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht in diesem Jahr nicht die Richard-Wagner-Festspiele in Bayreuth. Gründe für ihre Absage hat Merkels Büro nicht genannt. Hegt Merkel etwa die Befürchtung, dass ihr zur Festspieleröffnung am Grünen Hügel nicht mehr wie in den Vorjahren gehuldigt, sondern dass sie als Wegbereiterin von Links-Grün ausgepöft oder sogar mit roten und grünen Tomaten beworfen wird? Denn mittlerweile ist bis in die Mitte der Gesellschaft durchgedrungen, wem wir die Malaise, in der dieses Land in vielen elementaren Bereichen steckt, hauptsächlich zu verdanken haben. Die Historiker werden über ihre „Nicht-Politik“ zu

gegebener Zeit ein vernichtendes Urteil fällen. Der Chefredakteur einer großen Tageszeitung hat ihnen bereits vorgegriffen, indem er Merkel als „Horror-Kanzlerin“ bezeichnete. Merkel war eine Kanzlerin ohne Leistungen. Ihr kam zugute, dass im Verlauf ihrer Amtszeiten nichts hinterfragt wurde. „Sie kennen mich“, lautete ihr einziges politisches Credo.

Viele Menschen haben sie erst nach ihrem Abgang richtig kennengelernt. Trotz des Stimmenverfalls bei der Regierungskoalition kommt die Union kaum über die 30-Prozent-Marke hinaus, was für sie historisch betrachtet ein schlechtes Ergebnis ist. Der Grund liegt für mich auf der Hand. Solange man Merkel nicht aus der Partei ausschließt oder sich wenigstens von ihr „emanzipiert“, wie sie selbst es einst von der Union in Richtung Helmut Kohl forderte, sondern sie auch mit Verdienstorden würdigt und ihr Ehrenmitgliedschaften anträgt sowie darüber hinaus sich drei potenzielle Kanzlerkandidaten der Union sogar als echte „Merkelianer“ brüsten, werden von der Union enttäuschte Wähler nicht zu ihrer ehemaligen Stammpartei zurückkehren.

Alfred Kastner, Weiden

IST ES AN DER ZEIT, DAS LAND ZU VERLASSEN?

ZU: „DAS EISIGE HERZ DER RESPEKTKULTUR“ (NR. 28)

Für gläubige Christen und Juden ist hier kein Platz mehr. Die Unis, insbesondere in Berlin, kann man komplett vergessen. Vereinzelt gibt es aber noch hervorragende Schulen. Ein Gymnasium, hier im Berliner Bezirk Reinickendorf, richtet nach den Sommerferien eine spezielle 11. Klasse ein, die nach drei Jahren zum Abitur führt. Diese Jugendlichen, die hier zum Zuge kommen, werden garantiert eine Spitzenbildung erhalten. Danach, im Sommer 2027, sollten aber auch sie gehen, etwa innerhalb Europas nach Dänemark, Island, die Slowakei, Ungarn und möglicherweise auch in die Niederlande.

Carsten Zöllner, Berlin

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

FRANKREICH

Gold, Silber, Bronze

Nicht nur Paris ist Austragungsort der 33. Olympischen Sommerspiele. Wettkämpfe finden im ganzen Land statt – und darüber hinaus

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die Olympischen Sommerspiele vom 26. Juli bis zum 11. August 2024 sollen nach dem Wunsch des Präsidenten Frankreich über Paris hinaus touristischen Schub geben, indem sich die Sportstätten über die Republik verteilen. Die 33. Olympischen Spiele der Neuzeit finden zum sechsten Mal in Frankreich statt und zum dritten Mal in der französischen Hauptstadt. Paris, der Hauptaustragungsort, muss zwar nicht mehr wachgeküsst werden. Dennoch sollen seine Prachtbauten so oft wie möglich die Kulisse der Spiele bilden.

Die Liste der besonders in Szene gesetzten Orte umfasst den Place de la Concorde, das Rathaus und das Grand Palais, den Invalidendom, den Eiffelturm und das Marsfeld sowie die Brücken Pont d’Iéna und Pont Alexandre III. Allein schon die Eröffnungsfeier am 26. Juli wird in die Olympia-Geschichte eingehen: Erstmals werden die Sportlerinnen und Sportler schwimmend „aufmarschieren“, in einem Konvoi von über 160 Booten auf der Seine vorbei an den Zuschauern an ihrem Ufer und den Wahrzeichen der Stadt.

Die Minimierung des Investitionsbudgets und der CO₂-Auswirkungen zwingt Paris 2024 sinnvollerweise dazu, die Wege kurz zu halten und bestehende Infrastrukturen zu nutzen. Daran fehlt es weder in Paris noch in der Provinz. Viele der Wettkampfstätten besonders in und um Paris sind weltbekannt wie zum Beispiel der Tenniskomplex Roland Garros im 16. Arrondissement, die Multifunktions-Arena Bercy im 12. Arrondissement, das Rugby- und Fußballstadion mit Leichtathletikanlage Stade de France in Saint-Denis, der Golfplatz Golf National in Guyancourt oder das Vélodrome National in Saint-Quentin-en-Yvelines. Nicht zu vergessen das Schloss von Versailles, das die prachtvolle Kulisse zu den Reitwettbewerben liefern wird.

Zum Surfen nach Tahiti

Der Radius der Spiele reicht bis zu den Überseegebieten. Der Fußball wird in den Stadien von Marseille, Bordeaux, Lyon,



Im Zeichen der Ringe: Der Pariser Eiffelturm schmückt sich mit dem Symbol der Olympischen Spiele

Foto: imago/maxppp

Saint-Étienne, Nizza und Nantes – zusammen mit dem Stadion Parc des Princes im 16. Arrondissement von Paris – ausgetragen. Hand- und Basketball finden in Lille statt, der Jachthafen von Marseille wird Austragungsort der Segelwettbewerbe und die besten Surfer des Planeten messen sich in den legendären Wellen von Teahupo’o auf Tahiti.

In diesem Zusammenhang lohnt sich ein kurzer Blick auf die verschiedenen Austragungsorte. Lille (Kernstadt 230.000 Einwohner) unweit der belgischen Grenze trägt den Beinamen Hauptstadt von Flandern und glänzt in der liebevoll restaurierten Altstadt mit flämischer Architektur des 17. Jahrhunderts. Das Kunstmuseum ist das zweitgrößte Frankreichs und das Kunst- und Industriemuseum im Art-déco-Schwimmbad von Roubaix einzigartig.

Im Stadion Pierre-Mauroy von Villeneuve-d’Ascq werden die Handballer

nach der Vorrunde in Paris im Finale um Gold kämpfen und die Basketballer genau umgekehrt hier ihre Vorrunde ausgetragen. Die 2012 eingeweihte hochmoderne Multifunktionsarena hat insgesamt 50.100 Plätze. Im Jahr 2016 war das Stadion Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft.

Davon, dass Nantes (Kernstadt 320.000 Einwohner) einst Hauptstadt der Bretagne war, zeugt der Sitz der alten Herzöge. Als letztes Schloss an der Loire 55 Kilometer vor ihrer Mündung in den Atlantik beherbergt die stark befestigte weitläufige Anlage das Historische Museum der Stadt. Größtes Museum in Westfrankreich ist jedoch das Kunstmuseum.

Das Fußballstadion La Beaujoire mit rund 35.200 Plätzen wurde von dem Architekten Berdje Agopyan entworfen und schon 1984 gebaut. Regelmäßig modernisiert, entspricht es den neuesten Standards. Für die einzigartige Atmosphäre

sorgt das markante Dach, das die Tribünen vollständig überdeckt.

Bordeaux (Kernstadt 260.000 Einwohner), 45 Kilometer vom Atlantik entfernt, ist allen als Weinstadt ein Begriff. Dazu beeindruckt das Stadtzentrum am Ufer der Garonne mit seiner neoklassizistischen Architektur als UNESCO-Weltkulturerbe.

Stadien von Bordeaux bis Nizza

Das 2015 eröffnete spektakuläre Stadion Matmut-Atlantique wurde von dem bekannten Schweizer Architekturbüro Herzog & de Meuron entworfen, das auch für das „Vogelnest“ in Peking und die Allianz Arena in München verantwortlich zeichnet. Der grün eingebettete Multifunktionsbau am Rand von Bordeaux’ Blumen- und Stadtpark bietet bis zu 42.000 Zuschauern Platz.

Lyon (Kernstadt 510.000 Einwohner), das Tor zu den Französischen Alpen, ist

die drittgrößte Stadt und zweitgrößte Metropolregion Frankreichs. Die Altstadt und ein Teil der Halbinsel sind UNESCO-Weltkulturerbe. Als Frankreichs kulinarische Hochburg leuchten hier aber vor allem gastronomische Sterne.

Das vom Architekturbüro Populous entworfene Groupama Stadion in der Nachbargemeinde Décines-Charpieu wurde zur EM 2016 fertiggestellt. Der innovative Mehrzweckkomplex mit 60.000 Sitzplätzen ist Frankreichs drittgrößtes Stadion.

Die Bergbaustadt Saint-Étienne (Kernstadt 170.000 Einwohner) etwa 50 Kilometer südwestlich von Lyon gilt als Zentrum des Designs und ist Frankreichs einziges Mitglied im UNESCO-Netzwerk der Kreativstädte. Sein Museum für Moderne Kunst gehört zu den wichtigsten Sammlungen des Landes.

Das Stadion Geoffroy-Guichard, Heimspielstätte des legendären Fußballvereins AS Saint-Étienne, wurde 1931 im englischen Stil erbaut. Zur EM 2016 renoviert und auf 42.000 Plätze erweitert, hat es seinen ursprünglichen Charakter bewahrt.

Als Kulturhauptstadt Europas 2013 hat Marseille (Kernstadt 870.000 Einwohner), Frankreichs zweitgrößte Stadt, sein kulturelles Angebot unter anderem durch neue Museen stark erhöht. Ebenfalls zur EM 2016 wurde das Stadion von 1937 zur ultravernetzten, umweltfreundlichen Musterarena mit 67.000 Plätzen umgebaut und als erstes französisches Stadion nach ISO 20121 zertifiziert.

Auch Nizza (Kernstadt 350.000 Einwohner), das wegen seiner Lage an der Côte d’Azur schon immer zu Frankreichs attraktivsten Städten zählte, hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich, kulturell und architektonisch stark erneuert. Sein Stadion, ein Mehrzweckkomplex mit 35.000 Plätzen, entstand 2013 unter höchsten Öko-Standards und beherbergt außerdem das Nationale Sportmuseum.

Schon 2030 wird Frankreich erneut Gastgeber der Olympischen Spiele sein, dieses Mal im Winter. Der endgültige Zuschlag ist nur noch Formsache. Er erfolgt zwei Tage vor der Eröffnung der Sommerspiele in Paris.

MENORCA

Neues Welterbe auf den Balearen

Eine Reise zu den prähistorischen Bauten der Talayot-Kultur auf der Mittelmeerinsel, die seit unter dem Schutz der UNESCO stehen

Hart gekämpft und gewonnen. Seit 2009 bemühten sich die Menorquiner darum, die Megalithbauten der Talayot-Kultur von der UNESCO auszeichnen zu lassen. 2023 hat es schließlich geklappt. Das in der Kandidatur in neun Abschnitte unterteilte Gebiet mit 280 Ausgrabungsstätten, in denen die wichtigsten Überreste dieser Kultur zu sehen sind, wurde in Riad zum Weltkulturerbe erklärt. Künftig, so heißt es, will Menorcas Inselrat rund zwei Millionen Euro pro Jahr in den Erhalt des Welterbes stecken.

Die von der Bronze- bis zur Eisenzeit, von 1600 bis 123 v. Chr., auf Menorca heimische Talayot-Kultur hat auf insgesamt 700 Quadratkilometern Fläche, etwa zehn Prozent des gesamten Inselgebiets, über 1500 Fundstätten hinterlassen.

Laut UNESCO handelt sich um eine Gegend, die weltweit eine der höchsten Dichten an prähistorischen archäologischen Stätten in einem bewohnten Gebiet aufweist. Die Bauten sind aus großen

Steinblöcken ohne Mörtel errichtet. Ihre astronomischen Ausrichtungen und visuellen Verbindungen weisen auf kosmologische Bezüge hin.



Hinterlassenschaft aus der Bronze- und Eisenzeit: Megalithbauten auf Menorca

Benannt wurde die Talayot-Kultur nach den Steintürmen gleichen Namens, die über die Insel verstreut sind. Die Talayots, vom katalanischen Wort talaia für

Beobachtungs- und Wachturm abgeleitet, bestehen aus riesigen, zu Türmen aufgestapelten Steinquadern. Daneben hat das prähistorische Kulturvolk zahlreiche Navetas hinterlassen, Grabkammern, wovon die Naveta des Tudons bei Ciutadella zu den bedeutendsten zählt.

Geradezu ein Markenzeichen sind die Taulas. Die T-förmigen Monumente aus mindestens zwei Steinen, einem Pfeiler und einer Deckplatte, findet man nur auf Menorca. Auf der Insel sind Taulas an 30 Standorten bekannt, davon 14 noch in relativ gutem Zustand. Die größte Ähnlichkeit haben sie mit den Menhiren des Göbekli Tepe in der Türkei. Diese wurden jedoch 8000 Jahre früher errichtet und stellen anthropomorphe Figuren dar.

Mehr über Talayots, Navetas und Taulas erfährt man im Museum von Menorca in Maó. Neben einer Sammlung bedeutender Artefakte liefert es umfangreiche Informationen. Dennoch, welchen Zweck die Megalithbauten auf Menorca mit ih-

ren zahlreichen Varianten erfüllten, gibt der Wissenschaft bis heute Rätsel auf.

Mit der UNESCO-Entscheidung hat Spanien nun 50 Welterbestätten, drei davon auf den Balearen: neben der talayotischen Kultur Menorcas die Kulturlandschaft Serra de Tramuntana auf Mallorca sowie die biologische Vielfalt und Kultur auf Ibiza. Hier hat die UNESCO die historische Altstadt der Hauptstadt Eivissa, die Seegrasswiesen, die phönizische Ausgrabungsstätte Sa Caleta und die phönizisch-punische Nekropole Puig des Molins zum Welterbe erklärt.

Auch Mallorca war einst ein Zentrum der Talayot-Kultur, nur sind die Fundstätten dort weitgehend verloren gegangen. Der Abtragung der Felsblöcke zum Zwecke des Ackerbaus, der Verwendung für andere Bauwerke oder der Verarbeitung zur Nutzung beim Eisenbahn- und Straßenbau konnten auf der größten Balearen-Insel nur wenige Monumente entgehen.

H.S.

FÜR SIE GELESEN

Unterhaltsam,
aber ohne Tiefe

Olivia McAfee arbeitet, seitdem sie mit ihrem Sohn Asher ihren jähzornigen und gewalttätigen Mann verlassen hat, als Imkerin in dem kleinen Ort Adams in New Hampshire. Sie ist glücklich mit der Pflege der Bienenstöcke, und ihr mittlerweile erwachsener Sohn ist kurz vor dem Abschluss der Highschool. Er ist besonders glücklich, seit er mit Lily zusammen ist. Nach einer Meinungsverschiedenheit sehen sie sich ein paar Tage nicht.

Als Asher Lily aufsucht, um die Angelegenheit zu klären, findet er sie tot am Ende der Treppe wieder. Er ist untröstlich. Die Polizei glaubt allerdings, dass er Lily etwas angetan haben könnte. Er wird verhaftet und Olivia, die überzeugt von seiner Unschuld ist, beauftragt ihren Bruder, einen Anwalt, mit Ashers Verteidigung. Zweifel tauchen bei ihr auf, als sie in Ashers Zimmer ein in die Wand geschlagenes faustgroßes Loch sieht. Hat Asher eventuell den Jähzorn und die Brutalität seines Vaters geerbt?

Jodi Picoult erzählt in ihrem Roman „Wildhonig“ sehr anschaulich die Arbeit und die Pflege der Bienenstöcke. Im Wechsel erzählen verschiedene Personen ihre Eindrücke. Dabei ist die zeitliche Abfolge etwas verwirrend. Der Roman ist unterhaltsam, erreicht aber keine emotionale Tiefe.

Angela Selke



Jodi Picoult: „Wildhonig“, C. Bertelsmann Verlag, München 2024, Taschenbuch, 558 Seiten, 18 Euro

Leicht und
flüssig zu lesen

Boxhagen, Frühjahr 1848. Fünf Schwestern erben das elterliche Vorwerk mit der Hyazinthenzucht und Gärtnereien, doch ein dunkles Geheimnis überschattet ihr Leben. Die mittlere Schwester Alba hat es schwer, da alle außer der Jüngsten sie schneiden. Sie lebt zurückgezogen, umgeben von ihren geliebten Hyazinthen, als eines Tages der vermeintliche Gärtner Kasimir aus Berlin in ihr Leben tritt. Er gehört einer revolutionären Studentengruppe an. Bei einer ihrer politischen Aktionen gelingt ihm die Flucht vor der Polizei. So gelangt er nach Boxhagen, wo er sich als Gärtner ausgibt und für Alba Sonntags arbeitet. Sie macht ihn mit der Sprache der Blumen vertraut und versorgt ihn mit Literatur. Schließlich verlieben sich die beiden. Bei Straßenkämpfen schließt Alba sich den Studenten und Arbeitern an. Es gibt Verluste, doch die beiden Liebenden finden sich im Gewirr. Das Geheimnis wird gelöst, es kommt zur Liebesheirat und zu neuen Ideen für das stockende Geschäft mit den Hyazinthen.

Rebekka Eders Roman „Hyazinthenschwestern“ hat eine reale Vorlage. Er liest sich leicht und flüssig, inhaltlich rutscht er jedoch allzu sehr ins Triviale ab.

MRK



Rebekka Eder: „Hyazinthenschwestern“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, Taschenbuch, 494 Seiten, 14 Euro

BILDRATGEBER



Baden in freier Natur

Freya Bromley stellt 60 Orte auf der Welt vor, an denen erholsames Schwimmen möglich ist

FOTO: SHUTTERSTOCK

Wildschwimmen heißt die Devise der Londoner Autorin Freya Bromley, seit sie nach einem Trauerfall in der Familie das Bad in freier Natur entdeckt hat. In ihrem gleichnamigen Buch stellt sie 60 besondere Orte

weltweit vor, an denen das möglich ist. Daneben gibt es Vorschläge für weitere Orte. Das ungewöhnlich aufgebaute und nach Kontinenten unterteilte Buch ist reichlich bebildert.

MRK

Freya Bromley: „Happy Places: Wildschwimmen. 60 besondere Orte zum Abtauchen und Erfrischen“, Lonely Planet, MairDuMont-Verlag, Ostfildern 2024, gebunden, 272 Seiten, 27,95 Euro

KRIMI

Ein aus den Fugen
geratenes Leben

Les Edgerton beschreibt einen tragischen Helden, dem es trotz bester Lebensbedingungen nicht gelingt, ohne das Morden auszukommen

VON ANSGAR LANGE

Der erste Mord ist der schwerste. Egal, wie viele man noch begeht, es ist immer der erste, der einem nachts in den Träumen erscheint. Das heißt nicht, dass der nächste so einfach ist. Nur einfacher. Es ist alles relativ, wie man so schön sagt.“ Schon im Prolog des rabenschwarzen Kriminalromans von Les Edgerton, der im vergangenen Jahr an Corona verstarb, wird deutlich, dass die in „Primat des Überlebens“ erzählte Geschichte kein gutes Ende nehmen wird. Wobei sie höllisch gut erzählt wird.

Jake Bishop geht es prima. Er lebt den amerikanischen Traum. Gemeinsam mit seiner schönen und schwangeren Ehefrau Paris hat sich Bishop in einem bürgerlichen Leben eingerichtet. Demnächst will er mit einem eigenen Friseursalon durchstarten. Doch dann holen ihn die Dämonen der Vergangenheit ein. Walker, ein ehemaliger Zellenkumpen Bishops, will ihn zu einem allerletzten Coup überreden. Der Einbruchspezialist Jake soll noch mal einen Juwelenraub durchziehen.

Dem tragischen Helden dieses Romans ist klar: Wenn dieses „letzte Ding“ schiefgeht, dann droht eine lebenslange Haftstrafe. Und Edgerton, der selbst wegen Einbruchs, Raubüberfalls und Hehlerei zwei Jahre im berühmten Zuchthaus Pendleton Reformatory verbracht hat, beschreibt in eindringlichen Worten, was das heißt. Die Gefängnisinsassen sind oft der Willkür der Wärter und der Brutalität

anderer Zellengenossen ausgesetzt. Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung. Bishop will auf gar keinen Fall wieder einfahren. Er hat ja eine mehr oder weniger gesicherte Existenz mit einem festen Job, einer Aussicht auf berufliche Selbstständigkeit, er hat eine Frau an seiner Seite und wird demnächst Vater. Außerdem kümmert er sich um seinen jüngeren Bruder Bobby, den er und Paris bei sich aufgenommen haben. Der Junge hat es nicht leicht, denn er leidet immer noch unter dem Tod der Eltern, die bei einem Brand ums Leben gekommen sind.

Doch Bishop kann auch nicht Nein sagen zu dem Deal, denn er ist dem alten Zellengenossen Walker noch was schuldig, immerhin hat der ihn im Knast beschützt. Doch immerhin nehmen die Geschehnisse ihren Lauf und Jake gleiten die Dinge zusehends aus der Hand. Er will eigentlich das Gute, doch er tut das Böse, um zu überleben. Am Ende verliert er alles. Edgertons Noir-Roman ist ziemlich starker Tobak und nichts für Agatha-Christie-Fans. Er schildert in salopper Sprache, wie ein Leben aus den Fugen gerät, sich Mord an Mord reiht und keine Hoffnung bleibt.



Les Edgerton: „Primat des Überlebens“, Pulp Master Verlag, Berlin 2024, Taschenbuch, 352 Seiten, 16 Euro

INDIEN

Die Stimme des
globalen Südens

Der ehemalige Diplomat Walter J. Lindner hat das Land kreuz und quer bereist – er wirbt dafür, Indien trotz seiner Schattenseite optimistisch zu sehen

VON DIRK KLOSE

Indien ist mit fast 1,5 Milliarden Menschen das bevölkerungsreichste Land und, so sieht es sich selbst gern, die „größte Demokratie“ der Welt. Der frühere Diplomat Walter J. Lindner war auf seinem letzten Posten von 2019 bis 2022 deutscher Botschafter in Delhi. In seinem Buch „Der alte Westen und der neue Süden“ zieht er ein geradezu spannendes Resümee, das den Leser bis zuletzt fesselt. Indien, so sagt er, werde mehr und mehr die Stimme des globalen Südens, der sich vom Westen abgrenzt und eigene Wege sucht. Europa und auch Deutschland täten gut daran, jede Belehrung zu unterlassen.

Lindner hat das riesige Land unentwegt bereist und dabei faszinierende Eindrücke gewonnen. „In Indien ist alles richtig – auch das Gegenteil“, sagt er: unermesslicher Reichtum neben himmelschreiender Armut (40 Prozent der Menschen, 15 Prozent unterernährt, fast 90 Prozent ohne soziale Absicherung, 20 Prozent Analphabeten), katastrophale Umweltbelastungen neben modernstem „Silicon Valley“ (Bangalore), atemberaubende Tempel und Paläste neben endlosen Elendsvierteln, modernes Leben in den großen Städten und zugleich das lähmende, schier unüberwindliche Kastensystem. Vielleicht am bedrückendsten: Die nach wie vor oft grausame Situation der Frauen, die, oft früh verheiratet, in der Wohnung der Schwiegermutter geradezu eingesperrt und entmündigt leben. Um

das trübe Bild etwas abzuschwächen, bringt Lindner Beispiele erfolgreicher Unternehmer- und Politikerinnen, die sich beinahe übermenschlich ein menschenwürdiges Dasein erkämpft haben.

Der Leser erlebt die eisigen Pässe im Norden, die hitzeblühenden Sandwüsten im Westen, die malerischen Strände am Indischen Ozean (Goa), Indiens Kulturhauptstadt Kalkutta, die religiösen Riten an Ganges und Brahmaputra. Und immer wieder die Frage an die Politik: Wie hält man ein Land mit 780 Sprachen zusammen? Wie setzt man Reformen durch? Was erreichen deutsche Investitionen?

Der Autor verschweigt die Schattenseiten des Landes nicht, doch setzt er auf Optimismus. Mitunter denkt man doch, das Bild sei angesichts vieler Konflikte zu positiv. Die Gegensätze zwischen Hindus und Moslems, die jeden Besucher sofort ins Auge springende Armut, der anhaltende Konflikt mit Pakistan. Aber darin muss man dem Autor wohl recht geben: Indien hat die Funktion, „Brücke“ zu sein: „Es bringt alles mit, was es braucht, um den alten Westen und den neuen Süden zu verbinden.“



Walter J. Lindner: „Der alte Westen und der neue Süden. Was wir von Indien lernen sollten, bevor es zu spät ist“, Ullstein Verlag, Berlin 2024, gebunden, 320 Seiten, 24,99 Euro

NEUE ÄRA DER MEDIZIN

Livländer Freigeist im Kampf gegen Pocken

Johann Georg Eisen: Impfpionier, Theologe, Autodidakt, Agrarökonom und Kämpfer gegen die Leibeigenschaft

VON JÖRG ULRICH STANGE

Vor 250 Jahren veröffentlichte der evangelische Pastor, Landwirt und Professor für Ökonomie, Johann Georg Eisen aus dem livländischen Torma, seine wegweisende Schrift „Die Blatternimpfung erleichtert und hiermit den Müttern selbst übertragen“ erstmals in deutscher Sprache.

Johann Georg Eisen wurde 1717 als Sohn des lutherischen Pfarrers Gottfried Eisen von Schwarzenberg in Polsingen (Franken) geboren. Er studierte von 1737 bis 1740 an der Universität Jena und unterrichtete während dieser Zeit an den Armenschulen der Stadt, wodurch seine Moral und Sozialanschauungen bereits frühzeitig geprägt wurden. Den selbstgewählten Namenszusatz seines Vaters „von Schwarzenberg“, kein Adelstitel, sondern eine Herkunftsbezeichnung, lehnte er für sich stets ab. Eisen widmete sich während seines Studiums einer Vielzahl von Fachgebieten, die seine späteren Arbeiten und Schriften prägen sollten. Dazu zählten unter anderem Moral, Kirchengeschichte, kanonisches Recht, Metaphysik, Kameralistik, Medizin sowie Arznei- und Kräuterkunde. Die Suche nach einer befriedigenden Tätigkeit führte den jungen Theologen schließlich 1741 nach Torma im damals zum Russischen Reich gehörenden Livland.

Neben der Ausübung seines Pfarramtes ab 1745 betrieb Eisen hier eine eigene Landwirtschaft, in der er unter anderem von ihm selbst freigekaufte Leibeigene beschäftigte. Seit Anfang der 1750er Jahre befasste er sich leidenschaftlich mit der Frage der Pockeninokulation, eine frühe Form der Impfmethode, die über den Orient 1721 auch nach Europa gelangte und in englischen Medizinerkreisen seit einiger Zeit getestet wurde. Die Pocken, auch Blattern genannt, galten weltweit als die für Kinder tödlichste Infektionskrankheit, von der aber auch Erwachsene betroffen waren.

Eisen beobachtete den Arzt Schulinus, der in den Niederlanden an Pockeninokulationen teilgenommen hatte, als dieser auf seine Bitte hin seine beiden Kinder durch einen Schnitt unter die Haut mit Pockeneiter infizierte. Die nach einigen Tagen entstehenden Pocken heilten rasch ab und es bestand dadurch ein Immunschutz gegen diese Erkrankung. Eisen wandte jetzt die gleiche Methode zunächst bei seinen Nachbarn und in seiner weiteren Umgebung an. Als der Erfolg seine Vermutungen bestätigte, dass auf diese Weise das Leben unzähliger Menschen in Russland und im Baltikum gerettet werden konnte, verwandelte er sein Pfarrhaus in ein Hospital.

Livländische Bauern als „Impfärzte“

Innerhalb von zwei Jahren führte der Pastor nahezu fünfhundert Impfungen durch. Eisen war dieser zwar notwendigen, aber auch anstrengenden Arbeit nach gewisser Zeit überdrüssig und beauftragte seine beiden Küster daraufhin, fortan die Vakzinationen an der Landbevölkerung vorzunehmen. Doch als auch seine beiden Gehilfen dieser Tätigkeit müde wurden, unterwies Eisen die Bauern in der Pockenimpfkunst. Nachrichten vom Erfolg Eisens im Kampf gegen die tödlichen Pocken erreichten auch die Hauptstadt des Zarenreiches. Der Präsident des Kaiserlich Medizinischen Kollegiums beauftragte den Pastor damit, einen Plan für das Russische Reich zur praktischen Massen-anwendung der Inokulation zu erarbei-



Stieß auf große Skepsis: „Bauersfrauen“ sollten ihre Kinder selbst gegen Pocken impfen

Foto: akg-images / Picture Alliance

ten, der schließlich von Katharina II. gerühmt und gebilligt wurde.

Eisen entwickelte seine Impfpraktiken auf die Weise fort, dass er Mütter darin unterrichtete und ihnen gleichzeitig erklärte, wie sie ihre Kinder unmittelbar nach der Impfung zu behandeln hätten. Die ständige Fortentwicklung seiner Impfanwendungen unter den unterschiedlichsten Bedingungen brachte Eisen schließlich dazu, Ende Juli 1774 eine Art Ratgeber zu veröffentlichen: „Die Blatternimpfung erleichtert und hiermit den Müttern selbst übertragen“, erschienen vor 250 Jahren, 1774, im renommierten Rigaer Verlag J. F. Hartknoch. Mit der Schrift beabsichtigte Eisen zu erreichen, dass „jede Bauersfrau“, vor allem die Leibeigenen, in die Lage versetzt werden sollte, die Impfung selbst vorzunehmen: „Die Blatternimpfkunst muss das Werk der Mütter selbst werden und bleiben, damit so viele Menschen, die bei den natürlichen Blattern Gefahr laufen, ein Raub dieses fürchterlichen Übels zu werden, bei Leben und Gesundheit erhalten werden mögen.“

Es überrascht nicht, dass Eisen damals auch von „Impfgegnern“ zu berichten weiß: „Ist es Wunder, dass ich zwei Jahre ... die Bauernweiber mit Gewalt zur Impfung ihrer Kinder habe bringen lassen müssen? Sie suchten die Ansteckung beim Brunnen wieder auszuwaschen, so als sie es vor 600 Jahren in der Düna mit der Taufe gemacht hatten.“

Von Eisens Impferfolgen gegen die Blattern berichteten die Zeitungen von Hamburg bis St. Petersburg. Karl Gottlieb Wagler, Professor am Collegium Carolinum, der damaligen Braunschweiger Universität, herzoglicher Leibarzt und Philanthrop, würdigte Eisens Arbeit, der mittlerweile sogar Leibeigene zum Impfen einsetzte und hoffte, dass auch die Landprediger und Schulmeister in seiner Gegend diesem Beispiel folgen würden.

Katharina II. bevorzugte einen Engländer

Noch im selben Jahr berief man Eisen in das St. Petersburger Waisenhaus, um hier die Impfungen an den Kindern vorzunehmen. Die Leitung auch noch zu übernehmen, wie Eisen es gehofft hatte, versagte man ihm trotz einer anfänglich ausgesprochenen Zusage. Es war bereits ein Si-

gnal dafür, dass man Eisen als Autodidakt beargwöhnte und abkanzelte, ihn auch in seiner Tendenz zur Selbstüberschätzung kritisch wahrnahm. So war es nicht Eisen, für den sich die Kaiserin Katharina II. 1778 entschied, als sie sich und ihren Sohn, den Thronfolger Paul, öffentlichkeitswirksam impfen ließ, sondern der bekannte englische Arzt Dimsdale, der dafür eine fürstliche Entlohnung und eine lebenslange Apanage erhielt, obwohl er sich weigerte, in Russland zu bleiben. Eisen durfte dennoch triumphieren. Seine Kampagne für die Massenimpfungen in Russland wurde auch von den Kanzeln der Kirchen aus unterstützt und setzte sich bis nach Sibirien durch.

„Die Leibeigenschaft verheert die Staaten“

Doch nicht allein das damals drängende Thema der Massenimpfung beschäftigte den umtriebigen Pfarrer aus Torma. Eisen entwickelte ausgefeilte Methoden zur Lebensmittelkonservierung, für die sich vor allem das Militär interessierte. Einen leidenschaftlichen Kampf aber führte er gegen die allgegenwärtige Misere der Leibeigenschaft. Eisen, der sich in Jena vor allem dem Studium der Kameralistik widmete, befasste sich schon frühzeitig mit ökonomischen sowie staatstheoretischen Fragen. Dass die Volksbildung dem Wohlstand und der Fortentwicklung des Staates zugute kam, war für ihn keine rein akademische Erkenntnis. In seinem Pfarrbezirk gelang ihm die Reduzierung der weitverbreiteten Analphabetenquote um 50 Prozent. Vor allem aber der erbärmliche Zustand der livländischen leibeigenen Landbevölkerung, die unter den baltischen Baronen noch weniger Rechte besaßen als ihre russischen Leidensgenossen unter der zaristischen Aristokratie, ließ Eisen keine Ruhe.

Als Seelsorger und praktizierender Landwirt, in Kameralistik geschult, verfasste er ab 1751 eine Reihe von Schriften, in denen er die Leibeigenschaft anprangerte und sie als die erste Ursache aller Unvollkommenheit des Staates benannte. Eisen erklärte darin, dass das Eigentum der Bauern an ihrem Land „der einzige Grund sei, worauf alle mögliche Glückseligkeit eines Staates gebauet werden kann“. Trotz vielfältiger Schwierigkeiten, die ihm die livländischen Adligen in seinem Engage-

ment für die Bauernbefreiung immer wieder bereiteten, gelang es Eisen, seine Schriften dem russischen Großfürsten und Thronfolger Peter vorzulegen, der die darin enthaltenen fortschrittlichen, fast revolutionären Ideen mit Begeisterung und Zustimmung las und ihn nach seiner Thronbesteigung als Zar Peter III. sogar an seinen Hof berief. Mit dem Sturz Peters III. endete allerdings auch für Eisen der Aufenthalt am Zarenhof. Auch Katharina II. ließ sich von Eisens Plänen zur Aufhebung der Leibeigenschaft in Russland informieren und zog ihn in der Frage der Neuansiedlung der nach Russland angeworbenen Deutschen zu Rate. Zunächst signalisierte die neue Zarin Interesse an seinen Vorschlägen zur Bauernbefreiung, eine innerhalb des russischen Feudalsystems gefährliche Haltung, von der Katharina II. alsbald aus diesen Gründen auch wieder Abstand nehmen sollte.

Kirche als „fürchterlichstes Ungeheuer der Welt“

Nachdem er im russischen Zarenreich mit seinen Forderungen zur Bauernbefreiung auf immer stärkeren Widerstand gestoßen war, besann sich Johann Georg Eisen fürs Erste wieder seiner ursprünglichen Bestimmung als Theologe. Er begann seine schon vor Jahrzehnten gefassten kritischen Gedanken über das Christentum, die Bibel und die Kirche in zwei Schriften zu verarbeiten, in denen er unter anderem der Kirche vorwarf, sich zum „fürchterlichsten Ungeheuer von der Welt“ gewandelt zu haben. Das Christentum, so Eisen, hätte über zwölf Jahrhunderte Finsternis über die Erde gebracht

und das Bewusstsein der Völker verschleiert. Und noch bevor Kants Schriften über die „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ (1785) und die „Metaphysik der Sitten“ (1797) erschienen, verkündete Eisen 1778 ganz im Geiste der Aufklärung, der Sinn des Lebens eines jeden Individuums bestehe darin, sich zur moralischen Persönlichkeit zu erheben. „Rechtschaffenheit als die wirtschaftliche Tüchtigkeit zum ewigen Leben ist es, welche sich aus dem durch Gesetz und Übertretung entstandenen sittlichen Gefühle in unserer Vernunft als dem anerkannten Keime entwickeln soll.“

„Ein in ganz Europa geehrter Mann“

Mittlerweile vom Herzog als Professor für Ökonomie an die Akademie nach Mitau in Kurland berufen, verfasste Eisen seine letzte Schrift. In „Der Philanthrop“ befand sich erneut das Übel der Leibeigenschaft im Mittelpunkt einer provozierenden Abhandlung, obwohl Herzog Peter von Kurland ihm unmissverständlich mitteilen ließ, er wünsche keine agrar-theoretischen, staatswissenschaftlichen, gesellschaftspolitischen oder philosophisch-theologischen Schriften des von ihm dotierten Professors mehr. Doch Eisen mochte sich nicht fügen. Vielleicht spielte ein gewisses Maß an persönlicher Eitelkeit und eine daraus resultierende Fehleinschätzung seiner Lage mit, dass er gewisse bedrohliche Entwicklungen in seiner Umgebung nicht wahrnehmen wollte. „Noch sind wohl über 60 Millionen leibeigener Menschen in Europa: die Sache ist daher sehr groß; sie ist die Sache der Vorsehung.“

Eisen wandte sich ebenso gegen die Idee einer vom Liberalismus geprägten Gesellschaftsordnung und betrat mit dieser Kritik gefährliches Terrain. Sein Missionseifer, der einem braven Pfarrer in seiner Gemeinde wohl angeraten wäre, einem Professor mit revolutionärem Tatendrang aber die Stellung kosten würde, wurde ihm jetzt zum Verhängnis. Nach der Publikation seiner letzten Schrift versagte ihm der Herzog von Kurland über fünf Monate jegliche Einkünfte. Eisen musste in seiner Notlage Frau und Kinder zu Verwandten wegschicken. Wenn er auch von seinem Freund, dem Historiker und von Katharina II. hoch geschätzten Juristen Friedrich Konrad Gadebusch als ein „in ganz Europa geehrter Mann“, gelobt wurde, so hatte Eisen mit seinen letzten drei Schriften seinen bisherigen Gönner, den Herzog, sowie den baltischen Adel so gegen sich aufgebracht, dass er zu seinem Freund und Schutzpatron Iwan G.

Tschernitschew auf dessen Gut nach Jaropolec – nahe Moskau gelegen – fliehen musste, wo er dann als dessen Gutsverwalter 1779 starb.

In einem Nachruf würdigte man Eisen schließlich doch als „einen denkenden Kopf, der nicht bloß in den engen Schranken eines Landgeistlichen blieb, sondern sich auf vielfältige Weise um die Menschheit verdient gemacht hat.“



● AUFGESCHNAPPT

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Berlin schlägt Alarm wegen des erbärmlichen Zustands der Berliner Streifenwagen. Infolge der chronischen Unterfinanzierung sei die Situation „wirklich erschreckend“, so der GdP-Landesverband in einer Presseerklärung: „Wir bekommen als GdP beinahe täglich Meldungen über desaströse Fahrzeuge, defekte Funktionen und massive Sicherheitsrisiken“, so Stephan Weh, Landeschef der Hauptstadt-GdP. „Wir brauchen eine Lösung, damit uns hier nicht irgendwann die Fahrzeuge unter dem Hintern wegschimmeln“, fordert Weh, denn: „Wir fahren mit Karren durch die Gegend, die wir als Polizei sonst eigentlich aus dem Verkehr ziehen würden.“ Teilweise würden selbst Fahrzeuge mit einem Kilometerstand von 200.000 nochmals instandgesetzt. Die Politik bringt laut Weh mittlerweile die Idee ins Spiel, Polizeiwagen per Leasing anzumieten. Das verwirft der GdP-Chef jedoch als „wenig wirtschaftlich“, da es sich bei Polizeiwagen um Fahrzeuge mit Spezialausrüstung handele. **H.H.**



DER WOCHENRÜCKBLICK

Alles nur gefühlt

Wie Ursula von der Leyen um ihren Lebensstil kämpft, und wie Ricarda Lang uns die Augen öffnet

VON HANS HECKEL

Das ist ja gerade noch mal gutgegangen. Mit einem Ergebnis, das sogar besser war als beim letzten Mal, haben die Abgeordneten des Europaparlaments Ursula von der Leyen im Amt der EU-Kommissionspräsidentin bestätigt. Applaus!

Die CDU-Politikerin gab sich kurz vor dem Wahlgang betont kämpferisch: „Ich werde niemals akzeptieren, dass Demagogen und Extremisten unsere europäische Lebensart zerstören“, schrieb sie ihren Gegnern ins Stammbuch. „Unsere“ Lebensart? Wen sie mit „uns“ wohl meint? Also uns, die wir hier schreiben oder lesen, sicher nicht. Denn wir können uns die „Lebensart“ einer spitzenverdienenden Polit-Funktionärin mit Personenschutz und allen erdenklichen Privilegien gar nicht vorstellen.

Allerdings reicht unsere Phantasie aus, um uns auszumalen, dass sich so eine Existenz recht komfortabel anfühlt. Daher haben wir vollstes Verständnis dafür, dass Frau von der Leyen sich das nicht „zerstören“ lassen will. Und muss sie ja auch nicht, was insbesondere dem emsigen Wirken ihrer engagierten Unterstützer zu verdanken ist. Daniel Caspary, Chef der deutschen Unionsabgeordneten im EU-Parlament, ging richtig in die Vollen: „Wenn Ursula von der Leyen scheitert, dann scheitert nicht nur Ursula von der Leyen, dann scheitern auch nicht nur wir Christdemokraten. Sondern ich meine, dann scheitern alle Demokraten in Europa. Dann haben wir Chaos in Europa.“

Starker Tobak! Das heißt ja nichts anderes, als: Entweder die Parlamentarier tanzen strikt nach unserer Pfeife, oder hier bricht alles zusammen. Alles!

Musste er hier denn gleich so deftig draufhauen? Ja, musste er, weil ihm eine viel einfacheren Formulierung nicht mehr zur Verfügung stand, mit der er die Sache sanfter hätte kommunizieren können. Früher hätte Caspary einfach ausgerufen: „Die Wahl Ursula von Leyens ist alternativlos. Punkt.“ Da hätten alle gedacht: Ja, wenn das so ist, dann muss es wohl sein – und die Debatte wäre durch gewesen.

Leider entpuppte sich die Behauptung der „Alternativlosigkeit“ später oft als Stück aus dem Märchenbuch der politischen Propaganda, etwa im Falle der Eurorettung, der Grenzöffnung oder des Atomausstiegs. Heute wissen

wir, dass man das alles auch ganz anders hätte handhaben können, was bei sehr vielen Leute ziemlich ungute Gefühle hinterlassen hat.

Bei den Gefühlen muss uns geholfen werden, hat Ricarda Lang daher entdeckt. Der Co-Chefin der Grünen ist nämlich aufgefallen, dass ihre Truppe, die eben noch umschmeichelt wurde wie keine andere, zur unbeliebtesten Partei nach der AfD abgestiegen ist. Warum? Weil die Deutschen falsch „fühlen“, deshalb will Lang jetzt genau da ran.

Auf einer Videokonferenz mit der Parteilinie hat sie angekündigt, den Menschen das „Gefühl“ des Kontrollverlustes bei Asyl und Einwanderung nehmen zu wollen. Ist das nicht reizend von ihr? Es geht also darum, uns darüber aufzuklären, dass wir uns die unkontrollierte Einwanderung, die regelmäßig scheiternden Abschiebungen, die Welle an Messerattacken oder die Ausbreitung des radikalen Islams in Deutschland nur vorgaukeln.

Das will Lang aufklären. Wie bei kleinen Kindern, die man bloß mit der Erkenntnis erleuchten muss, dass die Gespenster unter ihrem Bett nur in ihrer dunklen Phantasie existieren. Danach werden sie wieder ruhig und friedlich schlafen – statt ins Zimmer der genervten Eltern zu stürmen und Terror zu verbreiten wie nervöse Wahlbürger.

Immer noch besser als mit Trump

Was aber, wenn sich dann plötzlich eine blitzende Messerklinge durch die Matratze bohrt? Da könnten die Leute doch auf die Idee kommen, dass mehr unter ihrem Bett lauert als die kruden Kreaturen ihrer Einbildung. Genau das passiert jeden verdammten Tag, wenn wieder mal jemand „gemessert“ oder zu Tode geprügelt wird und wir anschließend lesen müssen, dass der Täter als „geflüchteter Schutzsuchender“ ins Land gekommen ist, und zwar fast immer aus denselben Regionen dieser Welt.

Da könnte man schon ins Grübeln kommen, ob Ricarda Lang mit ihrem Rezept der Seelenmassage an den Kern des Problems vordringen und den Wählern ihre „Ängste“ nehmen kann. Grübeln liegt aber nicht in der Natur der Ampelpolitiker. Deshalb denken sie gar nicht daran, an der unkontrollierten Zuwanderung zu rütteln, ganz im Gegenteil.

Innenministerin Nancy Faeser von der SPD verschanzt sich hinter den Regeln der EU, die eine zuverlässige und dauerhafte Kontrolle der deutschen Grenzen nicht zuließen, basta! In den Gefilden des Baerbock-

Was, wenn wir uns die Gespenster unter unserem Bett gar nicht einbilden, weil sie wirklich da sind?

Ministeriums geht man just zur gleichen Zeit den entgegengesetzten Weg, um am Ziel der weiterhin unkontrollierten Einwanderung festzuhalten: Man schiebt die Gesetze – siehe „Visa-Affäre“ – mit leichter Hand beiseite. Diese enorme Flexibilität der Akteure im Umgang mit der Gesetzeslage ist wirklich bemerkenswert.

Dabei ist es ja nicht nur die Einwanderungspolitik, die bei den Deutschen jene von Frau Lang beklagten „Gefühle“ auslöst. Auch die Straßen und das Schienennetz „fühlen“ sich marode an, der Wohnungsmangel bedrückend, der wirtschaftliche Niedergang bedrohlich, die Energieversorgung wackelig und immer teurer, die Bürokratie immer niederschmetternder und die Bundeswehr wehrlos.

Ganz nach der „Methode Lang“ sind die Ampelleute zwar unentwegt dabei, uns zu versichern einzuflößen, indem sie behaupten, all diese Probleme mit Schmackes angehen zu wollen. Doch in Wirklichkeit betreiben sie das exakte Gegenteil. Mit neuen Klimavorschriften verschärfen sie die Krise im Wohnungsbau, lassen die Infrastruktur verrotten, die Bundeswehr verhungern und blasen die Bürokratie im Eiltempo immer weiter auf.

Nun wollen wir aber nicht alles schwarz in schwarz malen. Es gibt auch Lichtblicke, zumal, wenn man ins Ausland blickt und sich vor Augen führt, was den armen Menschen dort draußen blüht, etwa in den USA. Wenn Trump wieder Präsident wird, dann droht der Wirtschaft eine „Achterbahnfahrt“, warnt ein Experte. Da sind wir doch deutlich besser dran. Statt uns auf eine unkalkulierbare Achterbahnfahrt zu schicken, lenkt unsere Politik die deutsche Wirtschaft auf einen absolut geradlinigen, steilen Pfad nach unten, den sie mit viel Hingabe Stück für Stück immer noch breiter und steiler ausbaut.

So will die EU unter ihrer Kommissionspräsidentin von der Leyen, dass ab 2030 alle neuen Gebäude „klimaneutral“ sein müssen. Unser Klimaminister Habeck ist begeistert. Was das in der Praxis bedeutet, kann man absehen: Bauen wird noch erheblich teurer und sozialer Wohnungsbau erst recht nicht mehr realisierbar, womit die Politik in Brüssel und Berlin der Wohnungsnot weiteren Schwung gibt.

Sprich: Während die Amis mit „Trump 2“ keinen Schimmer hätten, wohin die Reise geht, haben unsere Mächtigen immerhin einen klaren Kurs. Da fühlt man sich doch gleich viel besser, oder?

● STIMMEN ZUR ZEIT

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), nimmt gegenüber „Nius.de“ (17. Juli) das ausufernde Beauftragtenwesen auseinander:

„Es gibt nicht viele Sonderbeauftragte der Bundes- oder der Landesregierungen, die nicht überflüssig wären. Das gilt besonders für die Queer-Beauftragten und den Polizeibeauftragten des Bundes. Diese Posten sind nur dafür da zu spalten, zu polemisieren und zu politisieren – und den Inhabern zu nutzen.“

Die Ethnologin Susanne Schröter warnt im Gespräch mit der „Welt“ (18. Juli) davor, die uferlose Einwanderungs- und Asylpolitik einfach fortzusetzen:

„Wir haben Verhältnisse, die in zehn Jahren wie in Frankreich sein werden, was Parallelgesellschaften, Banlieues, soziale und kulturelle Segregation etc. anbelangt. Das geht hierzulande in diese Richtung im Rhein-Main-Gebiet, in NRW und Berlin. Abgeschottete gesellschaftliche Subsysteme entstehen. Islamistische Gewalt wird bei uns auch zunehmen.“

Jan Brachmann meint in der „Frankfurter Allgemeinen“ (22. Juli) zum Versuch von Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne), Einfluss auf die Musikauswahl bei den Wagner-Festspielen in Bayreuth zu nehmen:

„Seit Kurt Hager und Margot Honecker hat es in Deutschland keinen Versuch mehr gegeben, auf die Inhalte von Kunst und Bildung solch einen politischen Einfluss zu nehmen, wie ihn die Staatsministerin sich anmaßt. Claudia Roth ist eine Gefahr für die Kunstfreiheit in unserem Land.“

Richard Grenell, Ex-Botschafter der USA in Berlin und im Falle eines Wahlsiegs von Donald Trump mit guten Chancen, US-Außenminister zu werden, sagte in der „Bild“-Zeitung (19. Juli) zu Deutschland:

„Deutschland muss Germany first anstellen ... Ich liebe die Deutschen, habe dort eine Menge Freunde. Das Problem ist die deutsche Regierung. Ich denke, die deutsche Regierung hört nicht auf die Menschen.“

Der Schauspieler Ronald Zehrfeld („Weißensee“) macht sich gegenüber der „Berliner Zeitung“ (22. Juli) Sorgen über die Stimmung in Berlin:

„Das Zwischenmenschliche wird rauer, weil die Leute immer mehr arbeiten müssen, weil Mieten und Nebenkosten steigen. Das macht sich bemerkbar. Obwohl die Stadt gefüllt immer voller wird, kapseln sich die Menschen mehr ab, werden ängstlicher.“

● WORT DER WOCHE

„Die Aufhebung der Presse- und Meinungsfreiheit hat viele Bürger schockiert. Es ist das Signal, dass das Grundgesetz mit Taschenspielertricks jederzeit außer Kraft gesetzt werden kann.“

Roland Tichy reagiert bei „Tichys Einblick“ am 21. Juli scharf auf Nancy Faesers Verbot des „Compact“-Magazins



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de